

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Beziehungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1,50 Mk., monatlich 1,30 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 50 Pf., für dreistellige und gewöhnliche Zeilen und Benennungs-Verzeichnisse 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf., (zuletzt 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Wehrreform in Oesterreich-Ungarn.

Aus Wien wird uns geschrieben:
 In wenigen Tagen werden die neuen Wehrgesetze in Oesterreich-Ungarn in Wirksamkeit treten. Nachdem Tisza mit Hilfe der Polizei im ungarischen Abgeordnetenhaus das Gesetz mitten in der ersten Lesung, ohne daß eine Ausschussberatung erfolgt wäre, als angenommen erklärt und das ungarische Magnatenhaus dem Gesetzesbruch sanktioniert hat, kennen die Patrioten im österreichischen Abgeordnetenhaus — das sind alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme, auch die sonst so wild schreienenden — kein Jögern mehr; sie können es gar nicht erwarten, dem Moloch die neuen Gaben darzubringen.

Als der Schurkenstreich Tiszas geschah, hatte der Wehrausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses seine Beratungen begonnen. Die Debatte hatte den normalen Lauf. Als nun die Kunde aus Ungarn eintraf, daß dort Verfassung und Gesetz für den Moloch zertreten ward, sagten die Patrioten, jetzt gebe es keine Änderungen mehr, denn man könne das Gesetz in Ungarn nicht noch einmal verhandeln lassen. (Das Kriegsgesetz ist in beiden Staaten gemeinsam, und daraus zieht man den Schluß, daß das Wehrgesetz in beiden Staaten gleichlautend sein müsse.) Man sei froh, daß die Gewalttat geschehen sei, und darum bleibe nichts übrig, als das Gesetz so zu schlucken, wie es die Regierung vorgelegt habe. Und so verzichteten die bürgerlichen Parteien im Wehrausschuss auf das Neben — nur an einem Tage haben die Ruthenen wegen ihrer Unversität Obstruktion gemacht — und die ganze Debatte wurde ausschließlich von den Sozialdemokraten bestritten, die darlegten, welche ungeheuren Opfer das Gesetz der Bevölkerung und insbesondere dem Proletariat auferlegt.

Lange haben die Militärgewaltigen des Gabsburgerreiches gejamert, daß dieses nicht genug Soldaten habe, und sie haben das Wort geprägt: „Die Armeen verdorrt!“ Insbesondere haben sie immer gesagt, daß Oesterreich-Ungarn nicht mehr „bündnisfähig“ sei, denn Deutschland könne nur einen Alliierten brauchen, der genug Soldaten habe. Nun, jetzt sind die Völker Oesterreichs so glücklich, Soldaten im Uebermaß beizustellen und auch der soldatenhungrigste Verbündete wird sich nicht beklagen können.

Oesterreich-Ungarn hat vier Armeen: das gemeinsame Heer, zu dem die Marine gehört, dann die österreichische Landwehr, die ungarische Landwehr und schließlich vier bosnische Regimenter. Die beiden Landwehren sind eine Folge des Dualismus. Als dieser im Jahre 1867 begründet wurde, wollte Ungarn nicht ganz ohne Einfluß auf die Armeen sein und hat sich deshalb die Errichtung einer besonderen Landwehr vorbehalten, in der die ungarische Staatlichkeit voll zur Geltung kommt. Da konnte Oesterreich nicht zurückbleiben und mußte ebenfalls eine Landwehr schaffen. Anfangs waren diese Landwehren aber nur ein sehr bescheidenes Stück Militarismus. Die Dienstzeit dauerte hier nur einige Monate, und dann war dieser Teil der Armeen nur zur Verteidigung im Innern bestimmt. Aber die Landwehr wurde immer mehr „ausgebaut“. Zur Infanterie kam überall eine Kavallerie, in Ungarn auch sogar eine Artillerie — Oesterreich bekommt sie erst jetzt — und man machte in jeder Beziehung die Landwehr der gemeinsamen Armeen „gleichwertig“. Ungarn tat das aus Eitelkeit, und die Verlängerung der Dienstzeit bis zur vollen Gleichheit mit der in der gemeinsamen Armeen und das Sprunghafte Anwachsen der Rekrutenzahl der Landwehr war so für die Kriegsverwaltungen der bequemste Weg geworden, immer mehr Menschen in die Uniformen zu stecken. Für die Opfer zugunsten des gemeinsamen Militarismus verlangten nämlich die Magyaren immer nationale Zugeständnisse. „Ohne Erweiterung des Geltungsgebietes der magyarischen Sprache, ohne ungarische Embleme an den Kappen und Aufsteckspangen der Soldaten keine Vermehrung der Rekruten!“ war ihre Losung. Aber für einen Teil der Armeen waren diese „Ziele“ schon erreicht und für die ungarische Landwehr opfern die herrschenden Klassen dort freudig, und so hat in den letzten Jahren die Kriegsverwaltung bei den Landwehren angefaßt und sie immer größer gemacht. Der Rekrutenstand des Donauraumes setzt sich also, wenn man von Bosnien absteht, aus drei Teilen zusammen, vor allem den 103 000 Mann, die bisher jährlich für die gemeinsame Armeen ausgehoben wurden, den 20 000 Mann der österreichischen und ebenso viel der ungarischen Landwehr, was 153 000 Mann ergab.

Nun war das nicht ganz die Zahl derer, die den Schicksalstrahl zu tragen fähig sind. Etwa 60 000 der jährlich für tauglich Befundenen — es sind da aber schon recht schwächliche Leute darunter, selbst schon von Tuberkelbazillen Angegriffene — blieben außerhalb dieser 153 000, die die Rekrutenkontingente bilden. Sie blieben aber nicht militärfrei, sondern bildeten die Ersatzreserve. Ihre Dienstverpflichtung war: sich acht Wochen genau so wie die anderen Soldaten ausbilden zu lassen und in den nächsten 12 Jahren drei oder vier Waffenübungen in der Dauer von zwei bis vier Wochen durchzumachen. In dieser Ersatzreserve, die nur Infanterie ist und deren Angehörige sehr oft in die Reihen der drei Jahre die-

nenden Soldaten eingeteilt wurden — sie exerzierten so prächtig und erwiesen sich in den Manövern als so tüchtige Soldaten wie die dem Moloch auf Jahre Verpflichteten — wäre ein Anseh zu einer künftigen Milizarmee zu erblicken gewesen. Diese Ersatzreserve ist doch der beste Anschauungsunterricht dafür, daß eine militärtechnische Notwendigkeit für die lange Dienstzeit nicht besteht. Den Militärgewaltigen ist das nun ein Greuel gewesen, und darum dient die Wehrreform dem Zweck, diese 60 000 Mann für die langen Dienstjahre einzuspannen, und zwar bis auf den letzten Mann. Wer es nicht aushalten würde, Jahre lang die normale Militärmarke zu ertragen, soll während eines kürzeren oder längeren Teiles der Dienstzeit in eine Arbeits- oder eine Schreibabteilung gesteckt werden.

Wie groß wird nun jetzt die Armeen sein? Die Vermehrung betrifft natürlich nicht die Kriegsstärke. Diese ist ohnehin schon die höchste, die möglich ist, da alle, die nicht ausgeschlossene Krüppel oder zu jeder körperlichen Anstrengung Unfähige sind, schon jetzt als Ersatzreservisten auf die Kriegsstärke zählen. Aus den 153 000 jährlichen Rekruten von heute werden 212 500 gemacht, also die Zahl der Soldaten wird um fast 60 000 Mann jährlich vermehrt. Die 60 000 Ersatzreservisten von heute werden auf etwa 8 500 herabgedrückt, und diese werden zunächst Bauern und Handwerkermeisteröhne sein. Es wird also alles, was in Oesterreich-Ungarn mit Waffen kreuchen und fluchen kann, zu mehrjährigem Militärdienst herangezogen. Das ist wirklich Aufopferung für die Bündnisfähigkeit bis zum Neufesten. Wenn selbst die Regierung herausredet, daß Deutschland jährlich 0,46 Proz., Oesterreich „nur“ 0,42 Proz. und Ungarn 0,44 Proz. seiner Bevölkerung in das Heer einreicht, so beweisen diese Ziffern allein schon, um wie viel mehr die persönliche Leistungsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Männer angespannt wird als die der deutschen, denn weite Distrikte dieser beiden Staaten sind Gungergebiete mit einer körperlich minderwertigen Bevölkerung. Wenn Deutschland mit seinen 65 Millionen Einwohnern jährlich 280 000 Rekruten stellt, und das ökonomisch und an gefunden Männern arme Oesterreich-Ungarn mit 49 Millionen Einwohnern jährlich 212 500, so bezeugt das, daß wir wirklich in der Schuldigkeit gegen den Moloch alles andere denn zurückbleiben. Die Wehrreform gibt Oesterreich-Ungarn ein verhältnismäßig größeres stehendes Heer als Deutschland und Italien haben, trotzdem auch unsere düffelhaftesten Diplomaten nicht sagen können, daß wir aufereuropäische Interessen haben. Nicht nur die Geldopfer für die Armeen sind bei uns bei weitem schwerer zu ertragen, das persönliche Opfer jedes einzelnen Soldaten ist viel größer als in Deutschland, denn die zweijährige Dienstzeit wird bei uns entfernt nicht in dem Maße eingeleitet, als es auch nur in Deutschland der Fall ist.

Als Kosten der Reform rechnet die Regierung aus, daß die einmalige Ausgabe für die gemeinsame Armeen 76 Millionen betragen werden. Ueber die fortlaufenden Kosten sind klare, verständliche Ziffern von der Regierung nicht zu erlangen. Man kann aber mit einer Erhöhung um jährlich 60 Millionen rechnen. Die laufenden Mehrkosten jeder Landwehr werden jährlich bis zu 20 Millionen, die einmaligen der Landwehrreform in jedem Staate 12½ Millionen betragen. Also in beiden armen Staaten hundert Millionen jährlich mehr für den Moloch!

Und all das wird der Bevölkerung von der Regierung und den bürgerlichen Parteien als ein Vorteil geschildert! Woher nimmt man den Mut dazu? Man sagt es werde die zweijährige Dienstzeit eingeführt. Sie besteht zwar schon in allen Staaten, die als Molochsmuster dienen, in Frankreich seit einem Jahrzehnt für alle Waffengattungen, in Deutschland seit 1893 für die Fußtruppen, in Italien seit 1907 für das ganze Landheer. Aber in Oesterreich-Ungarn wird sie auch jetzt noch nicht einmal für die Fußtruppen eingeführt! Der Zustand, der unter dem Namen zweijährige Dienstzeit geschaffen wird, wird nicht nur weit ärger sein, als der in den übrigen großen Staaten des europäischen Festlandes, sondern selbst noch schlechter als er in Oesterreich-Ungarn schon ist.

Wohl wird es auch Soldaten mit zweijähriger Dienstzeit geben — jetzt dient man in der Landwehr, auch in der Landwehr-Kavallerie, nur zwei Jahre, und nur die Unteroffiziere sind dort zu einem dritten Jahre verurteilt — aber die zweijährige Dienstpflicht wird nicht einmal für die Fußsoldaten ein Recht, sondern eine Gnade ihres Vorgesetzten werden, die sie sich werden erwerben müssen. Im neuen Wehrgesetz wird folgendes bestimmt: bei der Kavallerie und der reitenden Artillerie drei Jahre Dienstzeit, bei der Marine vier Jahre, (jährlich kommen 6000 Mann zur Marine), das alles wie bisher, bei der Landwehrkavallerie statt der bisherigen zwei Jahre aber drei Jahre; und — jetzt kommt die Reform — bei den übrigen Truppen „im allgemeinen“ zwei Jahre, aber für eine große Zahl von Rekruten drei Jahre!

Wie wird das nun mit der zweijährigen Dienstzeit sein? Ganz genau läßt es sich nicht sagen, da die Regierung eingehendere Ziffern nur über die gemeinsame Armeen vorgelegt hat, für die 159 000 Mann ausgehoben werden. (Die anderen 53 000 entfallen auf die Landwehr.) Aber 19 000 von den 159 000 werden beritten gemacht, haben also drei Jahre zu dienen, 6 000 Marinesoldaten gar vier Jahre. Nimmt

man das Verhältnis zwischen Fußsoldaten und Reitern in den Landwehren als das gleiche, so ergibt sich, daß für die Landwehrkavallerien und Artillerien auch 6000 Soldaten jährlich ausgehoben werden. Für 31 000 Soldaten gibt es also von vornherein keine zweijährige Dienstzeit. Wie ist es nun mit den anderen 180 000, die nicht auf die Panzerschiffe und die Pferde müssen? Da sagt die Regierung: „Zweijährige Infanteristen sind keine geeigneten Unteroffiziere. In Oesterreich-Ungarn haben wir aber nicht genug (bis zu zwölf Jahre dienende) Berufsunteroffiziere. Wir haben in der gemeinsamen Armeen nur 16 000, werden aber 30 000 brauchen!“ Die Fehlenden müssen wir dadurch ersetzen, daß wir Soldaten, die wir zu Unteroffizieren machen, ein drittes Jahr zurückbehalten. Das wären also 14 000 in der gemeinsamen Armeen und etwa 6000 in den Landwehren. Nun wissen aber auch unsere Heeresleiter, daß kein Soldat, der die Möglichkeit hat, nach zwei Jahren heimzukehren, wegen der besonderen Auszeichnung, Korporal zu sein, freudig ein drittes Jahr dienen werde. Die Leute, die vermöge ihrer Intelligenz und Anstellung Aussicht hätten, Unteroffiziere zu werden, würden also irgend etwas anstellen, um zum Unteroffizier nicht mehr qualifiziert zu sein. Diese Möglichkeit muß man ihnen nun gründlich verammeln. Deshalb sagt man: „Auch die Soldaten, die nicht Unteroffiziere werden, können ein drittes Jahr zurückbehalten werden!“ Wie viel sind das nun? Darüber sagt das Gesetz nichts Deutliches. Es steht darüber nur eine verächtliche Phrase darin, die der Regierung alle mögliche Gewalt erteilt. Eine „dem budgetmäßig festgestellten Stand an Unteroffizieren entsprechende Mannschafszahl“ soll das dritte Jahr zurückbehalten werden können. Es dürften das 14 000 sein, da es aber im Motivenberichte heißt, daß man in der gemeinsamen Armeen bei den Truppenkörpern mit „im Allgemeinen“ zweijährige Dienstzeit 45 800 Unteroffiziere haben wird, so hat also die Militärverwaltung das Recht, für die gemeinsame Armeen außer den 31 000 noch 45 800 und wenn man denselben Maßstab für die Landwehren anwendet, im Ganzen über 68 000 Mann ein drittes Jahr zurückzubehalten. 93 000 Mann von 212 500 dienen drei und vier Jahre, und das nennt man zweijährige Dienstzeit!

Es wird anfangs nicht so arg sein, denn zu solchen Ausweichungen fehlt dem österreichischen Militarismus das Geld. Aber in die Zehntausende wird die Zahl derer gehen, die drei Jahre dienen müssen. Was man über die Armeen verhängt, ist das Gefühl absoluter Unsicherheit. Der Soldat wird bis ans Ende der zwei Jahre nicht wissen, wann er eigentlich heimkehrt, er hat kein Recht auf die zweijährige Dienstzeit, er wird sie nur als Gnade dann empfangen können.

Freilich die Bourgeoisie hat ihre Söhne vor der dreijährigen Fron bewahrt. Ihr ist nicht nur für ihre Söhne, wenn sie nur durch sechs Mittelschulklassen gelotet sind oder eine „ähnliche Bildung“ genossen haben, das Einjährig-Freiwilligenrecht gesichert; diese Söhnelein kommen auch gar nicht mehr in die Lage, ein zweites Jahr dienen zu müssen, wenn sie auch ausgemachte Strohköpfe sind. Bisher mußte der, der am Schlusse des Einjährig-Freiwilligenjahres die Prüfung nicht bestand, ein zweites Jahr dienen; dieses zweite Jahr wird abgeschafft. Für Bourgeoisöhne gibt es nicht mehr als ein Jahr. Aber auch diejenigen, die nicht die sechs Klassen einer Mittelschule und die Prüfung, die sich daran anschließt, hinter sich haben, können, wenn sie nur irgendeine Fachschule absolviert haben, die „eine abgeschlossene Bildung“ vermittelt, also etwa eine Handelsschule oder landwirtschaftliche Schule, nicht zu dreijährigem Dienste herangezogen werden, in gar keiner Waffengattung! Sie sind also vom schwersten Dienst, dem bei den Pferden und in der Marine befreit, ebenso wie sie nicht die Schand- und Strafjahre des Infanteristen treffen kann. Alle diese Vasten kennt das Gesetz nur für das Proletariat!

Das Stückchen Ersatzreserve, das übrig bleibt, wird denen reserviert, die die alleinigen Ernährer einer erwerbsunfähigen Familie sind, hauptsächlich aber Bauern- und Handwerkermeisteröhnen! Und damit man ersehe, daß die zweijährige Dienstzeit nur eine Fabel ist, gilt wohl ein erhöhtes Rekrutenkontingent sofort, aber nach zwei Jahren Dienstzeit werden erst Soldaten entlassen, die im Jahre 1915 eingereicht werden. Die ersten Entlassungen nach der zweijährigen Dienstzeit werden erst im Jahre 1917 erfolgen.

So sieht die Wehrreform aus, die in Oesterreich die Patrioten dreien, und zu deren Durchsetzung in Ungarn Polizei und Militär aufgeboden wurde.

Aber unstreitig ist es, daß nun die österreichische Armeen auf den Glanz hergerichtet sein wird. Es wird fast den gleichen Teil seiner Bevölkerung und einen höheren wie Italien jährlich unter die Soldaten stecken, es werden kriegsuntaugliche Schwächlinge darunter sein, und während in den beiden anderen Staaten des Dreibundes fast ausschließlich zwei Jahre Dienstzeit ist, wird in Oesterreich-Ungarn ein Viertel bis ein Drittel — je nach dem Bedürfnis der Regierung — drei Jahre dienen. Oesterreich-Ungarn wird also im Verhältnis zu seiner Bevölkerung den höchsten Friedensstand haben. Die Generale der anderen Staaten werden mit Neid auf uns schauen.

Ausblicke auf die amerikanischen Herbstwahlen.

New York, den 10. Juni. (Eig. Ber.)

Wenn diese Zeilen den Leser erreichen, wird der Nominations-Konvent der republikanischen Partei zu Chicago eröffnet worden sein, und in Baltimore wird man sich am Vorabend der Eröffnung des großen Spektakels der demokratischen Partei befinden. Größeren Spektakel im ganzen vulgären Sinne des Worts wird es ohne Frage in der historischen Konventshalle zu Chicago geben, wo Präsident Roosevelt von vier Jahren so leichtes Spiel hatte, seiner Partei und damit der Nation seinen Mann, William Howard Taft, aufzuzwingen, und wo derselbe Roosevelt jetzt seine Kampfweiseren auf den alten Freund losläßt, um sich an seiner Stelle wieder in den Sattel zu schwingen. Die echtamerikanische Sensation des Roosevelt-Taft-Duells hält das ganze waschechte Amerika in atemloser Spannung, fast wie eine Preisbögerei zwischen Jeffries und Johnson oder wie ein „Kontest“ zwischen zwei Baseball-Teams. Ob aber die Chicagoer Geschehnisse wirklich für die politische Geschichte des Landes in den nächsten vier Jahren maßgebend sein werden, ist eine andere Frage, da die Zerfahrenheit und die Reihe der unsicheren Faktoren, die diesmal mißspielen werden, größer sind als je vorher. Der demokratische Sieg bei den Kongresswahlen im Jahre 1910 und der Sturz so mancher republikanischen Hochburgen bei den gleichen einseitigen Wahlen lassen eher ein „demokratisches Jahr“ erwarten, zumal bei dem zerrüttenden Familiengewiss und dem Roosevelt-Strach im republikanischen Hause. Die vorherrschende Empfindung ist aber, daß im Falle der Nominierung Roosevelts durch die Republikaner auch der Sieg im Herbst dem Kaufweiserer gehört wird. Zum ersten Male in der politischen Geschichte Amerikas wird ein beträchtliches Element der Delegierten auf den Nominations-Konventen sein Mandat direkten Volkswahlen — den sogenannten Primaries oder Vorwahlen — verdanken, und in fast allen Staaten, in denen die republikanischen Parteimänner durch Urabstimmung inskribiert wurden, zeigte sich, daß die Popularität Theodores Roosevelts noch ungebrochen ist. Sogar die politisch so wichtigen und der Taft-Administration als sicher geltenden Staaten Pennsylvania und Ohio fielen, trotz der bisher dort allmächtigen republikanischen „Parteimaschine“, von Taft ab und erklärten sich für Roosevelt, der den unaufgeklärten Massen als die Verkörperung jener radikalen und auf weitere Demokratisierung Amerikas gerichteten Strömung gilt, auf die auch die Ausbreitung des Vorkaufsystems zurückzuführen ist. Und es kann den Roosevelt-Managern zugegeben werden, daß eine abermalige Kandidatur ihres Idols, selbst wenn die Administration und das konservative Parteielement sich offen gegen sie wenden würden, auch einen mehr oder weniger großen Teil der demokratischen Wähler ins republikanische Lager hinüberziehen würde, denn untrüglich existiert die Popularität Theodors auch in dem psychologisch gleichgerichteten Teile der demokratisch gesinnten Bevölkerung, worüber schon die Aufnahme Roosevelts gelegentlich seiner Agitationsreisen im alldemokratischen Süden Auskunft gab. Die demokratische Partei, in deren Schoße es zurzeit trotz eines auch nicht allzuheftigen Wettbewerbs von Wädte-gerne-Kandidaten vergleichsweise ruhig hergeht, muß denn auch auf die Roosevelt-Gefahr, die einige, die sie zu fürchten hat, die größte Rücksicht nehmen und darf es keinesfalls wagen, wieder einen Reaktionsär, wie Parker, aufzustellen, dessen Nominierung im Jahre 1904 die schlimmste, jemals erlebte Niederlage der Demokraten zur Folge hatte, von deren Wählern sich damals mindestens eine Million der Abstimmung enthielt, während die republikanischen Stimmen zunahm und das sozialistische Votum sich verdreifachte. Der dritten Nominierung des populären demokratischen Führers Bryan — dem eigentlich Roosevelt seinen politischen Donnerkeil gestohlen hat — stehen seine Niederlagen von 1896 und 1900 im Wege, und außerdem natürlich die Konservativen seiner Partei, die schon 1904, als eine Bryan-Kandidatur auf Grund einer fortschrittlichen „Plattform“ sehr aussichtslos gewesen wäre, seine Nominierung hintertrieben haben. Bryan scheint auch diesmal nicht gewillt zu „laufen“, wie der charakteristische amerikanische Ausdruck lautet, aber sein Einfluß hat es vermocht, wenigstens den bürokratischen heftigen Reaktionsär Harmon, den Gouverneur von Ohio, der bis vor kurzem noch der unangekündete demokratische Thronwärter schien, vollkommen schachmatt zu setzen. Die einzigen ernstlichen Rivalen werden auf dem Kontent zu Baltimore der politisch ziemlich farblose, aber von dem vielfachen Zeitungsbefehl und Multimillionär Hearst, dem „gelben“ Erzdemagogen, protegierte Champ Clark und Woodrow Wilson sein — der eine der Präsidenten des Abgeordnetenhauses in Washington, der weiteren Kreisen erst durch seine Anzessionspaule gegen Kanada bekannt geworden ist, der andere der Gouverneur von New Jersey und vorwärtige Präsident der Princeton-Universität, der sich während seiner Campaigne von einem radikalen Einwandwerker-Pöbel und Arbeiterfeind zu einem Mann nach dem Herzen Bryans gewandelt hat und jetzt den Moses des Kapitalismus spielt. Im Gegensatz zu dem republikanischen Konvent, wo einfache Mehrheit entscheidet, nominieren die Demokraten in Baltimore ihren Vorkaufweiserer durch Zweidrittelmehrheit, die wahrscheinlich weder Clark noch Wilson erkennen wird. Die Möglichkeit besteht, daß in diesem Falle Cannon, ein politischer Freund Bryans und Wilsons und als „beachtlicherer“ Bürgermeister von New York ziemlich vollstimmlich geworden, der Kompromißkandidat der Konvention sein wird. Ist so die Lage schon außerordentlich kompliziert, so werden diesmal Prophegeungen über den Ausgang der Wahlen selber noch durch die „dritte Partei“, die Sozialisten, erschwert. Unsere Parteigenossen haben, wie man weiß, in Indianapolis Debs und Seidel, den einen für die Präsidentschaft, den anderen für das Amt des Vizepräsidenten, nominiert, und wenn auch ein sozialistischer Sieg leider noch unwahrscheinlich ist, so erwarten doch selbst unsere Feinde, daß die Sozialisten im Herbst eine Stärke entwickeln werden, die vielleicht die schönsten bürgerlichen Kalkulationen über den Haufen werfen.

Chicago, 18. Juni. Heute ist hier der republikanische Nationalkonvent eröffnet worden. Gouverneur Gabley-Missouri beantragte sofort nach der Eröffnung, die vom Nationalkomitee vorbereitete Liste zu ändern, da achtzig auf Taft verpflichtete Delegierte auf uneheliche Weise gewählt seien. Wenn der Konvent, so schloß Gabley, von einer Gruppe von Leuten kontrolliert werden kann, dann haben wir nicht die Herrschaft einer politischen Partei, sondern eine politische Oligarchie. Der Antrag rief eine sehr heftige Debatte hervor, die von Lärmern, Fischen und Zwischenrufen wie Diebe, Räuber, die auf das Nationalkomitee gemünzt waren, unterbrochen wurde. Der Vorsitzende des Nationalkomitees Rosewater erklärte, der Antrag solle außerhalb der Tagesordnung, da der Konvent noch nicht organisiert sei, und nominierte dann Elihu Root zum vorläufigen Vorsitzenden. Die Anhänger Roosevelts nominierten dagegen den Gouverneur McGovern. Wieder folgten große Lärmereien.

Chicago, 18. Juni. Nachdem eine große Zahl von Delegierten die Wahl Root oder McGovern unterstützte hatte, wurde Root mit 555 Stimmen zum temporären Vorsitzenden des Nationalkonvents gewählt. McGovern erhielt 50 Stimmen.

Der Krieg.

Die Italiener-Ausweisungen.

Konstantinopel, 18. Juni. Heute früh hat der Gouverneur von Pera dem deutschen Konsulat mitgeteilt, morgen würden die noch hier weilenden Italiener, soweit sie nicht von dem Ausweisungsbefehl ausgenommen seien, verhaftet und als Kriegesgefangene behandelt werden. Infolge bestimmter Vorstellungen wurde entschieden, die Italiener würden verhaftet und nach dem deutschen Konsulat geschafft werden. Das deutsche Konsulat will sie in das italienische Hospital schicken, wo sie bleiben werden, bis ein Schiff gefunden ist, auf dem sie abreisen können. Aus der Konstantinopeler Gegend sind fast alle italienischen Arbeiter abgereist; nur ungefähr hundert bleiben zurück.

Konstantinopel, 18. Juni. Der von einem italienischen Wohltätigkeitsverein gemietete deutsche Dampfer „Ella“ ist heute, am letzten Tage der für die Abreise der Italiener festgesetzten Frist, mit zahlreichen italienischen Familien an Bord, im ganzen ungefähr 300 Personen, von hier abgegangen. Seit Beginn des Krieges haben 8170 Italiener Konstantinopel verlassen; mehr als 2000, die von dem Ausweisungsbefehl ausgenommen worden sind, bleiben noch hier. Das italienische Waisenhaus in Pera ist geschlossen, das italienische Hospital bleibt geöffnet.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 18. Juni. Trotz der anscheinend fortschreitenden Beruhigung in Norddoflowo haben mehrere Arnautenführer mit ihren Anhängern die Waffen noch nicht niedergelagt; doch dürften sie nicht in der Lage sein, neuen Widerstand zu entfachen, falls nicht weitere Stämme ihre Partei ergreifen. Überall stehen Truppen von beträchtlicher Stärke. Fadhil Pascha fährt fort, Maßnahmen zu ergreifen, um die Konzentrierung der Arnauten zu verhindern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juni 1912.

Sport und Politik.

Es ist kennzeichnend, daß wichtige politische Kundgebungen „allerhöchster“ Persönlichkeiten sich nicht dort ereignen, wo Vertretungen der großen Masse des deutschen Volkes tagen, wo ernste Fragen des sozialen und politischen Lebens erörtert werden: nicht auf proletarischen Kongressen, sondern dort, wo sich eine winzige Anzahl sportlich interessierter Kapitalisten zusammengesunden haben. So wird es die künftige Geschichtsschreibung mit Kopfschütteln registrieren, daß das so delikate und schwierige Problem der Rüstungs- und Kolonialpolitik in einer kaiserlichen Ansprache behandelt wurde, die gehalten wurde — bei der Segelwettfahrt des Norddeutschen Regattaverains in Hamburg!

Freilich, daß Wilhelm II. sich zu einer Flotten- und weltpolitischen Kundgebung animiert fühlte, ist letzten Endes die Schuld des Hamburger Bürgermeisters Dr. Burchard, der, als Vertreter des Handels- und Reederkapitals, in seiner Begrüßungsrede skrupellos die wichtigsten Fragen der internationalen Politik anschnitt. Der Hamburger Bürgermeister meinte, daß Deutschland (das deutsche Bankkapital, die deutschen Pfeffersäcke und die deutschen Reeder) „Freiheit des Wettbewerbs auf dem Lande, auf dem Wasser und in den Lüften“ fordere. Damit war natürlich nicht der friedliche Wettbewerb auf den Gebieten des Handels und der Industrie gemeint, sondern der militaristische, marinistische und aviatische Wettbewerb zu Kriegszwecken! Und schließlich leistete sich der Vertreter der Hamburger Geldsäcke den Ausspruch: „Heute sind alle Deutsche in gewissem Sinne Seedeutsche; denn alle sind meeresfroh und flottenfroh und froh des deutschen Kolonialbesitzes.“

Das wagte der Hamburgische Bürgermeister auszusprechen, trotzdem alle drei Hamburger Wahlkreise mit kolossaler Mehrheit von der Sozialdemokratie erobert worden sind, trotzdem also selbst für Hamburg feststeht, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung vom modernen Imperialismus, dem tollhäußerlichen internationalen weltpolitischen Taumel nichts wissen will! Aber freilich, der Vertreter des Hamburgischen Geldsacks erachtete die Stimmung der breiten Volksmassen für absolut nebensächlich! Wenn schon ein hanseatischer Bürgermeister einer solch totalen Verkennung des Volkswillens fähig ist, braucht man sich wahrhaftig nicht mehr darüber zu wundern, wenn eine Persönlichkeit, die durch ganz andere Schranken von dem wirklichen Volksleben und Volksempfinden getrennt ist als ein Bürgermeister, nämlich der preussische König und deutsche Kaiser, erst recht zwischen den Wünschen und Interessen des Kapitals und dem der ausgebeuteten Volksmehrheit keinen Unterschied zu machen weiß!

Wilhelm II. kam wieder einmal auf die Ganga zu sprechen, deren schließlichen Zusammenbruch er (in geschichtlich recht primitiver Auffassung) darauf zurückführte, daß „des Reiches Schut“ nicht hinter ihr gestanden habe. Aber der historische Teil der kaiserlichen Rede war minder wichtig, als der Teil, der sich auf die Gegenwart bezog. Da war es interessant, daß Wilhelm II. die weltpolitische Rede des Hamburger Bürgermeisters offenbar als eine Anreizung zu weltpolitischen Abenteuern betrachtete. Entgegnete er doch, daß zwar „hinter dem deutschen Kaufmann des Reiches Schut stehen müsse“, daß aber „die deutsche Flagge in Ehren wehen, d. h. nicht leichtfertig im Winde entfaltet werden dürfe“. Nicht leichtfertig dürfe sie aufgepflanzt werden, wenn man nicht sicher sei, sie verteidigen zu können.

„Sie werden es verstehen, warum ich Zurückhaltung geübt habe in der Ausbreitung der deutschen Flagge, wo sie vielleicht von manchem gewünscht und ersehnt war. Ich habe mich von einem alten hanseatischen Grundsatz leiten lassen, und der steht in manchen Leitern am Rathaus zu Lübeck: „Das Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet viel, es mit Ehren wieder herunter zu holen.“ Nun, meine Herren, ich glaube das wohl bindigieren zu können, daß bisher der Ehre unserer Flagge noch niemand zu nahe getreten ist, solange wie ich regiere. Dafür kann ich mich einsetzen, und dafür kann ich stehen: da, wo Sie vorangehen, da wird meine Flagge Ihnen folgen.“

Daß Wilhelm II. den ernstlichen und ehrlichen Wunsch hegt, den internationalen Frieden zu wahren, braucht nicht bezweifelt zu werden. Um so verhängnisvoller aber ist es, daß er sich bei unserem heutigen System in die Lage versetzt fühlt, von weltpolitischen und Flotten-treibern aller Art, den Vertretern der heutigen hungriger und abenteuerlustigen Kapita-

listensichten immer weiter vorwärts getrieben zu sehen! Ist es doch höchst eigenartig, daß Wilhelm II. der selbst vor zwanzig Jahren die Lösung der Weltpolitik und des Flottenrüstens ausgegeben hat, heute genötigt ist, sich gegen weltpolitische Treiberer selbst in Hektren bei Sportveranstaltungen zu verhalten zu müssen!

Damit der deutsche Kaiser nicht ein Opfer einseitiger Information, einseitiger Aufspüchungsversuche wird, ist es um so notwendig, daß die Masse des Volkes, das klassenbewußte Proletariat, immer wieder seinen Willen zum internationalen Frieden und seiner Gegnerschaft gegen den imperialistischen Wahnsinn in der unzweideutigsten Weise bekundet!

Ein päpstliches Schweigegebot.

Die „Märkische Volkszeitung“ veröffentlicht unter der fetten Ueberschrift „Ein Wunsch des Heiligen Vaters! Der Streit über die Gewerkschaftsfrage soll aufhören!“ folgende Kundgebung der päpstlichen Nuntiatoren in München:

„Da die verdrüßliche und schädliche Polemik bezüglich der Arbeiterorganisationen in Deutschland fortdauert, ist es der lebhafteste Wunsch des Heiligen Vaters, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen und es dem Heiligen Stuhle überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensmaßregeln zu geben. Der Heilige Vater setzt das vollste Vertrauen in die Ergebenheit der Söhne der Kirche in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsche nachkommen.“

Die „Märkische Volkszeitung“ begrüßt diese Kundgebung, deren Befolgung seitens der katholischen Presse außer jedem Zweifel“ stehe. Aber auch die „Germania“, die sich lebhaft gegen den Vorwurf der „Königlichen Volkszeitung“ verwahrt, das Organ der Berliner Richtung, der katholischen Fachvereine, zu sein, erklärt, daß sie „in vollem Maße mit dieser neuerlichen Kundgebung des Heiligen Vaters durchaus zufrieden sein“ könne. Denn sie halte es durchaus mit der Erklärung des Präsidenten des letzten Mainzer Katholikentages: „Heiliger Vater, wenn Du siehst, daß wir in die Irre gehen, dann rufe uns zurück, denn wir sind treue Katholiken und bleiben es.“

Ob auch die Organe der Kölner Richtung sich ohne Murren dem Schweigegebot fügen werden, bleibt abzuwarten. Ist es doch in der Tat eine ungeheuerliche Zumutung, in einer Frage, die die politischen Interessen der breitesten Zentrumsbürgerkreise aufs tiefste berührt, auf jede weitere Diskussion, jede fernere Seitendmachung ihres Standpunktes zu verzichten und dem „Heiligen Vater“ nebst seinen Bischöfen es völlig überlassen zu lassen, welchen Entscheidung sie zu fällen für angemessen erachten!

Es ist das nichts anderes, als die Uebertragung des Kadavergehorsams, des beschränkten Untertanenverstandes auf das Gebiet der Parteipolitik!

Angst vor der Erbschaftsteuer.

Es wurde kürzlich berichtet, daß im Reichsschatzamt die Vorarbeiten für die neuen direkten Reichsteuern schon ziemlich weit vorgeschritten seien, und daß aller Voraussicht nach der Staatssekretär des Schatzamtes im kommenden Herbst schon dem Reichstage seine Vorschläge zu unterbreiten gedenke. Diese Eile ist den Blauschwarzen außerordentlich unangenehm. Die Behravorlagen sind vorerst mal gebedt, und man hatte gehofft, sich mit der Spiegelreiterei des Erzberger-Wassermannschen Antrages aus der Schlinge ziehen und die Besigenden vor der Heranziehung zu den Hoerzlasten retten zu können. Nun hat aber das schätzliche Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, unangenehme Andeutungen gemacht, die dahin gingen, die Erbschaftsteuer sei schließlich nicht zu umgehen, und man tue am klügsten, wenn man sich endlich mit ihr abfände. — Die „Kreuz-Zeitung“ lief gleich in einem Leitartikel Sturm gegen solche heftigen Ansichten und wehrt sich nach wie vor mit Händen und Füßen gegen eine Steuer, die allerdings die bedenkliche Eigenschaft hat, daß sie Steuerdrückbergereien nicht günstig ist.

Jetzt kommt nun die „Germania“ dem Junkerorgan zu Hilfe und schreibt in ihrer Nummer vom 18. Juni:

„Wenn der Bundesrat und der Reichskanzler nicht von allen guten Geistern verlassen sind, dann legen sie gerade die Kindererbschaftsteuer nicht vor und zwar aus politischen und tatsächlichen Gründen. Die letzteren sind sehr einfach: es ist im höchsten Grade zweifelhaft, ob eine solche Vorlage eine Mehrheit erhält. Man kann sich kaum ein und dieselbe Kindererbschaftsteuer denken, für welche Herr v. Camp und Ledebour stimmen werden. Selbst wenn man damit rechnet, daß sich die Mehrheit für den Gedanken der Kindererbschaftsteuer ergibt, so ist dies noch lange keine Mehrheit für einen bestimmten Gesetzentwurf, der solche Einzelheiten enthalten kann, daß er in der Schlussabstimmung doch keine Mehrheit hat, oder daß der Bundesrat ihn nicht annimmt. Eine Steueraktion, die von Anfang an damit rechnet, daß sie letzten Endes auf zwei oder vier Augen im Reichstage gestellt ist, hat keinen Erfolg zu erwarten. So aber dürfte die Sache derzeit liegen. Politisch würde eine solche Vorlage den schärfsten Kampf unter den bürgerlichen Parteien hervorrufen, zur Freude der Sozialdemokratie, wie der Reichskanzler sehr zutreffend im Reichstage bemerkt hatte. Die ganze Sammlung der bürgerlichen Parteien würde auf Jahre hinaus unterbrochen und der Kampf aller gegen alle als oberste Regierungsweltweisheit angesehen. Ein Kanzler, der an die Zukunft des Reiches denkt, kann nicht den ersten Stein zu einem solchen Kampfe werfen, zu einem Kampfe, bei dem über 50 Prozent seiner Mitstreiter die 110 Sozialdemokraten werden müßten, wenn er auch nur eine geringe Aussicht auf Erfolg haben soll. Kein Reichskanzler aber kann so vermessentlich handeln, daß er mit Scheidemann und Ledebour den Kampf gegen bürgerliche Parteien in einer politischen Frage zu führen entschlossen ist. Dies wäre einfach Wahnsinn und Selbstmord, wenn auch das „Berl. Tagebl.“ davon entzückt sein würde. Die Frage der Erbschaftsteuer ist durch den Fürsten Billow eine politische Frage geworden; man kann diese Entwicklung bedauern, aber mit der Tatsache muß man rechnen. Es ist dies eine der schlimmsten Erbschaften des früheren Regimes. Solche Dinge werden nicht durch Uebertreibung aus der Welt geschafft; es gibt eben auch in der Politik heißes Eisen, das der kluge Mann liegen läßt.“

Herr Bethmann Hollweg wird sich vermutlich denken, diesem in halb bittender, halb drohender Form gegebenen Befehl der ultramontanen Führer des schwarzblauen Blodes nachzukommen. Hat er in der Deckungsfrage insoweit A gesagt, daß er die Erzbergersche Rechnung über die Mehrerträge der Reichseinnahmen akzeptierte und auf die Erschließung neuer Einnahmen in Verbindung mit der Behravorlage selbst verzichtete, so wird er jetzt auch B sagen und auf die Erbschaftsteuer ganz verzichten müssen. Die Merkmalen wissen ja auch, was sie an Bethmann haben: er ist nicht der Mann, der den Schwarzblauen Trost zu bieten vermöchte.

Unter dem Regime Hertling.

In einem zwei Spalten langen Zeitartikel versucht es die „Germania“ das bayerische Vormundschaftsgericht Dachau gegen die auch vom „Vorwärts“ festgestellte Ungehörigkeit zu verurteilen, daß es sich bei einer Rechtsentscheidung von Motiven der unglaublichsten religiösen Intoleranz habe leiten lassen. Es handelt sich um jenen Fall, wo einer unehelichen Mutter nach ihrer Verheiratung die Erziehung des Kindes verweigert wurde, weil Rüdlich genommen wurde auf die Gefühle des für das katholische Kind bestellten katholischen Vormundes, des für das katholische Kind bestellten katholischen Vormundes, sei, für ein Konkubinatskind.

Die „Germania“ bemüht sich weitläufig um den Nachweis, daß der Mutter nach dem früheren Beschluß des Vormundschaftsgerichtes auf Grund des § 1666 das Erziehungsrecht abgesprochen worden sei. Dieser Paragraph aber besage, daß Vater oder Mutter das Erziehungsrecht abgesprochen werden könne, wenn die Betreffenden das Kind vernachlässigten oder sich eines ehrlosen und unsittlichen Verhaltens schuldig machten. Die „Germania“ hätte sich die Zitterung dieses Paragraphen ersparen können, wenn sie einfach festgestellt hätte, daß das Vormundschaftsgericht seinen Beschluß damit begründet hatte, daß die Mutter des Kindes deshalb ihren Erziehungspflichten nicht nachkommen können, weil sie ihren Ehemann, einen Hausierer, auf seinen Gängen begleiten werde. Diese Voraussetzung war aber unzutreffend! Und als dem Vormundschaftsgericht dies Argument aus den Händen geschlagen war, da rüde es — weniger jesuitisch zwar, aber mit anzuerkennender Ehrlichkeit — wörtlich mit folgendem Argument heraus:

„Es besteht für das Vormundschaftsgericht zurzeit kein Anlaß, von den getroffenen Anordnungen abzugehen, schon mit Rücksicht auf die tief verletzten religiösen Gefühle des für das katholische Kind bestellten katholischen Vormundes, welcher nach eigenem Vorbringen und nach Brief der Kindmutter diese immer noch auffordert, ihren Ehemann zu verlassen. Die gesetzlich gültige Ehe der Kindmutter ist noch den durch § 1588 des Bürgerlichen Gesetzbuches gebotenen kirchlichen Anschauungen des Vormundes eine Konkubinats- und ehebrecherisches Verhältnis, weshalb Vormund im Zusammenhalt mit früher geltend gemachten Beanstandungen auf Zurückführung des Kindes besteht.“

Wenn die „Germania“ trotzdem behauptet, daß es unwahr sei, daß das Vormundschaftsgericht der Mutter das Recht auf ihr Kind mit Rücksicht auf ihre „gesetzlich gültige, aber kirchlich unzulässige Ehe“ vorenthalten habe, so beweist das nichts, als einen geradezu erschauenden Mut, unverrückbarste Tatsachen abzuleugnen! Hat doch das königliche Amtsgericht Dachau in seinem oben wörtlich zitierten Bescheid ausdrücklich erklärt, daß gerade die Rücksicht auf die religiösen Gefühle des Vormundes die Veranlassung gäbe, seinen früheren Entscheid aufrechtzuerhalten. Es ist deshalb auch eine wirklich unbegreiflich unverfrorene Behauptung der „Germania“, wenn sie es für „unwahr“ erklärt, daß sich das Vormundschaftsgericht die kirchlich-religiösen Anschauungen des Vormundes „angeeignet“ habe!

Allerdings begreifen wir es durchaus, daß es der „Germania“ höchst unangenehm ist, die Wirkungen des Regimes Hertling bis auf die unparteiische, Rechtsprechung durch die liberale und sozialdemokratische Presse festgestellt zu sehen. An unglücklich festgestellten Tatsachen läßt sich nun aber trotz aller Leugnungs- und Lügenkünste ultramontaner Blätter nichts deuteln und drehen. Auch im bayerischen Landtag wird man die jesuitischen Klopfschereien der Hertlingianer mit Leichtigkeit zu durchkreuzen wissen!

Abgeordnetenwahlen in Gotha und Koburg.

Bei den am Dienstag vollzogenen Abgeordnetenwahlen für den Gothaer Landtag hat die Sozialdemokratie, wie die Wahlmännerwahlen voraussehen ließen, zwei neue Mandate erobert: Ochruf und Friedrichsroda. Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr 9 Sitze unter 19. Es hat nicht viel gefehlt, so wäre auch ein zehnter Kreis erobert worden, so daß wir die Majorität im Landtage gehabt hätten. In allen Kreisen haben wir unseren Bestand gefestigt. Die Liberalen verlieren drei Mandate, zwei an die Sozialdemokratie und eins an die Agrarier. Der Landtag setzt sich nunmehr zusammen aus 9 Sozialdemokraten, 6 Agrariern und 4 Liberalen.

Bei den Abgeordnetenwahlen zum Koburger Landtage ist der eine Kreis, in dem die Sozialdemokratie eine Wahlmännermehrheit hatte, verloren gegangen. Es wurden gewählt: 4 Agrarier, 4 Nationalliberale und 3 Fortschrittler. Im Wahlkreis Deslau hatte die Sozialdemokratie eine Wahlmännermehrheit; bei der Abgeordnetenwahl stellte sich aber Stimmengleichheit heraus. Das Los entschied dann zugunsten der Nationalliberalen.

Wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle hat.

Eine Notiz der streng agrarisch gesinnten „Märkischen Zeitung“ beleuchtet dieses Wort in einer Weise, wie das nur selten geschieht. Der Aufsichtsrat der Dirschauer Zuckerrübenfabrik beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 36 Prozent vorzuschlagen. Die wahnsinnige Höhe dieses jüngerlich-kapitalistischen Entbehrungslohnens wird aber von der noch aufreizenderen Tatsache überstrahlt, daß diese 36 Prozent nur einen kleinen Teil des Reingewinnes darstellen. Die Dividende nimmt von dem Reingewinn nämlich nur 162 000 M. in Anspruch. Der volle Reingewinn aber beträgt 638 505 M. Die Dirschauer Zuckerrübenfabrik könnte also, falls sie dies wollte, auch 100 Proz. Dividende verteilen, ja noch sogar darüber hinausgehen. Sie begnügt sich mit 36 Proz. und versucht, um die aufreizenden Ziffern ihrer Geschäftspraxis zu verschleiern, den weitläufigsten Teil des Reingewinnes zu Abschreibungen und Dotierungen der verschiedenen Reservefonds. Daß die Arbeiter der Dirschauer Zuckerrübenfabrik elend entlohnt werden, brauchen wir wohl nicht erst zu betonen. Und wenn die Aktionäre dem „Unterstützungsfonds für Beamte und Arbeiter“ von dem Reingewinn ganze 5000 M. überweisen will, ist diese Tatsache nicht geeignet, darüber hinwegzutäuschen, daß Arbeiter die Werte schaffen und reiche Nichtstuer den Profit in ihre Taschen stecken. Und in einer so verrückten Gesellschaftsordnung sollen die Proletarier nicht rot werden!

Pfründen für Militärantenwörter.

Des Königs Hof bringt manchem, der ihn getragten, nur ein Bettlort ein. So sucht zurzeit der Magistrat von Schwes in Westpreußen einen Nachwächter mit einem jährlichen „Gehalt“ von 600 Mark. Dazu erhält der Glücklich 75 Mark Zuschuß zur Wohnungsmiete. Und alle drei Jahre steigt sein Gehalt um 25 Mark, bis ihm nach 18jähriger Tätigkeit die fürstliche Entlohnung von 750 Mark zuteil wird. Weiter kann es der Nachwächter von Schwes nicht bringen. Seinen Kollegen in Niesenburg, einem Städtchen im Herrschaftsgebiet des Januschauer geht es indessen noch lange nicht so gut. Dort sucht der Magistrat vier Nachwächter und will jedem 465 Mark jährlich zahlen! Weitere Zuwendungen sind für die Niesenburg Nachwächter nicht vorgesehen. Wohl gemerkt: Die Nachwächter von Schwes und Niesenburg sollen Militärantenwörter sein. Das wird zur Bedingung gemacht. Werden sich die drum reihen!

Ungarn.

Neue Gewaltstreiche.

Am Mittwoch begann die zweite Session des Reichstages. Die erste Sitzung war eine formelle; es wurden die Präsidenten und die Schriftführer gewählt. An der Wahl nahmen die oppositionellen Parteien keinen Anteil. Die Opposition will dadurch den ungarischen Reichstag zu einem Rumpfparlament machen. Ein Militärkorps umgab, wie gewöhnlich, das Gebäude, und die oppositionellen Abgeordneten hielten draußen ihre Reden, da sie nicht eingelassen wurden. Die Regierung beabsichtigt, den Reichstag nur eine Woche lang zusammenzuhalten und wird ihm verschiedene Gesetzesvorlagen unterbreiten. Darunter befindet sich ein Gesetz über die Errichtung von Arbeiteranatorien. Die Regierung will den Arbeiterkrankvereinen 3 1/2 Millionen Kronen zur Errichtung von Sanatorien zur Verfügung stellen.

Der Ministerpräsident hat die Abgeordneten der Regierungspartei aufgefordert, sofort nach Schluß des Reichstages hinaus in das Land zu gehen und dort die Agitation unter dem Volke zu betreiben. Die Regierung verfolgt damit den Zweck, die Arbeitermassen von der Opposition loszureißen. Die Arbeiter werden sich indessen ebensowenig von dem 3 1/2 Millionen-Röder verlocken wie durch Gewalt bezwingen lassen.

In der Vormittagsitzung des Reichstages hatte die Regierung eine Ueberraschung geplant. Vor Schluß der Sitzung unterbreitete der Ministerpräsident Lukacs einen Gesetzentwurf, welcher dem Reichstagspräsidenten und dem Immunitätsausschuß das Recht einräumt, etwaige renitente Abgeordnete ihres Mandats verlustig zu erklären. Der Minister beruft sich in seiner Begründung darauf, daß nicht nur in Ungarn, sondern auch überall im Auslande die Auswüchse des Parlamentarismus überhand nehmen, das am besten die jüngsten Ereignisse in Preußen und England zeigten. Nach dem Gesetzentwurf hat der Reichstag das Recht, mißliebige Abgeordnete aus dem Reichstage selbst mit Polizeigewalt zu entfernen. Jedoch kann die Polizei und Gendarmerie nicht regelmäßig und bleibend im Reichstage aufgestellt bleiben. Der Ministerpräsident beantragte daher, das Haus möge den Gesetzentwurf annehmen, damit ein für allemal parlamentarische Ordnung hergestellt wird. Als dieser Gesetzentwurf, der bis kurz vor Schluß der Sitzung ein Geheimnis blieb, bekannt wurde, brach unter der Regierungspartei große Erregung aus. Die gewesenen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Werbády und Kowácz protestierten auf das entschiedenste gegen diesen Gesetzentwurf. Ein großer Teil der Regierungspartei schloß sich den Protestierenden an, und nur mit großer Mühe gelang es der Regierung, mit der eigenen Partei ein Kompromiß zu schließen. Das Kompromiß ist folgendes: Der Ministerpräsident unterbreitete den Gesetzentwurf, sagte jedoch in seiner Rede sofort, daß er die Verhandlung dieses Gesetzentwurfs für den Herbst lasse, da gegenwärtig die Opposition im Reichstage nicht vertreten sei und die Wichtigkeit dieses Gesetzes unbedingt die Anwesenheit der Opposition erfordere. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

Frankreich.

Der Kampf um die Wahlreform.

Paris, 18. Juni. Deputiertenkammer. Nachdem sich verschiedene Redner zu dem Gesetzentwurf Augagneur geäußert hatten, ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort und führte u. a. aus: Der Regierungsentwurf ist ein wahrer Ausgleichsvorschlag und dazu bestimmt, eine Einigung der Republikaner herbeizuführen. Wir sind bereit, alle Maßregeln zu prüfen, die das Einvernehmen bei den Republikanern erleichtern werden, vorausgesetzt, daß das unberührt bleibt, was wir als Kernpunkt der Wahlreform betrachten. Poincaré verlangte sodann die Ablehnung des Gegenentwurfs Augagneur und fügte hinzu: Wenn sich gegen uns eine republikanische Mehrheit findet, werden wir nicht mehr die nötige Autorität zu besitzen glauben, um die Regierungsgewalt weiter auszuüben. (Beifall im Zentrum, auf der äußersten Linken und auf der Rechten.) Augagneur beantragte sodann Verweisung seines Entwurfs an eine Kommission, um den Versuch zu machen, alle Republikaner zu einigen. Poincaré beantragte Ablehnung dieses Antrags und stellte die Vertrauensfrage. Der Antrag Augagneur auf Ueberweisung an eine Kommission wurde darauf unter dem Beifall der Kammer mit 346 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Augagneur zog seinen Gegenentwurf zurück. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 19. Juni. Die Minderheit von 197 Deputierten, die sich gestern in der Kammer zugunsten des Augagneurschen Gesetzentwurfs ausgesprochen hatte, setzte sich aus 95 Mitgliedern der sozialistisch-radikalen Gruppe, 57 Mitgliedern der radikalen Linken, 26 Mitgliedern der demokratischen Linken, 17 Mitgliedern der Gruppe der sozialistischen Republikaner und 2 Wilden zusammen, 95 Deputierte enthielten sich der Abstimmung. Die Regierung hat nach genauer Prüfung des Abstimmungsergebnisses festgestellt, daß sich in der 346 Deputierte umfassenden Mehrheit, die gegen den Entwurf Augagneur für das Ministerium gestimmt hat, sich 217 Linkerepublikaner befinden, daß also das Ministerium die als Bedingung seines Fortbestandes verlangte rein republikanische Mehrheit erhalten habe.

Paris, 19. Juni. Die Deputiertenkammer fehlte heute die Beratung über die Wahlreform fort. Breton, Sozialist, früher geeinigter Sozialist, griff die Regierung heftig wegen ihrer Mehrheit von gestern an. Ministerpräsident Poincaré erwiderte lebhaft, er habe die Ueberzeugung, eine republikanische Mehrheit gehabt zu haben. — Jaurés kritisierte heftig die schwankende Politik der radikalen Ministerpräsident Poincaré fragte darauf nur in wenigen Worten, die aber einen starken Eindruck hinterließen, warum unermüdet über die allgemeine Politik interpelliert würde, und welcher Artikel seines Programms nicht erfüllt werde. Er schloß mit den Worten: „Die Kammer möge zwischen Ihnen und uns entscheiden.“ (Beifall bei den Anhängern des Verhältniswahlrechts.) Die Kammer lehnte mit 346 gegen 179 Stimmen einen Antrag Breton ab, in dem die Regierung ersucht wird, die Wahlreform mit Hilfe der republikanischen Mehrheit der beiden Kammern durchzuführen. Der Antrag war auch von der Regierung zurückgewiesen worden. Die Kammer stimmte dann über das Vertrauensvotum ab. Der erste Teil desselben, in dem es heißt: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung“ wurde mit 393 gegen 15 Stimmen angenommen, der zweite Teil: „schenkt ihr Vertrauen und geht zur Tagesordnung über“ mit 346 gegen 11 Stimmen, die Tagesordnung im ganzen wurde schließlich mit 306 gegen 7 Stimmen angenommen.

England.

Die Wahlreform.

London, 18. Juni. (Fig. Ver.) Die von dem Unterrichtsminister Pease eingebrachte Reformbill stimmt im großen und ganzen mit dem von Herrn Asquith im vorigen

Jahre skizzierten Gesetz überein. Die Vorlage bezweckt, das bestehende, auf dem Besitz und anderen verwickelten Befähigungen beruhende Wahlrecht für die Parlamentswahlen abzuschaffen, sie läßt aber viele der hergebrachten Einrichtungen für die Gemeindevahlen bestehen. Durch das neue Gesetz, das im Juni 1914 oder auch früher in Kraft treten soll, wird etwa die Hälfte der 4 600 000 über 21 Jahre alten Männer, die jetzt das Wahlrecht nicht besitzen, wahlberechtigt werden. Folgendes sind die Hauptbestimmungen. Das Pluralwahlrecht der Besitzenden wird abgeschafft; jeder Wähler wird in Zukunft nur in einem Wahlkreise wählen können. Die Bestimmung, daß das Eigentum zum Wahlrecht befähigt, wird aus den Gesetzen ausgemerzt werden. Allein zum Wahlrecht befähigt das Wohnen oder die Beschäftigung in einem Wahlkreise während der Dauer von sechs Monaten. Gemäß diesen Grundsätzen wird in Zukunft das Universitätswahlrecht wegfallen; 9 Universitäten werden ihre parlamentarische Vertretung verlieren. Da auch die Homerulevorlage die Zahl der irischen Vertreter im Reichsparlament um 61 verringern will, wird die Zahl der Volksvertreter im Unterhaus von 670 auf 600 sinken.

Ueber den Mechanismus des neuen Wahlrechts ist folgendes zu bemerken. Die jährliche Registrierung der Wähler mit all der damit verbundenen Arbeit und der davon lebenden Bürokratie soll abgeschafft werden und einer fortlaufenden Registrierung Platz machen. In den Städten werden die Sekretäre der „Woroughts“ und in den ländlichen Wahlkreisen die Sekretäre der Grafschaftsräte die Pflichten der Registrars übernehmen. Diese müssen wenigstens einmal im Jahre eine vollständige Wählerliste veröffentlichen wie auch eine Ergänzungsliste am Ersten jedes Monats, die die Namen aller verstorbenen, verstorbenen und neuen Wähler für den vergangenen Monat aufweist. Die Revisionsgerichte, wo bei dem bestehenden verstorbenen Wahlrecht eine Horde Juristen ein so fettes Auskommen finden, werden abgeschafft und alle Wahlrechtsstreitigkeiten werden in den Grafschaftsgerichten erledigt werden. Bisher galt es als Recht, daß ein Wähler sein Wahlrecht verlor, wenn er von einem Hause nach einem anderen Hause in demselben Wahlkreise verzog; er mußte dann in der neuen Wohnung eine neue Befähigung erlangen. Auch diese, besonders die Arbeitererschaft bedrückende Bestimmung soll abgeschafft werden. Auch wird nach der Vorlage ein Wähler, der nach einem anderen Wahlkreise verzieht, sechs Monate lang sein Wahlrecht in dem alten Wahlkreise behalten, d. h. also bis zur Erlangung der Wahlbefähigung in seinem neuen Wohnsitze. Eine Person mit mehreren Wohnsitzen, die verstorben sollte, ihr Wahlrecht mehr als einmal auszuüben, wird mit schweren Strafen bedroht — Geldstrafe von 200 Pfund oder ein Jahr Gefängnis mit oder ohne Zwangsarbeit, zudem in allen Fällen Verlust des Wahlrechts auf sieben Jahre. Die Vorlage gibt ferner den Lords das Stimmrecht zum Unterhause, schließt sie aber, wie das bestehende Gesetz, vom Wahlrecht zum Unterhause aus.

Nach dem jetzigen Stand der Bevölkerung würden nach dem Entwurf etwas über 500 000 Pluralwähler (Stimmen) in Wegfall kommen und, wie schon erwähnt, zwischen 2 und 2 1/2 Millionen neuer Wähler geschaffen werden. Die Zahl der neuen Wähler würde sich natürlich gewaltig vermehren, wenn es den Arbeitervertretern gelingt, das Parlament zu bewegen, den Frauen zu denselben Bedingungen das Wahlrecht zu geben wie den Männern. Den 12 032 000 Männern über 21 Jahre stehen in Großbritannien 13 352 000 Frauen im gleichen Alter gegenüber, von denen 10 1/2 Millionen in die Wählerlisten eingetragen werden würden.

Die schwersten Bedenken, die man gegen die Vorlage vorbringen kann, sind die, daß sie nicht das allgemeine Frauenstimmrecht bringt, daß sie nicht die Bezahlung der offiziellen Wahlkosten, deren Höhe in Großbritannien den reichen Kandidaten und Parteien einen so großen Vorsprung gibt, aus öffentlichen Mitteln vorsieht, daß sie nichts tut, um das Problem der dreifachen Wahlkämpfe auf dem Wege der Einführung der Stichwahl oder der Verhältniswahl zu lösen und daß sie die längst notwendig gewordene Neueinteilung der Wahlkreise auf später verschiebt. Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß die Vermehrung der Wähler der politischen Vertretung der Arbeiterklasse nur neue Schwierigkeiten bereitet, so lange die offiziellen Wahlkosten, die mit der Wählerzahl steigen, nicht aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Kampf um das Frauenstimmrecht den Ministern die meisten Kopfschmerzen verursachen. Schon bei der ersten Lesung beantragte das liberale Parlamentsmitglied Mason die Vermerfung der Vorlage, weil sie nicht das Frauenstimmrecht enthalte. Der Antrag wurde mit 274 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Henderson, der neue Sekretär der Arbeiterpartei, erklärte in der Debatte, daß er für seine Person gegen die dritte Lesung stimmen werde, wenn das Frauenstimmrecht der Vorlage nicht einverleibt würde.

Die konservative Partei glänzte bei der ersten Lesung wieder in ihrer ganzen geistigen Armut. Die Herren wollen sich einreden, daß die Vorlage wegen der Ueberbürdung des Parlaments mit Gesetzen doch nicht Gesetz werden wird. Die Ereignisse des letzten Jahres hätten sie lehren sollen, daß die Liberalen fest entschlossen sind, die Früchte des Parlamentsgesetzes — Homerule, Entstaatlichung der Kirche in Wales und die Wahlreform — in den nächsten zwei Jahren einzuheimsen. Da das Volk für die beiden ersten Vorlagen wenig oder kein Interesse befundet und da sie es nicht wagen können, gegen die demokratischen Bestimmungen der Reformbill Sturm zu laufen, spielen sie eine armselige Straußenpolitik.

Wieder ein Klassenurteil.

London, 19. Juni. Das Geschworenengericht der Grafschaft Hampshire hat einen Eisenbahnarbeiter zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Derselbe hat einen Artikel des von Tom Mann herausgegebenen „Syndikalisten“, der die Soldaten auffordert, nicht auf die Streikenden zu schießen, neu drucken lassen und während des Kohlenstreiks unter die Truppen in dem Lager von Aldershot verteilt. Der Angeklagte weigerte sich, eine Verpflichtung einzugehen, das Vergehen nicht zu wiederholen.

Marokko.

Paris, 19. Juni. (W. T. B.) Aus Fez wird gemeldet, daß das Lager der Kolonne des Generals Gouraud in einem Tale von zahlreichen Marokkanern angegriffen worden ist. Die Angreifer wurden in die Flucht geschlagen. Die Franzosen hatten 8 Tote und etwa 12 Verwundete. Auch eine auf dem Marsche befindliche Abteilung dieser Kolonne wurde von Marokkanern angegriffen, wobei sie zwölf Verwundete hatte.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Praktiken.

Im Autobau der Firma Siemens-Schuckert, Konnen-damm, hat jüngst eine Anzahl Arbeiter ihren Austritt aus dem gelben Verein erklärt, ebenso wie es in anderen Werken der Firma eine größere Anzahl Arbeiter auch getan haben. Nach den Bestimmungen des gelben Vereins muß nun jede Austrittserklärung schriftlich erfolgen. Dementsprechend sind denn auch die von den Arbeitern selbst geschriebenen Austrittserklärungen per Posteingang an den gelben Werksbevollmächtigten gesandt worden. Unter den Ausgeschiedenen befand sich auch der Schmied R. Während nun alle anderen ausgeschiedenen Arbeiter bis jetzt unbehelligt blieben, versuchte man sich an dem obengenannten Schmied, der sich bereits in älteren Jahren befindet, zu rächen. Durch einen von der Firma angestellten Obergelben wurde eine Erklärung abgefaßt, in welcher es heißt, daß die Austrittserklärung des R. nicht aus freier Entschliebung erfolgt sei. Diese Erklärung wurde dem Schmied R. zur Unterschrift vorgelegt, und stand dieser vor der Wahl, entweder zu unterschreiben oder eventuell entlassen zu werden. R. unterschrieb, um sich der Gefahr der Entlassung zu entziehen.

Die Obergelben haben nun beschlossen, im „Grund“ dieses „Dokument“ zu veröffentlichen, um zu beweisen, wie Austrittserklärungen aus dem gelben Verein erfolgen. Wir bringen diese Notiz heute, weil wahrscheinlich die neueste Nummer des „Grund“ bereits im Druck hergestellt ist und die betreffende Veröffentlichung dann nicht mehr zurückgenommen werden kann. Die Obergelben würden sonst den Versuch, mit der Veröffentlichung obiger Erklärung den Nachweis des Terrorismus der Roten zu erbringen, unterlassen.

Das ganze ist übrigens ein weiterer Beweis dafür, wie man im Unternehmerlager, und dazu rechnen wir auch die Gelben, den Terrorismus in trassierter Form und wirft derartige Schandtat den Gegnern vor.

Berlin und Umgegend.

Maßregelungen bei der Firma Weichstein.

Seit einigen Monaten sind im Westfälischen Betriebe verschiedentlich, ohne ersichtlichen Grund, Leute entlassen worden, die schon längere Jahre im Betriebe beschäftigt waren und als tüchtige Arbeiter bekannt waren. So wurde in der letzten Woche ein Arbeiter der Rüstingfabrik entlassen, der auf eine sechsjährige Beschäftigungsdauer im Betriebe zurückblicken konnte und sich in keiner Weise etwas zu schulden kommen ließ. Die Branchenkollegen des Betroffenen waren erstaunt und beunruhigt über diese Entlassung, zumal ja auf diese Spezialarbeit fortlaufend neue Arbeitskräfte eingestellt werden. Sie kamen zu der Ansicht, daß der Entlassene nur das Opfer einer falschen und schmutzigen Denunziation geworden sei. Um sich darüber Gewißheit zu verschaffen, wählten sie in einer Zusammenkunft eine Kommission von drei Kollegen aus ihrer Mitte, welche den Auftrag erhielten, in der Angelegenheit beim Betriebsleiter Hannmann vorstellig zu werden und um die Gründe nachzufragen, die zur Entlassung des erwähnten Kollegen geführt haben. Dieser Kommission wurde nun bei Ausführung ihres Auftrages eine Behandlung im Honorar zuteil, wie man sie unter unabhängigen Leuten wohl nicht erwartet hätte. Der Betriebsleiter Hannmann geriet auf die in ruhigen und sachlichen Worten vorgebrachte Anfrage der Kommissionsmitglieder in große Erregung und bezeichnete es als eine „Frechheit“ und „Unverschämtheit“, daß man von ihm die Gründe der Entlassung hören wollte. Er verwies die Kommissionsmitglieder aus dem Honorar, erfolgte sie nach ihrem Betriebsraum und erklärte sie dort unter mehrfachen Beschimpfungen als entlassen.

Die schlichte Schilderung dieser Vorgänge, welche die drei entlassenen Kommissionsmitglieder in einer stark besuchten Betriebsversammlung gaben, rief dort fortdauernd Entrüstungstürme hervor. In der sich daran anschließenden Diskussion wurden die Zustände im Betriebe der Firma Weichstein als die traurigsten und rückständigsten in der ganzen Holzindustrie hingestellt. Die Gewerbeordnung schreibt vor, daß in jedem Fabrikbetriebe ein Arbeiterausschuß aus der Mitte der Beschäftigten gewählt werden soll, der gehört werden muß. Die Firma Weichstein setzt sich über solche gesetzlichen Bestimmungen hinweg; bei ihr gibt es einen solchen Arbeiterausschuß nicht. Nachdem noch das rigorose Vorgehen des Betriebsleiters scharf gegeißelt war, wurde von den über 400 Versammelten einstimmig eine Resolution angenommen, welche gegen die unwürdige Behandlung der gemäßigten Kommissionsmitglieder durch den Betriebsleiter Hannmann energischen Protest erhebt und ihre Entrüstung ausdrückt über die persönlichen Beleidigungen, die derselbe den Kommissionsmitgliedern ins Gesicht schleuderte. Die Versammelten gelobten, durch weitere unermüdliche Stärkung der Organisation die vorfinstlichen Verhältnisse bei der Firma Weichstein zu beseitigen.

Die Branchenleitung des Holzarbeiterverbandes erhielt dann durch die Versammlung den Auftrag, in Sachen der gemäßigten Kollegen die weiteren Maßnahmen zu ergreifen.

Die „objektiven Behörden“.

Wiederholt ist im Reichstag und anderswo von Regierungsvorstellern erklärt worden, daß die Behörden bei den Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern durchaus objektiv und unparteiisch vorgehen, daß sie nur bemüht seien, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Dabei bringt jeder Tag neue Beweise dafür, daß die Behörden bei Streiks und Lohnkämpfen durchaus im Interesse des Unternehmertums eingreifen.

Im „Paradiesgarten“ in Treptow wurden am Sonntagabend sämtliche Kellner entlassen. Der Wirt, Herr Hiller, unterschob seinen Angestellten die Absicht, sie wollten doch plötzlich streiken. Das war durchaus nicht der Fall; wohl aber hatten die dort beschäftigten Kellner sich bemüht, mit Hilfe ihrer Organisation Unterhandlungen mit Herrn Hiller über Verbesserung der Löhne anzubahnen. — Am Sonntag überdienten sich die gewerkschaftlichen Stellvertreter, Arbeitswillige zu senden. Die Organisation machte von ihrem Koalitionsrechte Gebrauch; Streikposten suchten die über den Streik nicht unterrichteten Kollegen über den Stand der Dinge zu unterrichten. Ein ganzes Heer von Polizisten in Uniform und Zivil war aufgebotsen, um die Kellner an der Ausführung ihres gesetzlichen gewerkschaftlichen Rechtes zu hindern. Nicht weniger denn 15 Mann wurden verhaftet. Es wurde ihnen angedroht, daß sie, ein zweitesmal „erwischt“, 24 Stunden in Haft bleiben würden.

Die Arbeitswilligen wurden am Abend in einem Raloboot, begleitet von Polizeibeamten und Polizeihunden an das Nimmelsburger Ufer gebracht. Einer der Arbeitswilligen wurde als ein Kellner erkannt, der am Sonntag zuvor im Bannbergschen Lokal mit der Kasse durchgebrannt war. Es bedurfte eines ganz energischen Auftretens der Geschädigten, ehe der Wirt sich dazu bequeme, den Durchbrenner zur Kasse zu bringen. Das geht ihm nichts an, so meinte der Geschädigte. Er beschränkte sich denn auch darauf, den Namen des Betroffenen festzustellen; dann ließ er ihn wieder laufen. Dem Wirt, bei dem die Streikenden

und die Streikposten sich aufhielten, wurde schon nach 11 Uhr Feierabend geboten, obgleich er bis 12 Uhr nachts Konzeption hat. Auch die Straßenbahn mußte dazu beitragen, die Arbeitswilligen zu schützen. Die Angestellten der „Großen“ waren beordert, die Herren Arbeitsbesessenen zwischen den Haltestellen aufzunehmen, damit sie ja von jeder Verührung mit ihren streikenden Kollegen bewahrt blieben.

Herr Hiller, der „Nieder 10000 Mark in die Spree schmeißen“ wollte, als die bescheidenen Forderungen seiner Angestellten, die zum Teil 10 Jahre im Betrieb waren, zu bewilligen, gibt den Arbeitswilligen jetzt mehr, als die alten Leute verlangten. Nach beruhigten Aufsehn.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Bei der am 17. Juni d. J. erfolgten Wahl der Delegierten zum Verbandstag zu Köln wurden insgesamt 2315 gültige Stimmen abgegeben. Hier von erhielten Kuno 2018, Ritter 1829, Hansmann 1820, Kossik 1817, Knopp 1815, Müller 1803, Reimann, Fraut, 1788, Gebauer 1748, Brühl 1740, Dierks 1733, König 1710, Höpfer 1697, Bresemann 1671, Koloff 1630, Behrend, Fräulein, 1603, Doris, 1596, Rieger 1582, Malone 1577, Esser 1550, Reine 1545, Alde 1531, Peck 1488, Brodmann 1420, Havemann 1407, Wälis 1393, Gramatke 1288, Schwarze 1191. Ungültig waren 142 Stimmzettel, 9 Stimmen waren gesplittert. Gewählt sind die folgenden zwerz Genannten.

Verband der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin I. Die Ortsverwaltung.

Die Barbiers, Friseur, und Friseurmacher-Zwangsgewinnung zu Schneberg verleiht im Namen des Herrn Obermeisters Friedrich Müller, Gustav-Freitag-Str. 3, an die tariftreuen Arbeitgeber, welche im „Vorwärts“ veröffentlicht werden, folgendes Schreiben:

Hierdurch werden Sie nochmals auf § 10a obigen Statuts, Nachtrag vom 22. Januar 1912, hingewiesen, nach welchen Veröffentlichungen über Sonderabschlüsse und Arbeitsverhältnisse verboten sind.

Wir eruchen höflichst, dafür zu sorgen, daß Ihre diesbezügliche Namensauführung im „Vorwärts“ nicht mehr geschieht. Andersfalls wird gegen Sie eine erstmalige Strafe von zehn Mark festzusetzen.

Wenn die Zeitung der Zwangsgewinnung glaubt, mit solchen ungeschicklichen Bestimmungen die Tarifbewegung torfchlagen zu können, so irtet sie. Derartige Straffestellungen sind wiederholt für rechtungsgültig erklärt worden, weil bei der Zwangsgewinnung keine festgesetzten Lohnsätze bestehen. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß folgende Schneberger Arbeitgeber mit dem Verband der Friseurgehilfen den Tarifvertrag abgeschlossen haben: Oberstr. 74 Müller, Feurigstr. 45 Diebs, Goltstr. 46 Kassel, Hohenfriedberg Str. 1 und 27 Abel und Hartel.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe.

nahmen dieses Mal fünf Tage in Anspruch. Von den 42 Verhandlungsgegenständen fanden nur 32 ihre Erledigung. Es ist bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß in einer Anzahl von Ortsverbänden die Unternehmer wiederholt den Versuch unternahmen, mit ihren Arbeitern durch besondere Vereinbarungen bestimmte durch den Vertrag festgesetzte Vertragsbedingungen abzugeben; wieder andere versuchten durch gewisse Manipulationen den Vertrag zu umgehen, um sich auf diese Weise vor Erfüllung der Vertragsbedingungen zu schützen. Das Zentralschiedsgericht hat durch eine grundsätzliche Entscheidung die Abdinglichkeit des Vertrages für unzulässig erklärt.

Von Bedeutung ist eine Entscheidung, wonach die Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte gegen die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts dem Tarifvertrag widerspricht und daher unzulässig ist.

Die nächste Sitzung wurde für den 9. Juli vereinbart.

Arbeitswillige Apachen.

Ein Trupp der in Odrich im Betriebe der Waggonfabrik internierten Arbeitswilligen hat Sonntag morgen auf der zum Bahnhof führenden Berliner Straße einen regulären Ueberfall verübt. Sie hatten sich in einem dort befindlichen Nachtcafé festgesetzt. Als drei vom Bahnhof kommende Streikposten, die abgelöst worden waren, den Weg in die Stadt nehmen und auf der anderen Seite der Straße an dem Café vorübergingen, kürzten an 30 dieser Kombs heraus, überfielen die Streikposten und hielten mit ihren starken Stöcken in fürchterlicher Weise auf sie und die ihnen in den Weg kommenden Passanten ein, so daß das Blut in Strömen floß. Von den drei am argsten Mißhandelten, die sich auf der nächsten Unfallstelle verbinden lassen mußten — zwei wurden danach ins Krankenhaus übergeführt —, sind zwei Personen, die am Streik überhaupt nicht beteiligt sind. Einem von diesen Geschlagenen ist außer einer Anzahl Lohrer, die ihm in den Kopf gehauen wurden, das Rückenbein zertrümmert worden. Wie tollgewordene Bestien haben diese Apachen gehaßt. Die Polizei war machtlos gegenüber diesem Gesindel. Am demselben Morgen haben dann die Streikbrecher einen Ueberfall auf die in der Nähe der Fabrik friedlich stehenden Streikposten unternommen. Nur mit Hilfe und Homb kesselte kürzten sie aus einer neben dem Fabrikort befindlichen kleinen Tür, die bisher von den Arbeitern nicht benutzt werden durfte, und hielten mit ihren Knütteln auf die Streikposten ein, von denen einer schwer verletzt wurde. Weiter wurden am Tage und in der Nacht Passanten von herumsitzenden Nagmarcks angefallen und bedroht. Ein Bezirksmeister wurde angebrüllt: „Wot guckst Du Dornacke, ich haue Dir den Schädel ein!“ Ein Spaziergänger, der gegen Rittersnacht nach Hause kam, wurde von zwei Nagmarcks angefallen und bedroht: „Wir suchen Streikposten; es sind 8 Mann draußen; wenn wir die erwischen, sind sie alle geliefert.“

In einer Versammlung der Frauen der Streikenden, die am Montagabend stattfand, wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder des gelben Arbeitervereins des Betriebes Hand anlegen mußten bei der Desinfizierung der Straßsäde und Decken für die dem Staate nützlichen Elemente.

Die Kriegserklärung der mitteldeutschen Metallindustriellen

hat folgenden Wortlaut:

„Unser Mitglied, der Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete, hat am 27. Mai 60 Proz. seiner Belegschaft entlassen, nachdem der bei einem Teil seiner Mitglieder ausgebrochene Streik trotz weitgehender Zugeständnisse nicht beigelegt werden konnte.“

Die Verbandsgemeinschaft Hannover, Halle (Saale), Magdeburg des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, den Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete in dem ihm von den Gewerkschaften aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen. Dieser Beschluß hat die Genehmigung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller gefunden.

Die hannoverschen Industriellen haben wiederholt den streikenden Arbeitern und der Öffentlichkeit gegenüber erklärt, daß sie zu einer Verständigung im Wege der Aussprache bereit seien. Nachdem die streikenden Arbeiter die dazu gebotene Gelegenheit nicht ergriffen haben, wird in Ausführung des vorstehenden Beschlusses am Abend des 22. Juni in sämtlichen der unterzeichneten Gruppe angehörenden Betrieben die Entlassung von 60 Proz. der Arbeiterkraft eintreten, wenn bis dahin nicht alle inner-

halb des hannoverschen Vereins bestehenden Arbeiterbewegungen beigelegt worden sind. Hannover, Halle (Saale), Magdeburg, 17. Juni 1912. Verbandsgemeinschaft Hannover, Halle (Saale), Magdeburg des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.“

Demgegenüber ist zu erklären:

1. Es sind keine weitgehenden Zugeständnisse gemacht. Während die Arbeiter die Forderung nach 64 stündiger Arbeitszeit wöchentlich aufgegeben haben und nur noch eine 56 stündige verlangen, wie sie die Frankfurter Industriellen unter Mitwirkung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller erst kürzlich festgelegt haben, wollen die hannoverschen Industriellen nur 57 Stunden betätigen, die Verfürzung auf den Sonnabend verlegen und keinen vollen Lohnausgleich eintreten lassen.

2. Die hannoverschen Industriellen haben allerdings erklärt, daß sie zu einer Verständigung mit den Arbeitern im Wege der Aussprache bereit seien. Sobald aber die Verhandlungskommissionen vorstellig wurden, sind sie in der empörendsten Weise behandelt und ohne Resultat fortgeschickt worden. Das Verständigungsangebot war also eine glatte Komödie.

Sind Tarifverträge steuerpflichtig?

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet, hat der Finanzminister vor einiger Zeit eine prinzipielle Entscheidung darüber getroffen, ob die Tarifverträge und Schiedssprüche der gewerbegerichtlichen Einigungsämter steuerpflichtig seien. Er hat jetzt dahin entschieden, daß der Hauptvertrag der Steuer nicht unterliege, weil sich darin die Bestimmung befindet, daß die Geltendmachung irgendwelcher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sei. Dagegen seien die übrigen Vertragsstücke stempelsteuerpflichtig, und zwar erfordern sie einen Vertragstempel von 3 Mark, da sie die obige Bestimmung des Hauptvertrages nicht enthalten.

Ausland.

Der Streik der französischen Seelente

Dehnt sich weiter aus. In Marseille wurde eine Abstimmung über den Generalstreik vorgenommen. Die Seelente und Dockarbeiter traten mit großer Mehrheit für den Generalstreik ein.

In Bordeaux beschlossen die Arbeiter, einen stündigen Demonstrationstreik zu inszenieren. In Loulon und Dünlirchen steht die allgemeine Niederlegung der Arbeit in Kürze bevor. In Rouen ist der Streik der Seelente wirkungslos geblieben, weil zahlreiche Arbeitswillige eingestellt worden sind, so daß der Verkehr aufrechterhalten werden kann. Dagegen ist in Saint Malo und Vrest der Seemannstreik bereits vollkommen beendet, da hier den streikenden Seelenten alle Forderungen glatt bewilligt worden sind, worauf sie die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Letzte Nachrichten.

Zugzusammenstoß bei Leipzig.

Leipzig, 19. Juni. (B. T. V.) Heute abend kurz nach 1/8 Uhr fuhr in der Nähe von Gschwiz der um 7.25 Uhr vom hiesigen bayerischen Bahnhof abgehende Personenzug 2406 einem Güterzug in die Flanke. Soweit bisher festgestellt ist, wurden fünf Personen getötet und zwölf bis fünfzehn verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Wie weiter gemeldet wird, wurde das Eisenbahnunglück bei Gschwiz dadurch veranlaßt, daß der Zug Nr. 2404 mit einem von Borna kommenden Personenzug, der das Haltesignal überfahren hatte, zusammenstieß. Unter den Toten befindet sich auch der Zugführer des Bornaer Zuges. Die Schwerverletzten sind mittels Krankenautomobile nach Leipzig gebracht worden.

In das Leipziger Krankenhaus sind 2 Tote eingeliefert worden, der Zugführer des Bornaer Zuges Erler und eine unbekannte Frau, ferner 19 mehr oder weniger schwer verletzte Personen.

Schreckliche Einsturzkatastroph.

Bühl bei Gebweiler, 19. Juni. (B. T. V.) Ein Gebäude der Firma E. Rogelet ist heute eingestürzt, wobei zwei Männer und eine Frau getötet, neun Personen, darunter zwei schwer, verletzt wurden.

Zu der Einsturzkatastroph bei der Firma E. Rogelet werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Sechzig Arbeiter, die in dem Wehereigebäude beschäftigt wurden, sind unter den Trümmern begraben worden. Tot sind zwei Männer und zwei Frauen, verletzt 15 Personen, darunter zwei oder drei schwer. Mit den Aufräumungsarbeiten ist begonnen worden; die Feuerwehren aus Bühl und Gebweiler, sowie verschiedene Sanitätskolonnen erschienen sofort auf der Unglücksstätte.

Die Ursache des Einsturzes konnte noch nicht ermittelt werden.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Paris, 19. Juni. (B. T. V.) Wie aus Fez gemeldet wird, ist General Dalbiez gestern mit einer aus 4 Bataillonen Infanterie, 2 Eskadronen Kavallerie und 3 Batterien Artillerie bestehenden Kolonne von Fez aufgebrochen, um eine militärische Expedition nach der südlichen Umgegend der Stadt zu unternehmen. Das Ziel der Kolonne ist El Hadjib. Von dort aus wird sich General Dalbiez gegen die unbotmäßigen Beni Witz und die Gernan wenden.

In den letzten Tagen ist die Umgegend von Sefru durch die französische Artillerie von mehreren kleinen feindlichen Partes gesäubert worden. Aus der Gegend am Wulughassue wird gemeldet, daß eine Karawane mit Lebensmitteln, die von Beni Tafit kam, am 18. Juni bei Tagzeit von einer 60 bis 80 Mann starken Abteilung der Verber angegriffen wurde. Die Karawane, die von einer Abteilung Truppen begleitet war, konnte die Angreifer erst nach lebhaftem Kampfe zurückschlagen. Auf französischer Seite wurden 5 Schützen und 3 Eingeborene getötet.

Die chinesische Frauenbewegung.

Schanghai, 19. Juni. (Agence d'Extreme Orient.) Die chinesischen Frauenrechtlerinnen betreiben die Vorbereitungen zu einem Kongress, für den sie auf die Beteiligung zahlreicher Frauen und junger Mädchen rechnen. Sie geben ihrer festen Zuversicht Ausdruck, daß sie für die Frauen das aktive und passive Wahlrecht erringen werden. Lingtaungu, die Vorsitzende des Frauenstimmrechtsbundes von Schanghai, kündigt an, daß ihre Anhängerinnen darauf dringen werden, die Gleichstellung der beiden Geschlechter zu erreichen und daß sie ferner für die Unterdrückung der Vielweiberei, der Sklaverei und der Prostitution eintreten werden. Der chinesische Nationalbund der Frauenstimmrechtlerinnen wird in sechs Unterabteilungen zerfallen: Finanzwesen, Erziehung, Verkehrstragen usw., deren jede von einer Vorsitzenden geleitet werden wird. Zweigvereine des Bundes sollen in allen großen Städten ins Leben gerufen werden.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Am 2. d. Württemb. Kr. 3. Du. 225,83, Rempen 3. Du. 57,20, Duisburg-Mülheim 3. Du. 747,13, 18. hannov. Kr., 3. Du. 494,40, Köln Stadt u. Land 3. Du. 1811,08, Altfisch-Thann 3. Du. 18,08, Darmstadt Gr. Geran. 3. Du. 524,97, Hamburg f. Binnenstädter 80,30, 12. hannov. Kr., 1. u. 2. Du. 392,—, 3. Jülichau-Grossen 3. Du. 106,81, 17. württemb. Kr. 3. Du. 42,89, 4. Freiburg i. Br., 3. Du. 124,49, Kalau-Rudau 3. Du. 276,88, 2. bad. Kr., 3. Du. 105,71, Köln Reg. 3. Du. 20,—, 6. Döhrsenleben-Halberstadt, 1. u. 2. Du. 998,59, 6. bad. Kr., 2. Du. 82,77, Jallenberg O./S. A. 2. 3.—, 7. 2. sächs. Kr. a. Konto 1000,—, 8. Veg. Breslau f. 11 Kr., 3. Du. (Goldberg-Regnitz) 351,06, Gahrau-Steinau 5,67, Müllisch-Trebnitz 27,72, Wartenberg Dels 28,31, Breslau-Land 423,44, Ohlau-Rimpfich 80,58, Brieg-Ramskau 77,—, Neustadt O.-S. 25,40, Jallenberg-Grottkau 2,64, Reife 16,40, Glogau 28,83) Sa. 1061,84, Nächsthausen-Langensala 3. Du. 164,47, Berlin, Heberisch einer Kranspende d. P. Sch. 4,05, 9. Oberhann 3. Du. 135,04, 8. u. 10. Schlesw.-holst. Kr. 3. Du. 2395,—, Hanau-Gelnhausen 3. Du. 1525,06, Prenzlau-Angermünde 3. Du. 57,83, Eilenach 200,—, 10. Hagenau-Weissenberg 3. Du. 11,48, 4. bad. Kr. 3. Du. 69,20, Coblenz-St. Goar 3. Du. 31,10, Ehlingen 5. württ. Kr. 3. Du. 644,45, Dittweiler-St. Wendel 2. u. 3. Du. 46,62, Berlin, Heberisch v. d. Kransp. d. Kol. d. J. A. Nieme 6,30, 11. Hanau-Gelnhausen Rest v. 3. Du. 250,—, Salzweide-Gardelogen pr. 4. Du. 1910/11 70,09, Veg. Kattowitz f. Binnenstädter 98,10, Veg. Kattowitz 2 u. 3. Du. (Gr. Strelitz-Cosel 15,60, Gleiwitz-Ludwig 40,50, Deutsch-Zarnowitz 208,10, Kattowitz 199,05, Pletzhofen 16,44, Kattowitz 48,24, Czernburg-Rosenberg 8,40, Oppeln 15,60, Leobischütz 15,80) Sa. 502,23, 13. Sorau-Fors 3. Du. 404,52, Stendal-Osterburg 3. Du. 190,90, 14. 13. württemb. Kr. 3. Du. 32,06, Berlin W. 50, 2. 11,—, Pforzheim-Durlach 2. Du. 545,32, Hlaubeuren-Lampfheim 3. Du. 4,18, Saarburg-Salins 3. Du. 240, Oldenburg 1 2 Du. 233,—, Potsdam-Dishavelland 3. Du. 592,56, Berlin, v. d. Kol. d. deutsch. Telefonwerke 3.—, 15. Schleswig-Lederförde 3. Du. 202,72, A. G. Diäten 48,—, Dessau-Jerbst 2. Du. 718,05, 17. 3. bad. Kr. 3. Du. 80,83, Hannover a. Konto 3. Du. 3000,—, Wolmsriedt-Neuhaldensleben 3. Du. 371,56, Offenburg-Rühl 3. Du. 86,82, Westpreußen f. 13 Kr. 3. Du. (Eibing-Marienburg 81,60, Danzig-Land 84,88, Danzig-Stadt 279,69, Neustadt-Rartheim 3,48, Verent-Pr.-Stargard 1,81, Stuhm-Marienburg 5,70, Rosenburg-Löbau 1,—, Gredenz-Strasburg 18,15, Thorn-Kulm 4,60, Schweg 3,30, Konitz-Luchel 2,35, Schlochau 2,60, Dt.-Krone 10,15) Sa. 499,26, Rastatt 8. bad. Kr. 3. Du. 98,82, Landsberg-Solbin 204,90, 18. Brandenburg-Westhavelland 3. Du. 807,98, Bochum-Gelsenkirchen 3. Du. 1064,65, 20. Veg. Oberlangensala f. 5 Kr. 3. Du. (Waldenburg 513,18, Hirschberg 161,51, Reichensdorf-Neurode 806,12, Steigau-Schweidnitz 450,27, Landeshut-Zauer 177,60) Sa. 1808,48, Veg. Oberlangensala f. 5 Kr. 3. Du. (Waldenburg 513,18, Hirschberg 161,51, Reichensdorf-Neurode 806,12, Steigau-Schweidnitz 450,27, Landeshut-Zauer 177,60) Sa. 1808,48, 21. Berlin J. A. 1.—, Camptadt 3. Du. 1158,57, Karlsruhe-Bruchsal 3. Du. 483,54, Pforzheim-Durlach 602,75, Berlin, Kol. d. Rep.-Berl. d. Gummiverks Oberpre 2,70, Gesamt in d. Heimst. Buch 6,25, 22. Frankfurt a. M. 3. Du. 2043,—, Altenburg 3. Du. 5768,24, Chemnitz 16. sächs. Kr. a. Konto 3000,—, Würzen-Döbeln 11. sächs. Kr. 400,—, 23. Götting 4. sächs.-holst. Kr. 3. Du. 64,64, 3. württemb. Kr. 3. Du. 88,04, 24. 12. württemb. Kr. 3. Du. 16,62, 25. Albed 8. Du. 1064,60, Lübeck f. Binnenstädter 3. Du. 4,40, Colbitz-Spreenberg 3. Du. 891,14, 26. Vera P. 2. 50,—, Saardöbeln 3. Du. 104,60, 29. 14. sächs. Kr. 500,—, Paderborn 5,45, Heberisch d. Vorwärts pr. 1. Du. 1912: 54 155,10, Dresden f. Binnenstädter 24,—, 30. Berlin, Dr. 2. A. 100,—, Gau Südbayern f. 21 Kr. 3. Du. (München I u. II 3394,68, Kitzach 149,52, Ingolstadt 47,50, Wasserburg 27,—, Weidheim 128,22, Rosenheim 281,60, Traunstein 59,50, Landsbut 64,40, Straubing 26,70, Passau 9,48, Pfarrkirchen 12,88, Deggendorf 15,66, Rühlheim 2,82, Augsburg 298,80, Donausrück 12,—, Dillingen 6,08, Jütlissen 86,02, Kaufbeuren 22,50, Immenstadt 137,30, Regensburg 101,32), Summa 4783,98, 31. Braunschweig 1. Kr. 3. Du. 1368,01, Galtm 158,03, Berlin, Knabe 3.—, Leser- u. Diät.-Klub Joh. Jacoby 5.—, Heberisch d. Märktranges von d. Kolleg. der Deutschen Waffen- u. Munitionsfabrik. Werke Wittenau 158,—, Berlin, A. G. 50,—, P. G. 50,—, Weste-Schwabentsee 10,—, Stendal, J. Gust. G. v. Gum. 12,—, Schwarzb.-Sondershausen 3. Du. 195,72, 11. Württ. Kr. 3. Du. 92,53, Gr.-Berlin a. Konto seiner 8 Wahlkreise 15 000,— (Darunter: Ungenamt d. Kauf 5,—, Kassenführer 4, Kauf 2,—, b. d. Beerbig. d. Frau d. Gen. Schmidt, Bez. 48, 47, 49, 2, 65, Kranzüberfch.

v. Koll. Czarnikow, Neubau Zieg 12,50, Kräger 5.—, Märktranz-Überfchuf d. Kol. d. Firma Rog Haff 13.—, Flatauer, Müllerstraße 10.—, König Vogel 1.—, v. d. Ranthey-Tägern 10.—, Höppler 2.—, Ref. Dr. Herzfeld 6.—, A. B. Müller, April-Mai 2.—, Adt. 5. Heberisch v. Bergmännern 10.—, Henry 5,40, Drabo Borchardt 3.—, Heberisch v. Märktr. d. Anst.-Fabr. Rummelsburg 13,70, Gutenberg 28,10, Extrabeitrag zum Fonds von Weissensee 25.—, Heberisch v. Märktr. 1912 v. d. Arbeitern u. Arbeiterinnen d. Firma Bergmann, Berliner Wert 250,—, 6 Monat Beiträge v. einem roten Postbeamten aus d. Emmannelskirchstr. 2,40, Raifonds v. Straße d. Dnappe 10.—, Zellerfamm. 10. Mai Lipp 451,38, Urania 59,65, Mitem 79,45, Kasanienwäldchen 249,33, Pharisäer 215,12, Stadttheater 202,16.

Berlin, den 18. Juni 1912.
Für den Parteivorstand:
J. B.: Otto Braun, Lindenstr. 8.
Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerich, F. Ebert, D. Braum, Berlin, Lindenstr. 8, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Posthalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingeprägter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Die Reorganisation in der Partei.

bs. Der letzte Parteitag hat beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die eine Vorberatung über die Reorganisation der Parteieinrichtungen pflegen sollte und die gehalten war, etwaige Vorschläge dem kommenden Parteitage zu unterbreiten. Die Kommission hat ihre Arbeiten beendet und die von ihr als notwendig erkannten Änderungen in einer Vorlage zusammengefaßt und veröffentlicht. Die Vorlage, die die Bildung eines Parteiausschusses und die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage dürften die wichtigsten Gegenstände der Erörterungen sein.

Die Vorlage ist in einer Weise zu lösen vorgeschlagen, die unseren Beifall nicht findet. Der Mindestbeitrag für Männer soll danach, wo der Beitrag monatlich erhoben wird, 40 Pf., wo er wöchentlich erhoben wird, 10 Pf. betragen. Die weiblichen Mitglieder sollen mindestens 20 Pf. bzw. 5 Pf. bezahlen. Diese vorgeschlagene generelle Beitragserhöhung halten wir nicht für ratsam. Die Durchführung der Beitragserhöhung von 20 auf 30 Pf. hat erst im Jahre 1910 die allergrößten Schwierigkeiten bereitet. Wir glauben, daß die jetzt beabsichtigte Erhöhung unseren Entwicklungsplan nicht sonderlich fördern dürfte. Anerkannt muß ja werden, daß die Verpflichtungen der Partei ständig wachsen und daß, wenn so mancher Wunsch der Genossen erfüllt werden soll, auch an die notwendige materielle Grundlage gedacht werden muß. Richtig ist auch, daß die bisher aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen keineswegs ausreichen, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Ganz abgesehen davon, daß die Kosten des Wahlkampfes, die eigentlich auch als wiederkehrende, und zwar sich steigende Ausgaben bei der Erhaltung der ständigen Einnahmequellen mit berücksichtigt werden müßten. In den regulären Einnahmen aus Beiträgen finden weder die meisten Wahlkreise noch der Parteivorstand die notwendige Deckung! Die Zuwendungen aus der Zentralkasse an die bedürftigen Wahlkreise machten im Jahre 1910/11 einen Betrag aus von rund 475 000 M.! Diese Tatsache beweist, daß eine ungemein große Zahl von Kreisen noch nicht imstande war, aus eigener Kraft heraus die finanziellen Aufwendungen zu decken. Die Zentralkasse vereinnahmte aus den ihr überwiesenen regulären Beiträgen die Summe von 691 975 M.; sie verausgabte aber insgesamt 897 180 M. Es würde mithin ein Defizit von 206 205 M. entstanden sein, wenn nicht der Zentrale noch andere Einnahmen zugeflossen wären. Die besonderen Einkünfte der Hauptkassen beruhen auf Ueberfchüssen aus Parteigeschäften, auf freiwilligen Ueberweisungen, Einnahmen u. dgl. Eine Finanzierung, die auf solche regellose Einkünfte angewiesen ist, bietet gerade in den Schwankungen kein erfreuliches Moment. Immerhin hatte die Zentrale 1910/11 schließlich eine Gesamteinnahme von 1 357 761 M., der die

genannte Ausgabe von 897 180 M. gegenüberstand. Das Bilanzjahr 1911/12 dürfte ein anderes Resultat zeitigen.

Bei den geschätzten Massenverhältnissen ist es erklärlich und auch notwendig, darauf bedacht zu sein, in das Finanzwesen eine größere Stabilität zu bringen. Wir halten es auch für völlig richtig, wenn eine Erhöhung der Beiträge angestrebt wird, meinen aber, daß gegen eine generelle Erhöhung der Mindestbeiträge sehr viele Gründe sprechen. Unsere feste Organisation ist noch verhältnismäßig jungen Datums. Große Massen sozialdemokratisch fühlender und denkender Proletarier haben die Notwendigkeit eines dauernden politischen Bundes noch nicht begriffen. Den Weg zur Organisation haben sie noch nicht finden können. Wir haben zwar 4 1/2 Millionen Stimmen auf unsere Kandidaten vereinigt; in der politischen Organisation haben wir aber nur circa 1 Million Mitglieder, darunter Frauen und jugendliche Genossen von 15 bis 25 Jahren. Wenn nun vorzeitig die Beiträge erhöht werden, so ist zu befürchten, daß wir uns gerade in den kommenden Jahren die Werberarbeit erschweren. Die Öffnung darf wohl genährt werden, daß sowohl der Ausfall der Reichstagswahl, als auch die politischen Ereignisse uns gerade in denjenigen Bezirken einen Aufschwung in der Mitgliederzahl bringen dürften, wo bisher nur schwache Ansätze vorhanden waren. Jeder Organisator weiß, daß die Zunahme der Mitglieder nicht im Augenblick der Ereignisse eintritt, sondern immer eine geraume Zeit später. Das kommende Jahr dürfte uns erst die Ernte unserer Arbeit bringen. Was wir tun können, um den Högelschauer — Beitragserhöhung — zu verhindern, sollten wir tun. Im Augenblick der günstigen Nachwirkung unseres Wahlsieges sollte alles vermieden werden, was den Erfolg beeinträchtigen kann.

Der Parteitag kann in der Beitragsfrage nichts Besseres tun, als eine abwartende Stellung zu proklamieren. Damit könnte verbunden werden eine Aufforderung, daß die einzelnen Wahlkreise mehr Bedacht nehmen müßten, die Partei auch finanziell zu stärken. Ohne eine weitere generelle Erhöhung des Mindestbeitrages wird durch den stärkeren Zufluß neuer Mitglieder die Einnahme nicht nur gesteigert, sondern das geschieht auch durch die freiwillige Erhöhung der Beiträge in den einzelnen Wahlkreisen. Viele Kreise haben diesen Schritt schon gemacht, manche werden ihn noch machen. Schon im vorigen Jahre waren 133 Wahlkreise vorhanden, die einen monatlichen Beitrag von mehr als 40 Pf. erhoben! Ein Beweis dafür, daß, nachdem wir einen Mindestbeitrag überhaupt haben, es ratsamer ist, der Entwicklung nach höheren Beiträgen vorläufig freieren Spielraum zu lassen. Im Interesse der Entwicklung der politischen Organisation in unserem Bezirk liegt es sicher, wenn die generelle Beitragserhöhung abgelehnt wird.

Der Parteiausschuf, der neben dem Parteivorstand zur Teilnahme an der Leitung der Partei gesetzt werden soll, stellt eine Neuerung dar. Je mächtiger unsere Partei wird und damit die Vielseitigkeit der Betätigung zunimmt, um so mehr muß für eine Aussprache und Verständigung über die zu treffenden politischen Maßnahmen rechtzeitig Vorkehrung getroffen werden. Es dürfte von niemand bezweifelt werden, daß die Leitung der Partei nicht allein mehr von einigen — wenn auch noch so tüchtigen Genossen — durchgeführt werden kann. Der Parteivorstand wird in all seinen Entscheidungen viel sicherer geben, wenn ihm dauernd aus dem ganzen Reich ein Beirat gestellt wird. Ob ein regelmäßiges Zusammenkommen, oder ein solches von Fall zu Fall, ratsamer ist, vermögen wir im Augenblick nicht zu beurteilen. Die Hauptsache ist, daß eine Entscheidung der beiden Körperschaften über besonders wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen herbeigeführt werden kann. Das aber kann nur im vollsten Maße dann geschehen, wenn der Parteiausschuf aus Mitgliedern aller Landesteile gebildet wird. Der Vorschlag der 2er Kommission geht nun dahin, den Parteiausschuf aus 32 Mitgliedern bestehen zu lassen, die aus 29 Wahlkreisen vorgeschlagen und vom Parteitag gewählt werden sollen. Damit würde, nach unserer Meinung, der gewollte Zweck nur sehr unvollkommen erreicht. Die natürlichste Bildung eines Parteiausschusses geschieht dadurch, daß jeder der heutigen Agitationsbezirke einen Vertreter zu bestellen hat. Die bestehenden Bezirke sind doch den verschiedenartigen Verhältnissen entsprechend

Konsumverein und Qualitätsware.

Die Frage, ob Deutschland seine gesamte Produktion immer mehr von allem Minderwertigen befreien, sie immer energischer auf das Niveau des Vernünftigen, des Guten und Schönen einstellen wird, entscheidet sich nicht zum wenigsten an den Ansprüchen der Konsumierenden Klasse. In solcher Erkenntnis wurzelt die ungeheure Bedeutung des Konsumvereins für die kulturelle Entwicklung, eine Bedeutung, nicht geringer als die wirtschaftliche, über die heute nicht mehr getritten werden kann. Das Verlangen der Konsumvereine steigert unwiderstehlich die Qualität der Ware. Das gilt besonders dort, wo die Produktivgenossenschaft erfolgreich das Privatkapital in der Herstellung dieser Ware abzulösen vermag. Es kommt nur alles darauf an, daß die organisierten Konsumenten wirklich und rücksichtslos, über den wirtschaftlichen Vorteil hinaus, den Gewinn einer Qualitätssteigerung verlangen. Auch das gilt wiederum doppelt für die eigene Produktion der Konsumentenorganisation. Wie sehr die deutschen Konsumvereine ihr Recht und ihre Pflicht zur Qualität begriffen haben, kann man aus der jetzigen Ausstellung (im Glau) sehr gut sehen. Die Gegenüberstellung einer alten Berliner Kellereiererei und einer neuen, genossenschaftlichen Großbäckerei zeigt das freudige Verständnis für die organisierte Qualitätsarbeit.

Es ist nun selbstverständlich, daß solcher Wille zur Qualität bei all den Waren, die einer Prüfung nicht so leicht zugänglich sind, wie Nahrungsmittel, minder sicher funktioniert. Und noch weniger erstaunlich ist es, daß bei jenen Qualitätsfragen, die sich vor allem auf die Form und den Ausdruck eines Gegenstandes beziehen, das Qualitätsbewußtsein der Massen, auch der organisierten, leicht aufsteht. Auch davon und von den Versuchen, solche, entwicklungsgehistorisch nur gar zu bedingte Unvollkommenheiten zu beheben, gibt es auf dieser Ausstellung mancherlei zu sehen. Rechnen wir mit den Kleinigkeiten. Es ist nicht gut, daß die Packungen der einzelnen Vereine, besonders aber die von den Verlagsgesellschaften hergestellten, mangelhafte Schrift und schlechtes Ornament zeigen. Die Tüte mit der Firma ist so etwas wie eine Standard der Ware; sie muß von deren Charakter etwas bedeuten. Darum tut es nicht gut, die Tüten der Konsumvereine mit defekten Jugendstilformen zu bedecken, noch ist es verhängnisvoll, warum die Zigarettenpacken der Großpackungsgesellschaft mit Papieren beklebt sind von der Art jener spießbürgerlichen Reklamereifer, die durch Indianer und Romantik das Gemüt der Reichen jonglieren möchten. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, für diese Dinge einmal einen öffentlichen Wettbewerb auszurufen; wenn man es nicht vorzieht, und das dürfte besonders für die Verlagsgesellschaft richtiger sein, dem Betrieb einen gut ausgebildeten und geschmacklich orientierten Fachmann einzusetzen. Das müßte ohne Schwierigkeit möglich sein und würde sich bestimmt rentieren. Feid frag wie die Schlangen! Wacher auch Freunde mit dem ungedrungenen Kammer! Warum lassen wohl die Warzhäuser sich ihre Annoncen und

Plakate von trefflichen Künstlern entwerfen. Nur darum, weil solche, vom Künstler disziplinierte Reklame doppelt wirksam ist. Sollten die Konsumvereine nicht ein Recht haben, ihr hohes Ideal in Zeichen zu prägen, die sich unerbittlich einprägen. So etwas zu leisten aber vermag nur eine künstlerische Begabung.

Indessen, es gibt noch Wichtigeres. Auch die Buchhändlerarbeiten der Verlagsgesellschaft lassen zuweilen die pflegende Hand eines ausdrucksstarken Formwunders vermischen. Es wird wahrhaftig keine Artikell reklamiert, kein feminines Geändel. Aber gerade darum sollte mit Schillinglinien und allem unklaren Hierat möglichst vorsichtig umgegangen werden. Auch durch den Einband eines Buches, selbst durch den schlichten, kann der Charakter seines Besitzers dokumentiert werden. Eine so geartete Produktionsgenossenschaft aber wird unter keinen Umständen Anstandsfragen stellen, die auf der Ausstellung der Konsumvereine zu treffen, allerdings verstimmt. Diese fügen und mit dem schalen Barfüß der Entartung getränkten Animierarten, die zwischen Haidersdöbeln und Lohengrin pendeln, die zuweilen auch um ein Loch im Baum kreifen, sind geeignet, den unerschöpflichen Vorrat von dem entscheidenden Ziel der Konsumentenbewegung, von der charaktervollen Qualitätsware abzulassen.

Aber noch etwas Wichtigeres: die Bauten. Ein Bauwerk ist keine Zufälligkeit. Der Petersdom repräsentiert die römische Kirche und Versailles die Sonnenkönige. Das Kaufhaus eines Konsumvereins, das Fabrikhaus einer Produktivgenossenschaft, das Mietshaus einer Bauerngenossenschaft, diese Bauwerke sollen das Wesen und den Willen des organisierten Volkes darstellen. Das läßt sich nicht erreichen, wenn ein Maurermeister oder ein mittelwärtiger Architekt alle Stufenformen gerät und klebt. Für die Bauten des Volkes sind die besten Baumeister gerade gut genug. Vom benutzte den Michelangelo. Die Genossenschaften sollten allein die ragenden Führer der modernen Architektur für würdig achten. Sie könnten sie bekommen, genau um den gleichen Preis, für den sie heute Mittelmaßigkeiten heranziehen. Es ist gar nicht notwendig, einzelne Fälle hier aufzuzählen. Es genügt vielleicht zu sagen, daß allein die neue Hieselöder Wäuderei des Bielefelder Konsumvereins wirklich ein Stück moderner Architektur ist. Auch in Hamburg steht einiges, was erträglich zu nennen wäre, vielleicht auch in Berlin. Aber im allgemeinen... Man hüte sich, diese Dinge zu unterschätzen. Man bedenke wohl, was das heißen könnte: daß die Genossenschaften sich Häuser bauen, die zu den Schenkwürdigkeiten der Stadt und der Zeit gehören. Die scheinbar toten Dinge sind oft die besten Waffen des Geistes und des Kraft.

Robert Breuer.

Kleines Feuilleton.

Der Großschiffahrtskanal zwischen Stettin-Berlin geht seiner Vollendung entgegen und wird wahrscheinlich im Frühjahr 1913 der Benutzung übergeben werden. Seine Länge beträgt von Hohensalzen a. Oder bis Hühnerssee 100 Kilometer, seine Breite 33 Meter

und seine Tiefe 3 Meter. Die Bahn Berlin-Stettin überschreitet ihn nördlich von Eberswalde. Um die Verbindung zwischen beiden Ufern genügend herzustellen, müßten 40 Brücken gebaut werden. Unter ihnen ist auch eine Brücke, die den Kanal über die Eisenbahn führt. Der Kanal wird im ganzen mit acht Schleusenanlagen versehen werden, von denen die bei Hohenhausen so eingerichtet ist, daß sie einen Schlepplapp von 6 Schößen zu je 600 Tonnen nebst Schlepplappzug aufzunehmen imstande ist. Die Gesamtkosten für den Kanal betragen 43 Millionen Mark; aber der bedeutende Vorteil, den man sich durch seinen Bau für den Wasserverkehr verspricht, lohnt diese Kosten. Während auf dem jetzigen Wasserwege, der bekanntlich durch den Finowkanal führt, nur Frachten von 200 Tonnen befördern können, bietet die neue, weit längere Wasserbahn Fahrzeugen mit 600 Tonnen Gelegenheit zum Fortkommen.

Die Erhaltung der größten Bäume der Welt. In Australien ist gegenwärtig eine Bewegung im Gange, um die riesigen Eucalyptusbäume, die den Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, die größten Bäume der Welt zu sein, unter offizieller Naturschutz zu stellen und so vor der Vernichtung zu bewahren. Diese Bäume, deren Höhe zwischen 400 und 500 Fuß beträgt, liefern ein außerordentlich wertvolles Holz und sind deshalb von den Zimmerleuten so rücksichtslos zerstört worden, daß nur ein rasches Verbot des Fällen diese einzigartigen Natursehenswürdigkeiten erhalten kann.

Notizen.

- Mag Liebermann hat sein Ehrenamt als Bürgerdeputierter der städtischen Kunstdeputation niedergelegt. Er ist der Meinung, daß besagte Kunstdeputation sich durch ihre Eröffnung: gegenwärtig außerstande zu sein, ihres Amtes walten zu können, mit der Beurteilung der Sezession von Seiten des Bürgermeisters Reide identifiziere.
- Gabriel Schillings Flucht. Gerhart Hauptmanns Drama, sollte am letzten Montag in Lauchstädt eigens für die Studentenschaft von Halle, Leipzig und Umgebung gegeben werden. Es kam aber nicht dazu, weil die Inszenierung größtenteils fern geblieben waren. Uebrigens soll das Werk Ende Oktober gleichzeitig am Frankfurter Schauspielhaus und Berliner Lessing-Theater seine Erstaufführung erleben.
- Frank Wedekind wurde von der Direktion des Deutschen Theaters eingeladen, den Zyklus seiner Dramen im nächsten Jahre in erweiterter Form zu wiederholen. Ob Wedekind bloß „Kade“ werden soll, bleibt abzuwarten.
- Arur Bonus' Isländerbuch, dem die gegenwärtig in der Unterhaltungsabteilung des „Vorwärts“ laufende „Geschichte des Falten Egit“ entnommen wurde, ist schon in dritter Auflage (Verlag Callwoh-München) erschienen.
- Wegen Erkrankung des Feuilletonredakteurs bitten wir alle für die Redaktion des Feuilletons bestimmten Sendungen nur an diese zu richten.

entstanden, und wir meinen, daß danach auch diesen der Einfluß auf die politische Leitung eingeräumt werden muß. Wenn überhaupt die demokratische Verfassung in der Partei ausgebaut werden soll, dann muß eben jeder Bezirk berücksichtigt werden. Die Zahl der Mitglieder kann nicht entscheiden — das hat ja auch die Kommission eingesehen. Denn sie hat Wahlkörper vorgegeben, die aus einzelnen Agitationsbezirken bzw. aus mehreren zusammengelegten gebildet werden sollen. Dabei kommen Wahlkörper zustande, wo schon auf 5000 Mitglieder, und solche, wo erst auf 45 000 Mitglieder ein Ausschuhmitglied entfällt. Damit scheint die Erkenntnis sich durchgesetzt zu haben, daß die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse entsprechend zum Ausdruck kommen müßten. Aber in der Sorge, daß die leitenden Körperschaften allzu groß würden, ist die Kommission auf halbem Wege stehen geblieben. Durch das Zusammenlegen von Agitationsbezirken zu Wahlkörpern wird nicht nur der gewollte Zweck nicht erreicht, es würden sich auch leicht bedenkliche Ungleichheiten zwischen den einzelnen Bezirken einstellen. Das östliche Westfalen ist beispielsweise mit dem westlichen Westfalen zu einem Wahlkörper zusammengelegt worden. Selbst wenn zwischen diesen beiden Bezirken eine Uebereinstimmung betreffs des Vorschlages des Ausschuhmitgliedes erzielt werden sollte, so bleibt immer die Tatsache bestehen, daß in beiden Agitationsbezirken die verschiedenartigsten Verhältnisse herrschen. Wirtschaftlich und politisch treten hier wie dort ganz andere Faktoren in Erscheinung, die schon jedem oberflächlichen Beobachter dieser Bezirke aufgefingbar werden. Genau so liegt es mit der Verschiedenartigkeit der Erwerbsverhältnisse selbst. Tatsache ist doch, daß dadurch eine andere Beurteilung der politischen Betätigung eintritt, die eben auch in der Parteileitung zum Ausdruck kommen muß.

Im Interesse einer guten und geschlossenen Parteiphalanz liegt es, wenn alle Gegenden des Reichs in dem Parteiausshuh eine Vertretung finden. Es ist als sicher anzunehmen, daß damit manche unnötige Auseinandersetzung in der Presse sowohl als auch auf den Parteitag unterbleibt. Das Mindeste aber, was jedem der Agitationsbezirke, die trotz allem zu einem Wahlkörper zusammengelegt werden sollen, eingeräumt werden muß, ist: ein selbstständiges Vorschlagsrecht. Der Parteitag, dem der Parteiausshuh unterstellt ist, muß auch ein Entscheidungsrecht haben. Das hat er aber nur dann, wenn er zwischen den Kandidaten der einzelnen Agitationsbezirke die Auswahl treffen kann. Da, wo keine Einigung zwischen den Bezirken erzielt wird, muß dem Parteitag die Auswahl zwischen den Kandidaten ermöglicht werden.

Die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage soll beschränkt werden! Offen gesagt, uns will das als nützlich nicht einleuchten. Im Gegenteil! Der Parteitag soll doch die Kontrolle über die Tätigkeit der Fraktion üben und er muß deshalb auch grundsätzlich alle Abgeordnete zur Stelle wünschen. Das erfreuliche Anwachsen unserer Reichstagsfraktion sollte nicht gleich als Grund aufgegriffen werden, die Vertretung auf dem Parteitage zu beschränken. Gerade weil die Fraktion angewachsen ist, erscheint es uns um so notwendiger, alle Mitglieder auf dem Parteitage versammelt zu sehen. Die Anforderungen an die Partei bzw. an die Fraktion werden größer, und da ist es ratsam, daß dem Parteitag für die Erörterung aller Fragen auch die Möglichkeit erhalten bleibt. Dann aber ist nicht einzusehen, daß, wenn der Fraktion nur die Auswahl einer Delegation zum Parteitage eingeräumt werden soll, dabei völlige Parität erzielt werden kann. Alle Reibungsfragen sollten aber dann vermieden werden, wenn sie gleichzeitig die Ursachen von Verstimmungen und die Weineinrächtigung von Richtungen zur Folge haben können. Lassen wir es daher bei dem bisherigen Zustande: die gesamte Reichstagsfraktion ist zur Teilnahme an den Parteitagen berechtigt und sie hat — abgesehen von den die Fraktion betreffenden Fragen — volles Stimmrecht.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. S. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Von J. B. E. I. Preis für das gebundene Exemplar 1 M.

Die jetzt zu einem Buche zusammengefaßten Feuilletons sind vor einiger Zeit in einem Teil der Parteipresse abgedruckt worden. An den Verfasser wurde von verschiedenen Seiten das Ersuchen gestellt, das Ganze als Buch herauszugeben, dem er hiermit nachkommt. Er glaubt jedoch, daß eine kurze Einleitung mit Erinnerungen aus seinen Kinders-, Lehr- und Wanderjahren dem Buche vorangestellt werden müsse, da es für die junge Generation der Arbeiter nicht ganz ohne Nutzen und Interesse sein dürfte, zu erfahren, wie sich der Werdegang des Arbeiters und Handwerkers der alten Schule im allgemeinen gestaltete. Er hofft, daß auch die vorliegende Ausgabe noch recht viele Leser finden werde.

Jugendbewegung.

Wir sind Deutschlands Jugend.

In Raumburg a. G. wird von den Herren Ernst Heinrich Bethge, Friedrich Blüthgen und Karl Heinrich eine Zeitschrift für nationale Jugendpflege herausgegeben, die den schönen Titel führt: „Wir sind Deutschlands Jugend“. Welcher Objektivität sich dieses sogenannte Jugendbildungsorgan befleißigt, geht aus einer Darstellung hervor, die es über die bekannten Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus bringt. In einer Rubrik „Unsere Staatsbürger“ legt es den jugendlichen Lesern wichtige Vorgänge des politischen Lebens in Gesprächsform vor. Die Ereignisse im preussischen Dreiklassenhaus werden folgendermaßen geschildert:

(Wilder Gesang aus einem Nebenraum.)

Wir sind Sozialdemokraten,
wir sind Feinde des Lichts!
Ballera!
Wir essen gern Schinken und Braten,
und arbeiten tun wir nichts!
Ballera!
Wir treten zu Boden, wer was tut und was hat.
Unsre Hoffnung ist und bleibt auf dieser Welt der Zukunftsstaat.
(Nach dem Gesänge erdnt Madam, Brüllen und Pfeifen.)
Franz: Was gibts denn da? Das ist ja fürchterlich!
Friedrich: Sie spielen Landtag.
Franz: Ungarisch?
Friedrich: Nein, preussisch. Die wilden „Sechs“ rüden an,
hör doch!
Franz: Das sollten die Kameraden doch nicht tun. So ein Gebaren! Das ist ja wie in einer Tiermenagerie.
Friedrich: So haben die es doch gemacht, Vorchardt, Leinert und Genossen —
Franz: Wenn auch. Etwas Häßliches soll man nie nachmachen.
Friedrich: Es hat seinen Grund.
Franz: Welchen?
Friedrich: Spione sind wieder da. Wolinsky mit 3 „Freunden“. Als Gäste. Denen wollen sie die Komödie vorführen. Hör doch, wie Müller Franz brüllt: Gewalt! Gewalt! — Jetzt ist jedenfalls der Schugmann bei der Arbeit. Hoffentlich verhöhlt er den Reklamekrakeeler das Fell gehörig. Damit Wolinsky gleich unsere Meinung über den Skandal erfährt. Das ist die sechs Kerle einbilden, als ob sie die allein Berufenen wären, die Tätigkeit eines ganzen Landtages aufzuhalten. Staatsbürgerlicher Schwachsinn.

Franz: Und diese Leute beanspruchen im Staatsleben gleiches Recht für alle!

Friedrich: Ihrem Benehmen nach müßte für sie eine vierte oder gar fünfte Wählerklasse eingerichtet werden.
(Sechs Kameraden, darunter Müller Franz, betreten den Raum.)
Franz: Run, was wollt ihr?
Müller Franz: Wir sind die rausgeschlehten wilden Sechs. Wir hatten die Absicht, den Landtag zu vergewaltigen. Es ist uns aber nicht gelungen.

Friedrich: Seht ihr. Betragt euch wie anständige Staatsbürger, dann könnt ihr auch Anspruch machen auf Anerkennung eurer Forderungen. Mit Kapeleien wird kein Landtag regiert, nicht mal in Ungarn.

In solch unsäglich alberner Weise treibt man im „nationalen“ Lager Staatsbürgerliche Jugendberziehung. Aber nur weiter so, die Arbeiterjugend wird durch solche Methoden, in denen ihre Klasse und deren politische Vertretung mit Schmutz beworfen wird, gründlich über das Wesen der „nationalen“ Jugendpflege unterrichtet.

Aus Industrie und Handel.

Der deutsche Knochenzucht.

Die Industrie der Abfallprodukte ist längst aus dem Stadium der Lumpenhändlerexistenz herausgetreten. Abfallprodukte sind heute wichtige Verwertungsmaterialien, die im internationalen Handel eine bedeutende Stellung einnehmen. Metallspäne, zuweilen zusammengepreßt, gehen als hochwertiges Rohmaterial an die Hochöfenwerke, Eisenschlacke dient als Strahlenpflaster der Großstädte, Knochen sind die Grundlage der kapitalistisch-großzügigen Gründungen des Scheidemantelkonzerns, des deutschen Leimkonzerns!

Die Scheidemantel-A.G. hat sich von Anfang ihrer trübsartigen Ausdehnungen an darauf beschränkt, bestehende Fabriken zu verschlucken. Sie hatte planmäßig, unter Berücksichtigung von fruchtlichen Gründen bei der Rohmaterialienzufuhr und der Verarbeitungsgebiete für den Warenbestand, in unglücklich kurzer Zeit 18 Leimfabriken konzentriert. Erreicht wurde ihr dies durch den Besitz einer Reihe von Patenten, die bessere Ausbeutung des Knochenmaterials gestatten, das teile Extraktionsverfahren soll ihr einen materiellen Vorsprung vor den alten Systemen von 20 bis 30 Proz. Mehrertrag gewährleisten.

Die nächste Arbeit, nachdem eine Zentralorganisation der Leimherstellung durch die Scheidemantelinteressen, hinter denen die Dresdener Bank steht, geschaffen war, lief darauf hinaus, die Händler zu gemeinsamer Interessenswahrnehmung zu bringen. Mit 34 Knochenhandelsfirmen gründete die Scheidemantel-A.G. vor rund einem Jahre die „Kohag“, Kohprodukt-Handels-G. m. b. H., Berlin. Die Knochenhändler verpflichteten sich, ihr gesamtes Einkaufsmaterial an die Kohag abzuliefern, die Scheidemantelgesellschaft übernahm die Verpflanzung, die Knochen zu dem von der Kohag bezahlten Preise zu kaufen. Für den gesamten Geschäftsvorkehr wurden drei Universalpreise festgelegt, trotzdem Sammelnkochen, frische Stadtknochen und Pferde- und Abdeckerknochen kamen so schon sortiert in die Zentraleinkaufsstelle. Die Scheidemantelgesellschaft florierte bei diesem System, die Knochenpreise stiegen wie die Leimpreise sind seit einem Jahre ständig gestiegen, sie stehen heute um mehr als 50 Proz. höher wie 1911. Die Knochenpreise sind im besonderen deshalb in die Höhe geklettert, weil einmal die Auslandszufuhr ständig nachließ, nicht zuletzt da im Auslande die Scheidemantelgesellschaften direkte Abnehmer sind, zum andern weil die Antikohagleute, die eine freie Knochenhändlervereiniung gegründet haben, ständig versuchen, das Rohmaterial in erster Linie in ihre Hände zu bekommen.

Wie der Scheidemantelkonzern an der Vertristung der Leimindustrie arbeitet, dafür nur ein Beispiel aus dem Winter 1911 bis 1912. Es wurden damals zu gleicher Zeit zwei französische Knochenverwertungsgesellschaften, Tancred und Cellette, erworben und unter einer neuen Firma vereinigt. Dies Unternehmen, die Societe française d'industrie chimique in Paris erschien als Aktiengesellschaft auf dem Plan. Das gleiche postierte der Firma Germain u. Co., Paris. Von den Aktien der Chemischen Fabrik Wilhelmsburg bei Hamburg erwarb der Scheidemantelkonzern die Majorität, weiter wurde in Wien eine neue Aktiengesellschaft, die A. G. Fattinger u. Co. mit 2 Millionen Kronen Aktienkapital gegründet, die Nebenbetriebe der alten Firma stillgelegt, zum Teil umgeändert. Nach längerer Fehde kam sodann der Zusammenschluß mit der Vereinigung von Fleischern und Gastwirten in München, G. m. b. H., die samt ihrer erst als Konkurrenz gebauten neuen Knochenverwertungsanlage im Scheidemantelkonzern verschwand. An der Superphosphatfabrik Salzwedel nahm Scheidemantel ebenfalls Interesse, die dortige Leimfabrik blieb, älteren Vereinbarungen entsprechend, auch weiterhin stillgelegt. In Aranzes wurde eine Leimfabrik gegründet, die in Rußland führende Knochenverwertungs-A. G., die sogenannte Orlas A. G., wurde ebenfalls eng mit dem deutschen Leimkonzernunternehmen verknüpft. Das war die Arbeit auch nur eines Winters!

Selbstverständlich ist, daß dabei nicht mit Handschuhen zugefaßt wurde. Die schlimmsten Terrorisismsmärchen gegen die Arbeiterbewegung sind harmlose Kindergeschichten gegenüber den wirklichen Terrorisismstaschen, die heute in der kapitalistischen Großindustrie Alltäglichkeiten sind. Wenn der Industrie Terrorisismus ebenso bestraft würde, wie der eingebildete, den Arbeitern gegenüber, familiäre Industriekapitane Deutschlands sähren für das nächste Jahrtausend hinter Schloß und Riegel!

So schrieb eines der wichtigsten Tochterunternehmen des Scheidemantelkonzerns Briefe, in denen sie den Knochenhändlern erst „im guten“ ziel, sich in die Kohag zu verfügen, im anderen Fall: „wenn es nicht — theoretisch genommen — zu einer Katastrophe kommen soll“, in der die Ansicht auf Bankrott bei Ihnen größer ist als bei uns... Tatsächlich ist es dem Scheidemantelkonzern, der übrigens mit der Liebig Co. interessante Verbindungen hat, und in Amerika eigene Vorteile wahrnimmt, auf diese Art gelungen, seine Macht fortgesetzt zu vergrößern.

Jetzt ist er drauf und dran, sich eine eigenes Finanzierungsinstitut, eine Holdingcompany, wie sie eben erst durch das amerikanische Antitrustgesetz aufgehängt worden sind, zu schaffen. Die in Antwerpen — wegen des in Belgien angelegenen Aktiengesellschaftsrechts! — gegründete Societe Auxiliare de l'industrie Chimique à Anvers ist mit 12 Millionen Franz Kapital ausgestattet. Sie übernimmt von der Scheidemantel A. G. eine ganze Anzahl Beteiligungen an Leimunternehmungen, dazu die Patentausnutzung für das Ausland und gewährt 8 Millionen Franz Entschädigung, Aktienbeteiligung und ewiges Dividendengeschenk. Die Absicht der neuesten Scheidemantel-schen Gründung ist, von dem eigentlichen Fabrikationsgeschäft die Finanzierungsarbeit zu trennen. Die Scheidemantel A. G. gewinnt so wieder Luft, ihr Geldbeutel scheint nicht mehr so belastet, sie kann freier atmen und rascher an der völligen Konzentrierung der internationalen Leimindustrie weiter arbeiten. Ueberdies sieht in dem Aufsichtsrat des neuen Unternehmens neuen Interessenten der Dresdener Bank auch wieder die Liebig Erbschaft Co.

Die freien Knochenhändler müssen dabei bemerken, wie einer nach dem anderen unten wird, und ins dividendensichere Lager Scheidemantels abköwenst, wo Direktorenstellen, Aufsichtsratsmandate usw. usw. fliegen, wenn sie eine bekehrte Seele aufpassen will. Hier sind die technische Ueberlegenheit, verbunden mit der kapitalistisch-praktischen Rücksichtslosigkeit wieder einmal die Baten zu einem Trutz im lieben Vaterlande gewesen, was jeden Speker natürlich zwingt, auf das kapitalistisch verwachtelte — Amerika zu schimpfen, und außerdem die Sozialdemokratie für den Ruin des vaterlandstreuen Mittelstandes verantwortlich zu machen.

Ein großer Fischzug.

Nach einer jetzt bekannt gewordenen Abrechnung über die Kaffeevalorisation des Staates Sao Paulo hat die unter Mitwirkung der Deutschen Bank durchgeführte Werteverminderung bis jetzt einen Uebersehuh von 112 Millionen Mark eingebracht. Bekanntlich hatte die Regierung als Interessenvertretung der Pflanzler sieben Millionen Sao Kaffe auf gekauft und eingeperrt. Zur Durchführung der Valorisation war auch eine Anleihe in der Höhe von 300 Millionen Mark aufgenommen worden. Durch allmähliche Abstoßung der eingeperrten Menge Kaffee zu den infolge des künstlich verringerten Angebots hinausgetriebenen Preisen sollte die Valorisation finanziell günstig abschneiden. Der eigentliche Zweck der Ueberlegung war natürlich, den Pflanzern dauernd höhere Erträge zu sichern. Die Spekulation scheint in vollem Maße von Erfolg gekrönt zu werden. Zwar war am 1. Januar 1912 immer noch ein Bestand von 4 401 668 Sack Kaffee vorhanden, aber die Abrechnung ergibt doch schon 112 Millionen Mark Uebersehuh. Im vergangenen Jahre erbrachte der Verkauf von 700 000 Sack rund 62 Millionen Mark. Die aufgenommene Anleihe konnte bereits bis auf 60 Millionen getilgt werden. Für die Konsumenten hatte die Valorisation sehr bittere Folgen. Die Zusammenstellungen der Preise in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs (Heft I. 1912) zeigt die Wirkung mit wünschenswert Klarheit. Danach kostete Kaffee unterzollt in Hamburg ein Doppelzentner:

	1908	1909	1910	1911
Markt	77,46	80,83	96,13	133,07

Und im laufenden Jahre ist der Preis noch höher als wie im Vorjahre. Nach Hamburger Notierungen kostete unterzollt ein Doppelzentner im April

	1911	1912
Compinas . . .	123,80 M.	154,— M.
Rio	118,80	147,—
La Guayora . . .	121,—	152,—

Danach wird der Jahresdurchschnittspreis noch um 80 M. über den vorjährigen hinausgetrieben. In früheren Jahren hatten wir auch schon hohe Preise, aber seit 1898 waren sie über 81,79 Mark nicht hinausgekommen. Der Preisrückgang in den letzten Jahren ist zweifellos in der Hauptsache nur eine Folge der künstlichen Wertverminderung, großkapitalistisch organisierter Schwachzug.

Emden als Auswandererhafen.

Die Deutsche Reederei-Akt.-Ges., hinter der der bekannte Fürstentrukt steht, hatte beim Bundesrat die Auswandererfongession für die Linie Emden—New York nachgesucht. Der Bundesrat hat dieses Gesuch abgelehnt, in der gleichen Sitzung aber beschlossen, dem (später) gemeinsam eingereichten Konzeptionsgesuch der Hamburg—Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd zu entsprechen. Die beiden Großreedereien haben bei den Vorverhandlungen zugesagt, daß sie den Emdener Hafen von jetzt ab regelmäßig anlaufen werden, und zwar in erster Reihe mit Frachtdampfern. Je nach dem Bedürfnis soll dann auch Gelegenheit zur Beförderung von Auswanderern geboten werden. Die beiden großen Schiffahrtsunternehmungen haben also über den Schluß des Fürstentrukt endgültig gesagt. Zugleich wird mit der Lösung den Wünschen der Stadt Emden und der preussischen Regierung, die große Summen in Hafenanbauten zu Emden angelegt haben, entsprochen.

Eine behutsame Fusion in der schottischen Eisenindustrie ist in diesen Tagen zustande gekommen. Eine Gesellschaft hat sich zur Uebernahme der hauptsächlichsten schottischen Schmiedeeisenwerke gebildet. Ihr Kapital beträgt ungefähr 20 Millionen Mark. In die neue Gesellschaft gehen 18 Werke mit einer jährlichen Gesamtproduktion von 250 000 Tonnen über.

Kein Borgehen gegen die Kaffeevalorisation in Frankreich. Kürzlich ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Vorgehen gegen den Kaffeetrust vom Gerichtshof abgewiesen worden. Jetzt lehnte auch die Vollkommission der Pariser Kammer einen Antrag des Abgeordneten Riquet ab, der darauf abzielte, die für die Rechnung des Valorisationskomitees in den französischen Häfen lagernden Kaffeemengen zu entfernen, um dadurch auf die Kaffeepreise zu drücken. Die Kommission war der Ansicht, daß durch diese Maßnahme das Kaffeegeschäft zugunsten Havres nach Hamburg und Antwerpen gelenkt werden würde.

Aus der Frauenbewegung.

Anti-Frauenbewegung.

Vor einiger Zeit erschien im „Berliner Tageblatt“ folgende Anzeige:

Anti-Frauenbewegung.

Zur Gründung einer äußerst lukrativen Zeitschrift werden von erfahrenem Fachmann mit besten Referenzen eine oder zwei intelligente Damen mit ganz geringem Kapital von 3—5000 M. und tätiger Mitarbeit gesucht. Die Betreffenden haben nicht nur die Chance, sich ein Vermögen zu verdienen, sondern werden sich auch eine geachtete, angesehene soziale Stellung schaffen.

Zuschriften erbeten unt. „Anti-Frauenbewegung“ 100* Berlin W. 37.

Auf diese Anzeige hin wandte sich eine Genossin — „weniger“, um die geforderten „Kapitalien“ loszumerden, die sie leider gar nicht hat, als um zu erfahren, auf welche Spezies von Damen, die nicht alle werden, reflektiert wird“, so schreibt uns die Genossin — an den „Gründer“. In dem Antwortschreiben stellt er sich als Herr Martin Salomon vor und beruft sich für seine Kenntnisse und Fähigkeiten als Zeitungsvorleger auf den Seniorchef der Firma Wulst u. Co. und die Direktoren B. und M. von den Vereinigten Verlagsanstalten Brandeb und Gutenberg Druckerei A. G. Die Gründung und Unterhaltung der „Zeitschrift“ gegen die moderne Frauenbewegung“ denkt sich Herr Salomon wirklich rührend einfach. In einem Exposé entwirft er folgenden tühnen Plan:

Kurz skizziert muß die Zeitschrift einen wissenschaftlichen Leitartikel enthalten, der die Zeitung nach innen und außen auf dem ihr gebührenden hohen Stand hält. Dann müssen in kurzen Auszügen Mitteilungen über die gesamte Presse kommen und die Auswüchse gegeistelt und möglichst in lächerliche gezogen werden. Daran hätten sich Rechtsfragen zu schließen und nun käme der Teil, der für die große Masse der Frauen unentbehrlich ist, d. h. ein Roman in Abschnitten, eine kurze Novelle, Rätsel, einige Biere, Reden und Praktisches für das Haus und die Küche... Es ist mit fast absoluter Sicherheit darauf zu rechnen, daß eine solche Zeitschrift sehr schnell 50—60 000 Abonnenten und dann weiter in ebenso schnellem Tempo mehrere 100 000 Abonnenten bekommen würde, wenn von Anfang an der Abonnementspreis auf das Niedrigste, das heißt 10—15 Pf. pro Wochennummer, festgesetzt wird.

In späterer Zeit würden die 6000 M. Gründungskapital nicht ausreichen, da den Akquisitoren die 25 Proz. Provision im Voraus bezahlt werden müssen und bei einem Inseratenumsatz von 2—300 000 M. und mehr für die Provisionen ein ungefähres Betriebskapital von 50—75 000 M. zur Verfügung stehen müßte. Dieses spätere Betriebskapital wird dadurch leicht zu erhalten sein, daß man von Frauen, die bereit sind, die Anti-Frauenbewegung zu unterstützen, Abonnements auf 1, 2 und 3 Jahre mit Vorausbezahlung annimmt. Rechnet man nur, daß man im ganzen Deutschen Reich 5000 derartiger Abonnentinnen erhält und rechnet man den Durchschnitts-Abonnementspreis bei wöchentlichem Erscheinen auf 6,50 M., so hätte man ein verfügbares Betriebskapital von circa 100 000 M., mit dem die Zeitung, auch bei größtem Umfange, gemacht werden kann. Es gibt zehn- und Hunderttausende von Frauen, die nur auf eine solche Gelegenheit warten, um sich teils auszupressen zu können, teils die Tage unterhalten zu können, so daß

sowohl der ideale Erfolg, als auch der materielle Erfolg absolut gesichert ist.

Der Nutzen einer solchen Zeitung ist schon nach zwei Jahren mit 50 000 M. zu veranschlagen, der in weiteren wenigen Jahren auf einige 100 000 M. jährlich gerechnet werden kann.

Zur geschäftlichen Inangestaltung würde ein beratender Aufsichtsrat oder Komitee gegründet werden müssen, in dem Damen mit angesehenem Namen oder Titel fungieren müßten. Aus den allerersten Gesellschaftskreisen gibt es hundertmal mehr derartige Damen, die sofort bereit erklären würden, eine derartige Ehrenstellung anzunehmen, als wie wir gebrauchen. In erster Reihe steht die ganze Hofgesellschaft auf dem Standpunkt der Anti-Frauenbewegung und könnte man mit Sicherheit darauf rechnen, von dort die größte Unterstützung zu bekommen.

Ob sich Herr Salomon die Sache doch nicht einfacher vorstellt, als sie wirklich liegt? Bei dem großen Interesse, das man in allen Kreisen u. a. auch in der Hofgesellschaft jener Anti-Frauenzeitung ungeschickt entgegenbringt, müßte es ihm ein leichtes sein, mehr als 6000 M. zusammen zu bringen. Vielleicht wendet er sich direkt an den neu begründeten Antifeministen-Klub, zu Händen Herrn Professor Dr. Sigismund Weimar! Wahrscheinlich opfert der für Herrn Salomon 6000 M. bar!

Ein Männerbund für Frauenstimmrecht in Deutschland?

Auf dem Internationalen Frauenstimmrechtungskongress Stockholm 1911 wurde der Vertreter Deutschlands, Franz Lehnhoff, beauftragt, bis zum nächsten Kongress in Budapest 1913 einen Deutschen Männerbund für Frauenstimmrecht ins Leben zu rufen. Bei den Vorarbeiten dazu — so berichtet er in Nr. 3 der Zeitschrift „Frauenstimmrecht“ — zeigte es sich aber, daß ein Bund nur auf der Grundlage der Forderung des Frauenstimmrechts schlecht hin möglich ist. Eine solche Gründung lehnt L. aber ab: „Zur Gründung einer Stimmrechtsorganisation, die nicht mindestens das Reichstagswahlrecht im Reich sowohl als auch in allen Bundesstaaten für die Frauen fordert, gebe ich mich nicht her, weil es mir ernster und ehrlicher Menschen unwürdig erscheint, Rechte zu fordern, die für die Majorität der mit diesen Rechten Gesegneten ohne weiteres ein Unrecht bedeutet.“

Als Beispiel für die Ungerechtigkeiten unserer bundesstaatlichen Wahlrechte führt L. die Verhältnisse in Bremen an: „Zur Ausübung der Reichstagswahl waren dort 1912 etwa 75 000 Männer berechtigt, nach dem dreifachen Wahlrecht gab es Ende 1911 aber nicht volle 20 000 wahlberechtigte Bürger. Ein solches Wahlrecht für die Frauen erlangen wollen, heißt die Wirkung des bestehenden Wahlrechts verdoppeln helfen.“ „Wir fürchten, daß Lehnhoff nicht viele Gesinnungsgenossen und Genossinnen im bürgerlichen Frauenstimmrechtsverband, dem er angehört, besitzt.“

Soziales.

Strafbarer Mißbrauch der Polizeigewalt gegen Landarbeiter.

Wegen eines geringfügigen Wortwechsels, den die Landarbeiterfrau U. mit dem Gutsinspektor hatte, stellte der Gutsbesitzer Lehmann in Pradban, Kreis Königsberg, bei Gericht Strafantrag wegen ungebührlichen Betragens und wegen Nichtverlassens des Gutshofes nach erfolgter Aufforderung. Weil die Frau nicht rechtzeitig Einspruch erhob, wurde die Strafe rechtskräftig. Sie mußte rund 10 M. inkl. Kosten von ihrem geringen Verdienst an die Gerichtskasse zahlen. Das sind Wirkungen der gegen die Landarbeiter noch immer bestehenden Ausnahmegesetze, wie sie leider täglich passieren.

Ganz alljährlich ist jedoch nicht die Ausübung der Polizeigewalt gegen Landarbeiter, wie sie der Amtsvorsteher und Gutspächter Meyer aus Waldau beliebt. Dieser Herr bestellte nämlich die vorhin genannte Frau nach dem 3 Kilometer entfernten Amtshaus zur Vernehmung. Wie fast alle Landarbeiter hatte auch diese Frau kein Vertrauen zu der ländlichen Polizeibehörde als Vermittler in Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Deshalb, und weil sie auch zu einer Zeit bestellt war, in der sie verpflichtet war, auf dem Gutshof zu wachen, ging sie nicht hin. Darauf folgte ein Strafbefehl über 3 M. und eine neue Aufforderung zur Vernehmung auf den 6. April. An diesem Tage war die Frau aber krank und konnte nicht hingehen. Wieder erfolgte ein Strafbefehl und eine neue Bestellung zur Vernehmung am 6. April. Jetzt ging die Frau hin. Kaum hatte sie die Amtsstube betreten, so fragte der Amtsvorsteher, ob sie auch die 3 M. Strafe mitgebracht habe. Als die Frau das verneinte, schloß er die Tür zu und erklärte, sie nicht früher herauszulassen, bis das Geld beigebracht sei. Dann telegraphierte er an den Gutsbesitzer der Frau wegen deren Auslösung. Dieser ließ sich darauf nicht ein, benachrichtigte aber den Ehemann der eingesperrten Frau. Der machte sich sofort auf den Weg, seine Frau zu holen. Da er kein Geld mitgebracht hatte, mußte er unbefriedigter Sache abziehen. Der Amtsvorsteher rief nun aber seinen Kutscher herbei, mit dessen Hilfe nun trotz heftigem Widerstreben die alte kränkliche Frau in den Keller geschleppt und dort eingeschlossen wurde. Erst als gegen 1 Uhr mittags der Ehemann die 3 M. Strafe brachte, wurde die Frau, welche sich in furchtbarer Aufregung befand, in Freiheit gesetzt. Dann erhielt aber die Frau wieder einen Strafbefehl, weil sie am 6. April, also an dem Tage, wo sie krank war, sich nicht zum Termin gestellt hatte. Jetzt erst kam die Frau nach Königsberg zum Parteisekretär. Auf dessen Rat erhob sie bei Gericht gegen den Strafbefehl Einspruch. Am 14. Juni war vor dem Schöffengericht Termin angesetzt. Auf der Terminvorladung der Frau befand sich aber folgender schriftlicher Vermerk:

„Da voraussichtlich wegen Ungültigkeit der Strafverfügung Freisprechung erfolgt, brauchen Sie, um sich die Reisekosten zu sparen, zum Termin nicht zu erscheinen.“

Auf Antrag des Amtsanwalts erfolgte dann auch die Freisprechung.

Und was geschieht mit dem Amtsvorsteher Meyer? Wird er wegen verächtlicher und vollendeter Verpöschung und Freiheitsberaubung, beides begangen unter Mißbrauch der Amtsgewalt, angeklagt werden? Die §§ 339 bis 345 des Strafgesetzbuches enthalten Strafandrohungen gegen derartiges Vergehen eines Beamten auch für den Fall, daß der Beamte der irrigen Ansicht war, zu dem, was das Gesetz als strafbare Handlung bezeichnet, sei er berechtigt gewesen. Wird die Aufsichtsbehörde einen gegen Gesetz und Recht handelnden Amtsvorsteher in seinem Amt belassen? Selbstredend wird der Amtsvorsteher und Gutspächter Meyer nicht minder wie der Gutsvorsteher Lehmann über Reutenot in der Landwirtschaft klagen und Staatsanwaltschaft zur Schadloshaltung der Landarbeiter verlangen. Ist eine Reuteflücht bei solchen zum Himmel schreienden Zuständen völliger tatsächlicher Rechtlosigkeit nicht zu begreifen?

Der Frau möchten wir übrigens raten, neben der Strafanzeige im Armentratz Klage gegen den Amtsvorsteher auf Schadenersatz wegen dessen Handlung zu erheben. Für diese Klage ist in letzter Instanz das Reichsgericht zuständig.

Der Staatsfiskus als Rentenquerscher.

In welcher rigorosen Weise der Staatsfiskus Rentenquerscher betreibt, zeigen folgende zwei Fälle, die vor dem Schöffengericht für Arbeiterverhütung der sächsischen Staatsbahn in Dresden zur Verhandlung gelangten.

Der ehemalige Güterbodenarbeiter L. trug bei einem im Jahre 1880 erfolgten Unfall eine schwere Verletzung der rechten Hand davon, die eine Amputation des ganzen Zeigefingers zur Folge

hatte. Für die durch Verfümmelung der rechten Hand herbeigeführte Minderung der Erwerbstätigkeit erhielt der Verletzte eine 20 prozentige Rente. Auf Anordnung des Staatsfiskus wurde L. in verschiedenen Zeiträumen untersucht, aber immer kamen die Ärzte zu dem Ergebnis, daß mit Rücksicht auf die Verfümmelung der Hand die Rente weitergewährt werden müsse. Nachdem L. aus dem Staatsdienst geschieden war, versuchte er es mit verschiedenen Arbeiten, aber mit seiner verfümmelten Hand kam er nirgends gut fort. Endlich fand er eine einigswegen einträgliche Stellung, die er aber auch bald wieder aufgeben mußte. Von dem „horrenden“ Einkommen von 19 M. wöchentlich erfuhr der Staatsfiskus, und sofort wurde eine ärztliche Untersuchung angeordnet. Der Sachverständige erklärte aber, daß der Verletzte auch jetzt noch erheblich geschädigt sei, eine Gewöhnung käme nicht in Frage und die Rente müsse weitergewährt werden. Der Staatsfiskus ignorierte das Gutachten vollständig und beantragte beim Schöffengericht die Aufhebung der Rente! — nach über 20 Jahren! Er war der Meinung, daß nunmehr Gewöhnung an den Verlust des Fingers eingetreten sei. In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß der Verletzte jetzt Geschäftsführer gegen einen Wochenlohn von — 13 M. ist, weil er schwere Arbeit nicht verrichten kann! Auch ein zweites Gutachten schätzte die Minderung der Erwerbstätigkeit auf 20 Prozent. Nun wollte der Staatsfiskus „freiwillig“ — 10 Prozent Rente für die Zukunft zahlen; der Verletzte lehnte aber diesen Vorschlag ab und verlangte natürlich die ihm zustehende Rente. Aber auch das Schöffengericht setzte sich über die Gutachten hinweg und entschied dahin, daß ab 1. Oktober 1911 (!!) die Rente auf 10 Prozent herabgesetzt wird! Außerdem werden dem Rente die überhöhten Rentenbeiträge abgezogen!

Nicht besser erging es dem ehemaligen Strohensarbeiter D., der seit dem Jahre 1886 von der Arbeiterrentenkasse der sächsischen Staatsbahn auf Grund eines ärztlichen Gutachtens Invalidenrente in Höhe von nur 137,40 M. jährlich bezog. Nach Eintritt der Invalidität mußte D. dem Staatsdienst den Rücken kehren. Er führte mit seiner Familie ein kümmerliches Dasein, Not und Entbehrung waren tägliche Gäste in seinem Hause. Endlich erbat er sich ein Bescheinigung seiner und nahm ihn in Arbeit. Das sollte sich aber rächen! Anfang dieses Jahres ging bei der Pensionskasse ein anonymes Schreiben ein, in dem die Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß D. Invalidenrente bezieht, da er doch erwerbssähig sei. Die angestellten Erörterungen ergaben, daß D. einen Vertrauensposten in einer Formerei erhalten hatte, wo er samt der Rente rund 16 M. pro Woche verdiente. Der Arbeitgeber D.'s gab an, daß er den Rentenbezieher lediglich aus Mitleid angenommen habe, obwohl D. nicht in der Lage sei, durch Handarbeit mehr als 7 M. zu verdienen, zählte er ein paar Mark mehr. Die Anzeige hatte er für einen Nachschuß. Trotz dieser einmündigen Auskunft wurde noch ein Sachverständiger geholt und dieser glaubte feststellen zu können, daß die Erwerbssähigkeit nicht mehr ganz so weit herabgesetzt sei, daß Invalidität im Sinne des Gesetzes vorliegt. Die Pensionskasse hat dem bedauernswerten Manne die Rente nach 15 Jahren entzogen und das Schöffengericht hat die dagegen eingewendete Verurteilung verworfen! Der Vorsitzende des Gerichts erklärte in der Verhandlung, daß nach seiner Meinung der Mann überhaupt keine Rente hätte erhalten sollen!

So sieht die „soziale“ Rechtsprechung aus.

Acht Tage Lehrzeit.

Ueber die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Lehrzeit für weibliche Angestellte sprach sich gestern der Vorsitzende der I. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gelegentlich einer dort stattgefundenen Verhandlung aus. In dem betreffenden Falle handelte es sich um eine Verkäuferin, die beim Beklagten eine vorher vereinbarte Lehrzeit von drei Monaten absolviert hatte und dann ein Monatsgehalt von 30 M. bezog. Zum Konflikt kam es dann, weil die Mälerin als „Ausgelernte“ sich weigerte, die Vorkänge weiter zu verrichten, mit denen sie schon in der „Lehre“ in der Hauptsache beschäftigt wurde. Die Parteien verglichen sich in Höhe von 25 M. Als sich ein Verfehr über die Länge der Lehrzeit wanderte, meinte der Vorsitzende, das wäre noch gar nichts; die Vereinbarung einer Lehre von einem Monat bei weiblichen Personen komme öfters vor, und es sei sogar schon eine „perfekte Verkäuferin“ vor dem Kaufmannsgericht angetreten, die eine Gesamtlehrezeit von acht Tagen zu absolvieren hatte. Derartigen Mißbräuchen müsse mit gesetzgeberischen Maßnahmen entgegengetreten werden.

Die vom Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts, Magistratsrat Tschow hier berührten Schäden liegen in der Tat in erheblichem Maße vor. Die Vereinbarung übermäßig kurzer Lehrzeiten ist ein Unfug, der den Lehrlingen, die in dieser Zeit nichts Ordentliches lernen, vielmehr nur ausgebeutet werden, zum Schaden gereicht.

Ein großdeutscher Verbandstag für Feuerbestattung in Wien.

Vom 8. bis 11. September wird in Wien der diesjährige großdeutsche Verbandstag der Feuerbestattungsvereine stattfinden. Es stehen auf der Tagesordnung des Verbandstages Fragen, die alle den Haushalt der größeren Städte sehr nahe berühren. So soll zum Beispiel die Frage erörtert werden, wie die Beisehung der Afsenreste solcher Personen erfolgen soll, deren Blutmiete in der Urnenhalle oder dem Urnenhain abgelaufen ist, ohne erneuert worden zu sein. Auch darüber, ob die heute übliche Beisehung der Afsenreste in Hallen oder Säulen ausschließlich beisehalten werden soll, oder ob nicht andere Beisehungsweisen angewendet werden sollen, wird der großdeutsche Verbandstag zu entscheiden haben. Außerdem soll die Frage erörtert werden, in welcher Entfernung voneinander die einzelnen Krematorien in Zukunft errichtet werden sollen. Auf dem Verbandstage werden nahezu 300 Vereine für Feuerbestattung mit ungefähr 100 000 Mitgliedern vertreten sein. Auch die deutschen Krematoriumsverwaltungen sollen eingeladen werden.

Gerichts-Zeitung.

Pflichtpflicht des Autos.

Ein Automobilomnibus der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft fuhr eines Tages bei nassem Wetter in so schnellem Tempo, daß er unter Verletzung durch die glitschige Straße gegen einen Trägermast der elektrischen Leitung fuhr, einen Laternenpfahl umriß, gegen einen Baum prallte und zwei Granitplatten des Bürgersteiges senkrecht in die Höhe kante. Der Kläger Z., der sich auf dem Deck des Omnibusses befand, erlitt durch den Schreck und die Stöße ein Nebenleiden; traumatische Neurose. Er hat deshalb gegen die Omnibus-Aktiengesellschaft Klage auf Schadloshaltung erhoben und seine Ansprüche auf den Beförderungsvertrag gegründet, den er mit der Gesellschaft durch die Lösung der Fahrkarte geschlossen hatte. Die Beklagte hat Widerklage erhoben und ausgeführt, daß dem Kläger ein Anspruch aus dem Unfall nicht zustehe, weil sie kein Verschulden treffe. Der Omnibus sei durch die Glätte der Straße ins Rutschen gekommen; die Glätte aber sei durch die unterlassene Reinigungspflicht der Stadtgemeinde Berlin verschuldet.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin haben die Widerklage abgewiesen und die Beklagte nach dem Klageantrag verurteilt. In den Entscheidungsgründen führt das Kammergericht unter anderem folgendes aus: Der Führer des Wagens hatte die Pflicht, langsam und vorsichtig zu fahren. Diese Pflicht war besonders durch die schlüpfrige Straße geboten. Dennoch hat er diese Berufspflicht nicht beachtet. Er ist in übermäßig schnellem Tempo gefahren, was daraus hervorgeht, daß der Wagen mit großer Wucht an den Trägermast, an den Baum und an den Laternenpfahl angeprallt ist. Allerdings liegt auch ein Verschulden der Stadt Berlin wegen der Glätte der Straße vor. Dergu kommt

aber im Wesentlichen das Verschulden des Chauffeurs. Für dieses Verschulden hat die Beklagte auf Grund des Vertrages einzustehen.

Das Reichsgericht hat am Dienstag die Revision der Beklagten zurückgewiesen und damit das Urteil des Kammergerichts bestätigt. (Mitteltage: VII, 194/12.)

Der Leutnantshund.

Vor vielen Jahren steckte ein Rittmeister einen Soldaten in Arrest wegen Beleidigung eines königlich preussischen Dienstpferdes, das der Soldat mit nicht gerade liebevollen Namen belagte hatte. An diesen Vorfall erinnert das Vorgehen der Polizeibehörde, das gestern vor dem Amtsgericht Charlottenburg zur Erörterung gelangte.

Angeklagt war der Schloffermeister Schaller, weil er den Hund des Leutnants Neumann, der neben seinem Hause in der Ullandstraße 77 wohnt, an einem Tage im Rat mit Wasser begossen hatte. Vor Eintritt in die Verhandlung bemerkte der Vorsitzende des Gerichts, daß er Zeugen nicht geladen habe, weil der Fall ihm von vornherein klar erschienen sei. Der Angeklagte erklärte zur Sache, daß der Hund des Leutnants Neumann im Rat an jedem Tage zu bestimmter Stunde vor seinen Geschäftsläden erschien, den Eingang sprengte und zum Ueberflut häufig auch noch seine Visitenkarte niedergelegt hat. Es sei möglich, daß er den Hund mit Wasser begossen habe, um ihn zu vercheuchen. Dieses sei aber, wenn wirklich geschehen, sein gutes Recht gewesen. Jedenfalls will der Wirt des Leutnants einen solchen Vorgang beobachten haben und hat dieses pflichtschuldigst seinem Vorgesetzten gemeldet. Der Leutnant fühlte sich durch die erwähnte Behandlung seines Hundes offenbar schwer gekränkt und ersatzte bei dem zuständigen Polizeirevier Anzeige. Dieses begriff sofort, daß der Hund eines königlich preussischen Leutnants vor derartigen Insulten geschützt werden müsse und sandte dem Angeklagten ein Strafmandat über 5 Mark auf Grund des Groben-Anfug-Paragraphen. Hiergegen hatte der Angeklagte die richterliche Entscheidung beantragt. Am Schluß seines Vortrages, der im Gerichtssaal und Zuhörerraum große Heiterkeit auslöste, beantragte der Angeklagte seine Freisprechung. Diesem Antrage wurde seitens des Gerichts stattgegeben.

Mit einer Extradition für den Hund eines königlich preussischen Leutnants war es also nicht.

Eine mißglückte Staatsaktion.

Wegen Uebertretung der §§ 43 und 148 Ziffer 5 der Gewerbeordnung stand gestern der Zeitungsausrufer Genosse Schmidt vor dem Schöffengericht in Köpenick. Ihm wurde zur Last gelegt, Druckschriften (Zeitungen) auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verteilt zu haben, ohne die erforderliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zu besitzen.

Schmidt übermittelte den in Rahndorf, Fichtenau, Schöneiche und Klein-Schönebeck wohnenden Abonnenten der „Vorwärts“-Spektion den „Vorwärts“ und die bestellten Zeitschriften. Da der größte Teil der Abonnenten Arbeiter sind, die morgens nach ihrer in Berlin belegenen Arbeitsstätte fahren und begründeterweise ihre Lektüre schon des Morgens in Empfang nehmen wollen, übergibt Schmidt diesen die abonnierten Zeitungen usw. am Bahnhof Rahndorf, um dann den Rest den übrigen Abonnenten in die Wohnung zu tragen. Einen Verkauf betreibt er nicht. Nachdem nun Schmidt schon zwei Jahre lang in dieser Weise dem Wunsch der Abonnenten Rechnung getragen, erschien vor kurzer Zeit ein Gendarm am Bahnhof Rahndorf und nahm ihm ein Exemplar der Wochenchrift „In Freien Stunden“ ab. Prompt erfolgte die Anklage.

In der Verhandlung schilderte Schmidt den Sachverhalt, den der Vorsitzende (wohl in der irrigen Meinung, daß grundlegende Anlagen nicht erhoben werden) für so unglaubwürdig hielt, daß er die Angaben als „faule Ausrede“ bezeichnet, die der Angeklagte wohl nicht werde beweisen können. Genosse Werkmann, der in Friedrichshagen die Expedition versteht, bestätigte die Angaben des Angeklagten und auch der Gendarm Schulz, der die Anzeige erstattet hatte, konnte trotz mehrfacher Beobachtungen nicht bezeugen, daß Schmidt Zeitungen usw. verkauft oder an Nichtabonnenten abgegeben hätte. Er mußte vielmehr auf Betragen zugeben, die Uebertretung zu haben, daß die Angaben des Angeklagten auf Wahrheit beruhen. Trotzdem glaubte der Amtsanwalt die Anklage aufrechtserhalten und eine Geldstrafe von 6 M. resp. 2 Tage Haft beantragen zu müssen. Das Gericht kam zu einer kostenlosen Freisprechung.

Betrugsprozesse.

1. In dem Betrugsprozeß gegen den früheren Direktor Michaelis von der vertrachten „Kommers-, Diskonto- und Lombardbank“ e. G. m. b. H., der seit vier Tagen die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rieber beschäftigt hat, wurde gestern in später Nachmittagsstunde das Urteil verkündet. Das Gericht sah als festgestellt an, daß der Angeklagte durch sein betrügerisches Gebaren viele kleine Gewerbetreibende empfindlich geschädigt und ihnen gewissermaßen „Steine statt Brot“ gegeben habe. Aus diesem Grunde ertheile eine strenge Strafe am Platze. Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis und 100 M. Geldstrafe wegen fortgesetzten Betruges und Konkursvergehens. — Staatsanwalt Gallenkamp stellte den Antrag, den Angeklagten sofort in Haft zu nehmen, da er trotz der von seinem Anwalt gestellten Kaution mit Rücksicht auf die Höhe der erkannten Strafe fluchtverdächtig erscheine. Das Gericht lehnte diesen Antrag jedoch ab, da die gestellte Kaution als ausreichend angesehen wurde.

2. Der Prozeß gegen den Inhaber des „Charlottenburger Auktions- und Lombardhauses“, den Taxator Valentin Herper, wurde gleichfalls gestern in den späten Nachmittagsstunden zu Ende geführt. Herper war beschuldigt, über wertvolle Möbel, Kunstgegenstände und andere Sachen, die ihm zur freiwilligen Versteigerung übergeben worden waren, in einer gegen das Interesse seiner Auftraggeber verstoßenden Weise verfügt zu haben. In zahlreichen Fällen lieferte er den Erlös aus der Versteigerung überhaupt nicht an seine Auftraggeber ab. — Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis. Außerdem wurde der Angeklagte wegen fluchtverdächtig sofort verhaftet.

Ein Unfall.

Der 26 Jahre alte Schlosser Bruno Rose aus Elbing wurde vom Schöffengericht in Stolp wegen verachteter Notzucht, begangen an einem 12 Jahre alten Mädchen, zu vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust verurteilt.

Verfammlungen.

Die Resultate der letzten Reichstagsession.

Den zweiten seiner drei Vorträge über dieses Thema hielt Genosse Ledebour am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung in den Pharusälen. Der große Saal war nach Entfernung der Tische bis auf den letzten Platz gefüllt. Der diesmalige Vortrag handelte von den Verfassungsverträgen; über die auswärtige Politik wird der Redner demnächst in einer weiteren Versammlung sprechen, die im großen Saale der Frauerei Königsstadt am Schönhauser Tor stattfinden soll. Einleitend wies der Redner darauf hin, daß die Regierung die Reichstagswahlen offenbar auch zu dem Zweck so lange hinausschob, daß möglichst wenig Kritik im Reichstage geübt werden sollte. Da die Beratung des Budgets nur die ganze Zeit in Anspruch nehmen mußte, wurde es unmöglich gemacht, Initiativanträge der Parteien zu stellen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine große Anzahl von Anträgen ausgearbeitet. Aber sie fanden eben nur auf dem Papier; es war nicht möglich, sie zur Verhandlung zu bringen. Wenn sonst jede Woche ein Tag für Initiativanträge der Parteien angesetzt wurde, hätte man biss-

mal gar keine Zeit dazu. Es waren nun in der verflochtenen Session besonders zwei Verfassungsfragen, die den Reichstag beschäftigten mühten. Einmal handelte es sich um Preußen, und dann um die elsass-lothringische Verfassung. Im preussischen Landtag hatten die sechs Sozialdemokraten sich sehr mitleidig gemacht, bei der Regierung und auch bei der Mehrheit des Hauses. Wir können nur damit zufrieden sein, daß die 6 Genossen ihre Aufgabe so gut erfüllt haben, daß sie ohne Scheu davor, ob es den andern gefällt oder nicht gefällt, ihre Meinung mit aller Deutlichkeit sagen. Daß die Mehrheit des Hauses mit einer so klugen Grobheit, wie sie im Reichstag ganz undenkbar erscheint, gegen die 6 Sozialdemokraten auftrat, ist nur dadurch erklärlich, daß eben die Zahl unserer Genossen so verschwindend klein ist gegenüber der Masse der Gegner. Wir haben im Reichstag und in allen Parlamenten noch die Erfahrung gemacht, daß die bürgerlichen Abgeordneten um so höflicher und umganglicher und liebendwürdiger werden, je stärker wir sind. Es ist also schon aus Rücksicht auf die Verbesserung der Sitten der bürgerlichen Abgeordneten sehr zu wünschen, daß auch im preussischen Landtag für eine Stärkung der Sozialdemokratie gesorgt wird. Was die Vorgänge selbst betrifft, so steht es fest, daß nach der Reichsverfassung derjenige mit Justizhaus bestraft werden kann, der einen Abgeordneten an der Ausübung seines Mandates hindert. Daß man einen Abgeordneten hinausweisen wollte, ist auch schon im Reichstage passiert, und zwar bei den Votabebatten im Jahre 1902 gegenüber dem verstorbenen Genossen Singer. Aber als wir dann eine Fraktionssitzung abgehalten hatten und uns alle wieder auf unsere Plätze setzten, sagte der Präsident kein Wort mehr von der Sache, und man hätte sich wohl, den Genossen Singer etwa durch die Reichstagsdiener — daß Polizei ins Haus kommen sollte, war natürlich ganz ausgeschlossen — hinaus befördern zu lassen. Ich habe nun die Vorgänge in der letzten Sitzung des Reichstags besprochen und dabei auch angedeutet, wie solche Wirren aus der Welt geschafft werden können. Es muß eben von Reichs wegen eingegriffen werden, und das Reich hat dazu das

Recht, bessere Zustände herbeizuführen, wenn die bestehenden Zustände in einem Bundesstaat die Reichsinteressen schädigen. In Elsass-Lothringen handelte es sich darum, daß der dortige Landtag, unter dessen 60 Abgeordneten 11 Sozialdemokraten sitzen, aber auch die bürgerliche Mehrheit noch eine gewisse Kraft zur Opposition hat, Beschlüsse gefaßt hatte, die bei der Reichsregierung böses Blut machten. Erstens war es das, daß dem Kaiser eine Jagd genommen wurde, die er nie benutzt hat, und zweitens war es ein Konflikt zwischen der Regierung und einem Fabrikanten, dem man, weil er eine oppositionelle Meinung hat, die Lieferungen für das Reich entzogen hatte. Die Opposition des elsass-lothringischen Landtags gab dann dem Kaiser Veranlassung zu sagen: „Wenn solche Dinge sich wiederholen, schlage ich die Verfassung in Scherben!“ Daß diese Keuherung wirklich gefallen ist, dagegen ist im Reichstage von keiner Seite Widerspruch erhoben worden. Aber ich habe dann weiter ausgeführt, was das englische Volk machen würde, wenn der englische König sich eine derartige Keuherung erlaubte. Keine Ausführungen wurden zunächst ziemlich ruhig angehört, aber dann kam die Mehrheit zu der Ueberzeugung, daß sie sich über mich und den Genossen Scheidemann, der ja gleichfalls diese Frage erörtert hatte, aufregen müßte. Eng zusammen mit diesen Dingen hängt unsere Stellung zur Monarchie. Bei dem letzten Sessionsschluß ist der Genosse Landsberg im Saal geblieben, hat zwar nicht in das Hoch eingestimmt, ist jedoch aufgestanden. Heute sehe ich nun zu meinem Erstaunen, daß in den „Sozialistischen Monatsheften“ der Genosse Eduard Bernstein eine ganz falsche Darstellung von den Vorgängen gibt und behauptet, daß die Fraktion nur in aller Eile vorher eine Abstimmung vorgenommen habe. Tatsächlich hatten wir jetzt, ebensowenig wie früher, Ursache, über das zu beraten, was seit Jahren üblich ist. Es ist auch diesmal nicht darüber geredet worden, ob wir drin bleiben und aufstehen sollten, und es waren auch gerade die Genossen, die auf Bernsteins Seite standen, die für das Hinausgehen stimmten. Daß Landsberg diesem Beschlusse nicht folgte, mußte als eine direkte

Demonstration erscheinen. Uebrigens haben wir in dieser Session auch eine Aenderung der Geschäftsordnung durchgesetzt, die für die Zukunft von Wichtigkeit ist, und zwar die, daß bei Interpellationen Anträge gestellt werden, und demnach Beschlüsse gefaßt werden können über Billigung oder Nichtbilligung der Regierungsmassnahmen. In parlamentarischen Ländern wird eine Regierung durch ein solches Mißtrauensvotum bekanntlich zur Amtsniederlegung veranlaßt. Wie in Deutschland sind noch nicht so weit, aber immerhin ist die Verbesserung der Geschäftsordnung in diesem Sinne von Bedeutung. Eine weitere Keuherung der Geschäftsordnung ist es, daß keine Anfragen an die Regierung zugelassen werden müssen, womit die Möglichkeit geschaffen wurde, eine Frage sofort klarzustellen. Verbesserungen der Verfassung des Reiches sind nur möglich, wenn nicht allein eine Mehrheit des Reichstags, sondern auch des Bundesrats ihre Zustimmung dazu gibt. Im Bundesrat dürfen nicht mehr als 14 Stimmen dagegen sein. Es ist klar, daß auf diese Weise an gründliche Verbesserungen der Verfassung nicht gedacht werden kann. Solche Verbesserungen müssen erlämpft werden, es handelt sich dabei um Nachfragen. Über der Reichstag hat ein Rechtswort in der Hand, und das ist das Budgetbewilligungsgesetz. Wenn der Reichstag eine Verfassungsänderung erzwingen will, kann er das dadurch, daß er der Regierung das Budget verweigert. Darin liegt die ungeheure Bedeutung dieses Bewilligungsgesetzes. Verfassungsrevolutionen lassen sich nun aber nicht nach einem Schema durchführen. Der Erfolg hängt immer von Umständen ab. Es gilt eben bereit zu sein, um günstige Situationen mit aller Kraft auszunutzen. Darum müssen wir noch wie vor alles einsehen, um bereit zu sein und unsere Macht zu stärken. Im Interesse des ganzen Volkes liegt es, einen demokratischen Volksstaat zu schaffen und, je nach dem, wie es die Verhältnisse ergeben, Schritt für Schritt oder auch ruckweise dem Ziele zuzustreben und endlich den sozialistischen Staat durchzuführen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Versammlung schloß mit Hochrufen auf die Partei.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Frankfurter Viertel. Bez. 206.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Entler **Heinrich Noz** Blumenstr. 74, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Juni, nachm. 4/5 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kaufmann **Joseph Wittkowski** Amstr. 9 (8. Bez.) verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederharnim Bezirk Weißensee.
Am 17. Juni 1911 verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Genosse, Schriftfeger **Emil Jüngling** im Alter von 46 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute (Donnerstag) nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Koedlitzerstr., aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.
Gardinen-Spezialhaus Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.
Zur gefälligen Beachtung!
Zu unserem Sängerfeste wird nicht, wie auf den Plakaten angegeben, das Philharmonische Blasorchester, sondern das Berliner Blasorchester unter Leitung des Herrn Franz v. Blon konzertieren. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 17. Juni verstarb unser Genosse, der Hochlagerhelfer **August Frank** Quistenstr. 41. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Philippus-Hospital-Friedhofes aus auf dem hiesigen Friedhofe, Müllerstr. 24, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ordnungsverwaltung Neukölln.
Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, die Kollegen von dem am 17. d. M. erfolgten Hinscheiden unseres Mitgliedes **Josef Witkowski** in Kenntnis zu setzen. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Martha Bochmann** nach längerem, schwerem Leiden verstorben ist. **Der trauernde Gatte nebst Sohn.** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Vorjagen-Hummelburg aus statt. **33%**

Abgepaßte Fenster, weiß und crème
p. Fenster 2³⁵, 3, 4-60 M.
Elegante Sezessions-Tüll-Stores. M. 1⁸⁵
Gestickte echte Sprachel-Stores. M. 7⁷⁵
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores. M. 3⁸⁵
Tüllbalddecken, Größe 160/250 cm. M. 2⁵⁰
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken. M. 6⁷⁵
Elegante Tüll-Bettdecken. M. 6⁷⁵
Brise-Bisse (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.
Nach auswärts p. Nachnahme.
Spezial-Katalog mit zirka 650 Abbildungen gratis und franko.

No. 61 La Maloja
eine vorzügliche **63 Cigarre**
Neu eingeführt: **Fehlfarben-Sortimente** in besonders preiswerten Mischungen
Fortuna 10 St. 60 Pf.
Hansa 10 St. 75 Pf.
Excelsior 10 St. 1,00 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter **August Frank** Quistenstr. 41, am 17. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 5/6 Uhr, von der Leichenhalle des Eddischen Friedhofes in der Seestraße aus statt. Rege Beteiligung erwartet **119/10 Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Berlin Bezirk 17.
Am 17. Juni verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied **Karl Schultz** Reichsberger Straße 91. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Marien-Friedhofes in Ahrensdorfer Allee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **257/16 Die Ortsverwaltung.**

Dauftagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers und Großvaters, des Gastwirts **Wilhelm Wetzel** sagen wir allen Freunden und Verwandten insbesondere dem Sparverein „Schiller's Klode“, dem Verband der freien Gast- und Schankwirte sowie dem Wahlverein (21. Bez.) unseren herzlichsten Dank. **10/1**

Phonola,
sehr gut erhalten, billig zu verkaufen, ebenso eingebaute Kunstspiel-Pianos. 98/17*
Conrad Krause Kaffg.,
Krisbacher Straße 1.

J. Neumann Cigarren-Fabriken
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 17. Juni verstarb unser Genosse, der Buchhalter **Gustav Böttcher** Lygauer Straße 29. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus auf dem Friedhof der St. Georgengemeinde in Weichensee, Koedlitzerstr., statt. Um rege Beteiligung ersucht **229/12 Der Vorstand.**

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Paul Großhennig** am 18. Juni im Alter von 24 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr auf dem Südwest-Friedhof in Stahnsdorf statt. **164/8 Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Tempelhof.
Einladung
zu der am **Mittwoch, den 26. Juni 1911,** abends 8/9 Uhr, im Restaurant **Stahlmann** (Genossenschaftshaus), Berlin-Tempelhof, Dorfstr. 51, stattfindenden **Außerordentlichen General-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Antrag des Vorstandes auf Verlängerung des Restriktionsbeschlusses.
2. Mitgliedsverzeichnungsordnung.
3. Verschiedenes. **276/12**
Der Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Tempelhof. (gez.) **Hilbert George,** 1. Vorsitzender.

Ansichtskarten vom Harz, Riesengebirge, Sächsische Schweiz, Berlin, Dresden usw.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Teilw. wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzloses Zahnziehen. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse. Reparatur sofort. Sprechst. 8-7. Jetzt **Potsdamer Str. 55.** Hochbahnst.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederharnim
Bezirk Franz-Buchholz. **Zahlstelle Buch-Nachruf!**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Artur Barendt** am Freitag, den 14. Juni, verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet bereits am Montag vom Trauerhause aus statt. **241/7 Die Bezirksleitung.**

Manoli
Cigarettes Specialmarken
Abbas Dandy Gibson Girl

Vorwärts-Bibliothek
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen
Seben neu erschienen:
Band II
Der Ausweg
Erzählung von Ernst Prezzang
Preis: gebunden 1 M.
Band I
Erweckt
Roman aus dem Proletariatsleben von A. Ger
Preis: gebunden 1,25 M.
Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

Neunter Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

III. Berlin, 19. Juni.

Redakteur Dr. Aug. Müller-Hamburg referiert über

„Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels“.

Er begründet die Behandlung dieses Themas u. a. damit, daß sich die Kleinhandlertongresse ständig mit Konsumvereinsfragen befassen. Für jemand, dem der amtliche Apparat nicht zur Verfügung steht, ist es kaum möglich, wissenschaftlich genaue Feststellungen über die Verbreitung und die Lage des Detailhandels zu machen. Das Material der Gewerbebehörden des Reiches ist veraltet. Das Interesse der Wissenschaft an der Frage des Detailhandels ist gewichen, das Urteil scheint doch feststehen. Die Kleinhandlertongresse ist ausschließlich unbenutzbares Material. Die jetzt veranstaltete Erhebung des Vereins für Sozialpolitik über die Preisgestaltung wird aber hier zu weiteren Forschungen führen, da man eine Untersuchung über die Konsumvereine anstellen will. — Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Wissenschaft die Mittelstandsbestrebungen nach steuerlicher Schikanierung der Konsumvereine nicht unterstützt; da wird reine Interessenspolitik getrieben. Merkwürdig ist die Unterstützung der Kleinhandlertongresse durch die konterbait-antidemokratische Reaktion, die den Handel verachtet. Zweifellos ist der Handel in unserer arbeitsteilig gegliederten Gesellschaft mit ihrer Gütervermittlung volkswirtschaftlich notwendig und nützlich. Er lebt allerdings von den Aufschlägen, die er auf die Produkte macht und die um so höher sein müssen, je mehr handelsmäßige Zwischeninstanzen vorhanden sind. Er belastet die Volkswirtschaft ungewollt. 1907 hatten wir 1 088 000 Handelsbetriebe in Deutschland (+ 78 Proz. in 15 Jahren), mit 2 063 000 Beschäftigten (+ 149,1 Proz.) — gegen eine Volksvermehrung von 45 Proz. Auf den Bedarf von sieben Familien müssen so große Aufschläge gemacht werden, daß ein „Händler“ davon leben kann, wobei unter Händler sämtliche im Handel tätigen Personen, die eben alle nicht Produzenten sind, verstanden sind. Der Großhandel ist nicht notwendig Großbetrieb, der Kleinhandel, der die Waren an den Einzelkonsumenten bringt, nicht notwendig Kleinbetrieb, das zeigen die Warenhäuser. Der Referent geht dann auf die Steuererhebung über, die man durch Einkommenserhöhung der Konsumenten — die nicht Schritt hält mit der Teuerung — oder durch Anpassung des Reallohns durch sparsamere, konsumgenossenschaftliche Verwendung des Einkommens bekämpft. Man muß das eine tun und das andere nicht lassen. Da die hohen Preise zweifellos mindestens von längerer Dauer sein werden, ergibt sich hieraus die immer größere Bedeutung der Konsumvereine. Hat der Kleinhandel in der Teuerungzeit irgendeine bedeutende Rolle bei ihrer Abwehr gespielt? Niemand wagt es zu behaupten. Er hat der Aufhebung des Oktroi nur zu seinem Gunsten Rechnung getragen, während sie doch als Ausgleich gegen den Zolltarif gegolten verläßt wurde. Der Kleinhandel folgt Preissteigerungen des Großhandels möglichst rasch, Preisherabsetzungen zögernd und nur teilweise. Die Konkurrenz im Kleinhandel wirkt nur dann verbilligend, wenn die Wiedereinnahme durch Umsatzvergrößerung weitgemacht wird, dem wirkt aber die notorische Ueberfüllung des Kleinhandels entgegen, die der Referent zahlenmäßig nachweist. Dem Kleinhandel gehen Schuh- und andere Fabriken, Kaffeeöstereien usw. kräftig durch direkten Absatz an die Konsumenten zu Leibe; diese Filialien machen allerdings auch den Konsumvereinen Konkurrenz. Würde die schändliche Warenhaus- und Konsumvereinsbesteuerung, ihre Verfolgung noch so weit getrieben, so lange wir die Gewerbesteuerfreiheit haben, wird das Grundübel der ungelunden Ueberfüllung nicht beseitigt werden können. Sie wirkt auf den Kleinhandel, wie die Schmachtblauf auf die Arbeiter. Die Veränderung unserer Volkswirtschaft, die zunehmende Arbeitsteilung, die Forderung der Industrie von der Landwirtschaft usw. führen eine ständige Ausdehnung des Handels herbei. Auch im Handel ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb unbedingt überlegen, die Statistik beweist denn auch das Wachstum der Großbetriebe im Kleinhandel, der Warenhäuser, Konsumvereine, dicker Absatz durch Fabriken. All diese Großbetriebe können auf die Kleinsten und mitunter sogar unethischen Mittel des Überdrucks verzichten und können ihrem Personal in jeder Beziehung mehr gewähren und auf die Warenerzeugung selbst Einfluß nehmen. Im allgemeinen können auch Warenhäuser und Konsumvereine nebeneinander leben, aber auch hier bildet sich die Konkurrenz heraus. Warenhäuser und Filialbetriebe dienen dem privatkapitalistischen Interesse, die Konsumvereine haben die prinzipielle verschiedene Aufgabe der sozialistischen Betriebsform, der günstigen Verteilung der Lebensverhältnisse des Volkes durch entsprechende Verteilung und Verwendung des Einkommens der Volksschichten. Gegenüber den Kartellen ist die Genossenschaftsbewegung das Korrelat. Wird der Konsumverein dem Kapitalismus gegenüber den Sieg erringen? Mit und kämpfen in sozialer Arbeit in notwendig verschiedenen Organisationen und Methoden eine ganze Reihe anderer Organisationen und Kräfte. Das stärkt unsere Kraft und unser Vertrauen. Wer glaubt, daß das Ziel der Kulturentwicklung die Ausnützung von 99 Proz. der Menschheit durch das 1 Proz. der Kaufherren und Kapitalmagnaten ist? Ich glaube an die zunehmende Einheit des Volkes, an eine gerechtere Gestaltung des Wirtschaftens, darum glaube ich an die Konsumvereine und wer mit mir davon glaubt, der wird wohl nicht enttäuscht werden! (Lebhafte Weisfall.)

An der Disziplin beteiligten sich Störmer-Berlin, der auf die Notwendigkeit der Aufklärungsarbeit über die soziale Tendenz des Konsumvereins hinweist, dann Prof. Staudinger-Darmstadt: Der allgemeine und der Detailhandel vermehrt sich trotz der Entwicklung der Konsumvereine, weil die von den Konsumvereinen ersparten Willkuren eine stark vermehrte Umlaufbewegung, eine bedeutende Erhöhung der Kaufkraft bedeuten. Das Schicksal des Kleinhandels ist so trübselig, wie feinerzeit das der Subjekte über die Eisenbahn. Der Händler steht vor der Wahl, ganz abhängig zu werden vom Großkapital oder dereinst unter unseren Füßchen in unseren Großbetrieben frei zu leben, unter dem Prinzip der Spezialisierung, wie dem Fuhrmann die Spezialaufgabe geblieben ist, zur Eisenbahn zu fahren. (Weisfall.)

Mit einem kurzen Schlusswort Müllers wurde diese Besprechung beendet. Nun erstattet der Sekretär der Fortbildungskommission, A. V. P. H. H., seinen Bericht. Die bisher abgehaltenen Kurse haben ergeben, daß es notwendig ist, die verschiedenen Funktionärgruppen besonders auszubilden und die Kurse von sechs auf acht Wochen zu verlängern. Es sind etwa 17 Kurse erforderlich, die vier Jahre erforderlich dürften. Die bisherigen Kurse haben 8000 bis 11 000 W. gekostet, wovon die Hälfte auf Entschädigung der Schüler entfällt. Der Redner bittet schließlich um stärkere Dotierung des Bildungsfonds.

Über die Unterstufungskasse des Zentralverbandes berichtet Generalsekretär Kaufmann: Sie entwickelt sich in erfreulich lebhaftem Tempo und zählt jetzt 208 Vereine und 5883 Mitglieder. Innerhalb gehören 1000 Vereine der Kasse noch nicht an, freilich durchweg kleinere, die durch Verarmung aufhören oder sonst beitreten dürften. Die Unterstufungen werden mit dem Alter der Kasse steigen. In fünf bis sechs Jahren werden wie die Unterstufungen nicht mehr aus den Jüngsten bestritten können. Ohne Beitragserhöhung können die Leistungen nicht erhöht werden. Die Kasse hat zurzeit 2 187 000 W. Vermögen, das bei genügender Stetigkeit den angeschlossenen Vereinen als erste Hypothek

bis 50 Proz. gegeben wird und zwar durch die Bankabteilung der G.-G.-G. Unsere Stellung zum Privatbeamtenversicherungsgesetz, das sich auch auf die Gehaltsempfänger der Konsumvereine erstreckt — die Vorstandsmitglieder werden vielleicht als Organe der Genossenschaft (Arbeitgeber) freikommen — wurde dadurch bestimmt, daß die Bestimmungen über Ersatzinstitute sehr ungünstig sind. Wir stellen uns also nicht unter das Angestelltengesetz, sondern sie soll eine Ruheklasse sein, was sie ja für die in die Arbeiterversicherung fallenden Arbeiter der Genossenschaften schon ist. Auf der Generalversammlung in Magdeburg im September soll beschlossene werden, die Mitglieder der Unterstufungskasse mit dem halben Gehalt zu versichern. Sie können dann auch zusammen bis auf eine Altersgrenze von 80—85 Proz. des Gehalts kommen. Freilich werden Angestellte und Genossenschaften je 5—5 1/2 Proz. des Gehalts zu zahlen haben. Es liegt im Interesse der Bewegung, auch den über 5000 W. beziehenden Angestellten die Antwortschaft auf eine Altersversorgung zu verschaffen; diese Beamten sollen verpflichtet werden, sich mit dem 1/2-jährigen Einkommen zu versichern. Wir sind ja leider noch nicht zu einer ausreichenden Bezahlung der Genossenschaftsbeamten gekommen, aber die Fortschritte auf diesem Gebiet sind unsehr groß und werden noch größer werden. Der Referent formuliert dann bestimmte Vorschläge im Sinne seiner Ausführungen an die Magdeburger Generalversammlung der Unterstufungskasse.

3. Nieger-Hamburg erstattet nun den

Bericht des Tarifamtes:

Das Tarifamt hat im Berichtsjahre für 28 Tarifsorte Erhöhungen des Grundlohnes in den meisten Fällen um 2 1/2 Proz. vorgenommen; in einigen Fällen beträgt die Erhöhung 10—15 Proz. Am 1. Oktober 1912 wird für 20 weitere Tarifsorte eine solche Erhöhung eintreten. Das bedeutet für die beteiligten Gewerkschaften eine dauernde Erhöhung auch für alle späteren Tarifabschlüsse. Das Tarifamt hat weiter die Gewährung von Jahrgeld für die Reisfahrer beschlossen und festgestellt, daß jeder Angestellte, der fünf Jahre im Dienste einer Genossenschaft ist, Anspruch in Krankheitsfällen, die länger als drei Wochen dauern, auf die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld hat. Das Tarifamt richtet die Mahnung an die Genossenschaften, unter allen Umständen die Gewerkschafts-Arbeitsnachweise zu benutzen. — Der Redner begründet nun folgenden Antrag des Vorstandes und Ausschusses:

Der neunte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, vom 17. bis 19. Juni 1912 in Berlin, erklärt sich im Prinzip damit einverstanden, daß die von den einzelnen Konsumgenossenschaften, Konsumgenossenschaftlichen Vereinigungen oder Revisionsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit anderen Gewerkschaften als die der Bäcker, Transportarbeiter, Lagerhalter und Handlungsgehilfen abgeschlossenen Tarifverträge der Rechtspredung des Tarifamtes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unterstellt werden.

Voraussetzung der Unterstellung ist die Einbindung des Tarifvertrages an das Tarifamt und die vorbehaltlose Anerkennung seitens der Kontrahenten, daß sie die aus der Auslegung und Anwendung des eingereichten Tarifvertrages entstehenden Streitigkeiten der Entscheidung des Tarifamtes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unterbreiten und sich den Entscheidungen des Tarifamtes fügen werden.

Den Gewerkschaftsvorständen ist es überlassen, Vorschläge für die Vertretung der neu hinzutretenden Gewerkschaften in das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu machen.

Die genossenschaftlichen Mitglieder des Tarifamtes werden beauftragt, diese Vorschläge zu prüfen und eine entsprechende Aenderung der Urteile für die Tätigkeit des Tarifamtes zu vereinbaren. Diese Vereinbarung unterliegt auf genossenschaftlicher Seite der Zustimmung des Vorstandes und des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die auch etwa erforderliche Ergänzungswahlen für die Besetzung des Tarifamtes bis zum nächsten ordentlichen Genossenschaftstag vorzunehmen haben.

Zum Schluß betont Redner, daß die Entwicklung der Eigenproduktion mit abhängig sein wird von der Einsicht und Rücksichtnahme der Gewerkschaften. (Lebhafte Weisfall.)

Preisner-Weipzig-Plagwitz klagt über Vorfahrung einiger Fälle darüber, daß bei bloßer Nichterfüllung von Einzelforderungen gleich die Erklärung droht, die Genossenschaft sei tarifmäßig geworden, selbst wenn es sich um über den Tarif hinausgehende Forderungen handelte. Das Tarifamt habe da tief einschneidende Weisfälle gefaßt, die die eigenproduzierenden Genossenschaften schwer belasten. So z. B., daß die Dreiwochen-Krankentageabgabe bei Erkrankung an berufliche Krankheit 8 Tage nach der Entlassung aus dem Krankenstand wieder gezahlt werden müsse. Da soll das bei 1500 Angestellten hinführen. Die betreffende Genossenschaft sollte zur Tarifamtsverhandlung zugezogen werden.

Störmer-Berlin: Wozu die Arbeitsnachweise in Anspruch nehmen; arbeitslose Genossenschaftler sind einfach als Söhne der Familie Genossenschaft einzuflechten.

Preisner-Weipzig: Reichstaxi haben wir erst mit den Transportarbeitern und Wägern. Die Handlungsgehilfen streben Reichstaxi an, wir haben teilweise solche abgeschlossen, um eine einheitliche Rechtspredung zu erzielen, möchte in dem Reichstaxi das Zentraltarifamt als Schlichtungsbehörde bestimmt werden.

Dreher-Berlin (Transportarbeiter) führt zu einem der von dem Redner aus Weipzig-Plagwitz angeführten Fälle an, daß das Tarifamt mit Recht die Stallmache als ganzen Arbeitstag betrachtet habe. Das Handelsgesetz schreibt in Sachen des Krankenschusses daselbst vor, was das Tarifamt entschieden hat. Die Benutzung des Arbeitsnachweises ist Tarifvorschrift. Auch die wünschenswerte Einstellung arbeitsloser Genossenschaftler muß der Kontrolle der Gewerkschaften unterliegen, sonst könnte eine Vetterwirtschaft einreichen. (Sehr richtig!) Was Privatbetriebe tun, können auch wohl die Genossenschaften tun. Wir verlangen auch, daß die Genossenschaftsarbeiter Genossenschaftler sind.

Preisner-Weipzig: Wir als Erwartung haben noch nie von dem Handelsgesetz Gebrauch gemacht, das tun wir prinzipiell nicht!

Störmer-Berlin: Ich habe nicht von dem wirklichen Vater gesprochen, der den Sohn einstellt, sondern von der Familie Genossenschaft. Die Anregung Nieger könnte Mißbilligsten verhindern.

Döhnle-Weipzig (Lagerhalterverband): Einer Aufschaltung der Gewerkschaftsnachweise können wir unter keinen Umständen zustimmen. Der Gesamtverband des Lagerhalterverbandes hat sich bereit erklärt, alle Tarifsorten dem Zentraltarifamt unter der Voraussetzung anderer Zusammenlegung zu unterbreiten.

Bücher-Kärnberg unterläßt die Anregung, in allen Bezirks-tarifverträgen die Entscheidung des Tarifamtes vorzulegen. Mögen doch endlich Handlungsgehilfen und Lagerhalter Reichstaxi schließen, sie scheinen sich doch noch etwas zu sträuben. Die Zentralverbände sollten aber auch ihre Lokalbeamten von ihren durch Dreher ausgesprochenen Intentionen unterrichten. Da würde mancher Unfriede vermieden (Lebhafte Zustimmung), namentlich in bezug auf die Bevorzugung von Genossenschaftlern bei der Einstellung. Weidner-Hamburg (Bäcker): 8000 unserer Kollegen sind in der Eigenproduktion beschäftigt, aber darunter nur 600 Nichtgenossenschaftler. Störmer-Berlin: Die Gefahr der Vetterwirtschaft besteht nicht und wir Genossenschaftler wissen selbst, was den Genossenschaften nutzt. Dreher-Berlin (Transportarbeiter): In dem Ton kommen wir nicht weiter. (Lebhafte Zustimmung.) — Störmer: „Vetterwirtschaft“ ist mindestens ebenso schlimm. Ich habe nur gesagt, es gab früher Vetterwirtschaft. Selbstverständlich können die Genossenschaftler unter den vom Arbeitsnachweise kommenden dem Genossenschaftler den Vorzug geben. Aber das soll über den gu-

ständigen Gewerkschaftsnachweis geschehen. Wenn der ihn empfiehlt, kann er eingestellt werden. Verhütet muß werden, daß Foulenger in den Betrieb kommen, die nur zum Zweck des Einkommens Genossenschaftler werden. (Zustimmung.) — Störmer: Also nur die Gewerkschaften bestimmen! Nein, wir müssen Leute fernhalten, die die Arbeiterbewegung nur zu persönlichem Nutzen mißbrauchen wollen. (Weisfall.)

Ein Schlusstrat und dann der Vorstandsantrag werden angenommen.

Zu Mitgliedern des Tarifamtes werden einstimmig gewählt: Nieger, v. Elm, Postelt, Lorenz; zu Stellvertretern: Berger und Eberling, sämtlich in Hamburg.

Ausschlußbericht.

Namens des Ausschusses Bericht

v. Elm: Die Ergebnisse der Arbeit des Ausschusses haben Sie in den von Ihnen angenommenen Anträgen sanktioniert. Da die Klassenverhältnisse in völliger Ordnung sind, beantragen wir, dem Vorstand Entlastung zu erteilen. (Weisfall.)

Die Entlastung wird einstimmig erteilt, die Verbandsrechnung genehmigt und folgende Zuwendungen aus der von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zur Verfügung gestellten Summe für allgemeine genossenschaftliche Zwecke im Betrage von 15 000 W. an folgende Revisionsverbände beschossen:

Table with 2 columns: Name of the association and amount. Includes: Verband bayerischer Konsumvereine (1400 W.), Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg (4100 W.), Verband mitteldeutscher Konsumvereine (1500 W.), Verband nordwestdeutscher Konsumvereine (1100 W.), Verband der Konsum- und Produktgenossenschaft in Rheinland und Westfalen (2100 W.), Verband sächsischer Konsumvereine (900 W.), Verband südwestdeutscher Konsumvereine (1800 W.), Verband Thüringer Konsumvereine (1300 W.), Verband württembergischer Konsumvereine (1300 W.), Summe 15 000 W.

Ferner wird beschlossen, aus den für allgemeine genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten 2 Pf. Rückvergütung per Exemplar der von den Verbänden abnominierten und 850 000 Konsumgenossenschaftlichen Volksblätter — 7000 W. jedem der beteiligten acht Revisionsverbände 800 W. zuzuwenden. Der Rest soll als Beihilfe zu den Kosten des Genossenschaftstags 1912 reserviert werden.

Das ausscheidende Vorstandsmittglied Barth-München wird einstimmig wiedergewählt, ebenso die ausscheidenden Ausschlußmitglieder v. Elm, Prof. Staudinger und Voppich. Nachdem wird der Vorschlag genehmigt und die Beiträge im bisherigen Ausmaß festgesetzt.

Mit einer kurzen, herzlichsten Rede schließt Barth den Genossenschaftstag. Er dankt namentlich den Berlinern, wobei sich die Versammlung erhebt, und kündigt an, daß der nächstjährige Genossenschaftstag in Dresden tagen dürfte.

Morgen Donnerstag hält die Großeinkaufsgesellschaft ihre Generalversammlung ab.

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 18. Juni.

Vor der hiesigen Strafkammer nahm heute der vom Reichsgericht hierher verwiesene Prozeß gegen den Herausgeber und Redakteur des „Rheinischer Anzeiger“, Heinrich Dirsch, wegen öffentlicher Beleidigung der Politassistentin Frau Dr. Schapiro und des Weigeordneten Verndt, beide in Mainz, seinen Anfang.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Der Angeklagte Dirsch erklärt, zuerst wohlwollend der Tätigkeit der Frau Dr. Schapiro gegenüberstanden zu haben. (Hierzu werden zwei Artikel verlesen.) Sein Freund, Justizrat Hord, habe ihn auf diese Artikel hin befehrt. Er habe darauf mehr und mehr Material speziell über die Handhabung der Sittenpolizei in Mainz bekommen, so daß er sich veranlaßt sah, in seiner Zeitung für eine Aenderung einzutreten, weil er sich sagte, so könne es nicht weiter gehen. Der Weigeordnete Verndt habe ihm darauf grobe Briefe geschrieben, so daß er sich zu weiteren Artikeln veranlaßt sah, zumal ihm weiteres Material von zuverlässiger Seite zugegangen war. Dennoch habe Herr Verndt in der Stadtverordnetenversammlung (30. November) erklärt, daß alles in schönster Ordnung sei. Er habe nicht die Empfindung gehabt, Verndt und Schapiro persönlich beleidigt zu haben. Er habe hinsichtlich der Frau Schapiro nun gesagt, daß ihre nächsten Streifzüge einen Stich ins Segel-Pathologische haben. Bei Verndt habe er sich einfach seiner Haus gewehrt, denn der habe ihm Mangel an Mut vorgeworfen. Herr Verndt habe in der Stadtverordnetenversammlung gesagt, es fühlten sich nur die getroffen, deren Jagdgründe durch die Tätigkeit der Frau Sch. gestört wurden. Auf Befragen erwidert der Angeklagte, er habe diese Verndtsche Bemerkung auf sich bezogen, weil keine andere Möglichkeit bestand. Ich war doch auch mal jung. Mit meinen Artikeln habe ich ja erreicht, was ich wollte: die Mädchen und jungen Herren flirten weiter; besser ist nur die Mainzer Sittenpolizei geworden. Was die jungen Leute tun, über das Herr Verndt den Sittenrichter spielt, ist doch nur das Spiegelbild von dessen Leben. Ich habe nicht alle Artikel geschrieben, aber die volle Verantwortung übernommen. Wenn Herr Verndt von vorn herein sagte, mein Material werde in nichts zerrinnen, dann hätte es doch keinen Zweck, ihm dies Material vor Schreiben der Artikel vorzulegen. Der Angeklagte läßt sich nicht darüber aus — trotz wiederholten Ermahns des Vorsitzenden —, ob er damit Verndt den Vorwurf machen wolle, dieser werde absichtlich die Sache kaputt machen. Wen er unter dem Ausdruck „Cato“ gemeint habe, wisse Justizrat Dr. Schmitt sehr gut, dem solle man die Frage danach vorlegen. Das Material Hords habe er in seinen Einzelheiten nicht gelannt. Der erste Angriffartikel war ihm von Dr. Hord diktiert. (Zwischen durch gelangen fortgesetzt Zeitungsartikel, Angriffe und Erwiderungen, zur Verlesung.) Ich habe den Eindruck, daß Herr Verndt nicht auf dem objektiven Standpunkt stehe, die Untersuchung seines Materials vorzunehmen. Vors.: Wollten Sie damit sagen, daß Herr Verndt absichtlich oder unabsichtlich „hineinverhört“ habe. Absichtlich oder nicht? Angekl.: Das ist doch kein Unterschied. Vors.: Ein sehr großer sogar. Angekl.: Ich halte die Empfindung, daß Herr Verndt besorgen war und darum die Untersuchung all der Vorwürfe gegen die Sittenpolizei nicht führen durfte. Auf die wiederholte Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten, ob er dem Weigeordneten Verndt eine absichtliche Rechtshandlung vorwerfen wolle, gibt der Angeklagte keine bestimmte Erklärung. Nach Verlesung weiterer Artikel bemerkt der Angeklagte, er habe nicht behaupten wollen, daß Verndt die Untersuchung bewußt gefälscht hätte. Die Personen der Verndt und Schapiro waren ihm durchaus gleichgültig. Vors.: Ihre Artikel machen doch nicht den Eindruck.

Eine Nachtragsklage gegen Dirsch betrifft einen Artikel des „Berliner Tageblatts“ von Theodor Wolff. Der Angeklagte hat diese Artikel nachgedruckt neben zahlreichen anderen Zeitungsstimmen. Die Anklage behauptet, D. habe diese auf falscher Richterhaltung beruhenden Auslassungen der auswärtigen Presse wider besseres Wissen wiedergegeben, bewußt und systematisch, um Herrn Verndt fortgesetzt herabzuwürdigen, in der Absicht, die früheren Behauptungen aufzuklären, als wahr und erwiesen erscheinen zu lassen und in dem Leser das falsche Bild hervorzurufen, daß diese Vorwürfe begründet und nicht widerlegt seien. Dirsch habe in einem weiteren Artikel vom 29. September 1911

in hässlicher Weise dem Weigeordneten Berndt vorgeworfen, daß er ein Eheverprechen mit Rücksicht auf die Anforderungen der Richterkarriere nicht eingelöst habe. Wieviel mündlich müsse Herr Berndt dem Mädchen gesagt haben, bis er sich zu einem schriftlichen Versprechen herbeiließ. In dem Artikel vom 2. Oktober 1911 ist weiter der schwere Vorwurf enthalten, daß Berndt es mit seinem Eid nicht genau genommen habe. Den Brief mit dem angeblichen Eheverprechen habe Hirsch sich von Hrl. Gerhardt geben lassen unter der Vorpiegelung, er brauche den Brief zur Revisionsbegründung und werde nur zu diesem Zwecke davon Gebrauch machen. Hirsch hat den Brief dann photographieren lassen.

Beweisaufnahme

sagt Oberstaatsanwalt Schwarz-Rainz aus: Er habe die Tätigkeit der Frau Schapiro auf den verschiedensten Arbeitsgebieten zu beobachten Gelegenheit gehabt. Nicht ein einziger Fall ist mir bekannt geworden, in dem das Verhalten und Verhalten zu beanstanden gewesen wäre. Im Gegenteil kann ich nur sagen, daß Frau Dr. Schapiro mit großem Geschick und ebenso großem Takte verfahren ist. Das gilt ganz besonders für ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Fürsorgewesens. Frau Sch. hat ein Fürsorgeheim errichtet. Sie geht dadurch ein ganz besonderes Vertrauen in der Rainer Bevölkerung. Eltern von solchen jungen Mädchen, die zu Besorgnissen in sittlicher Hinsicht Veranlassung gaben, haben sich selbst hilfesuchend an Frau Schapiro gewandt. Ein Beweis für das Vertrauen ist, daß das Haus fortgesetzt überfüllt ist. Vermöge ihrer Verbindung mit Kreisen des Gewerbes und vor allem vermöge ihres Vertrauens gelang es ihr dann, solchen Mädchen wieder Unterhalt und Erwerb zu verschaffen, um ihnen dadurch einen Rückzug in das bürgerliche Leben zu ermöglichen. Auch dem Braunschweiger Heim überweist Frau Sch. Mädchen. Anerkennung ist ihr auch geworden durch die Wahl in den Ausschuss dieses Heims. Der Zeuge äußert sich weiter lobend über die durch Frau Sch. erfolgte Unterbringung von Insassen der Weiberstrafanstalt. In den Sitzungen der richterlichen Konferenzen in Mainz wurde immer anerkannt das große Mitgefühl und die Liebe, die Frau Sch. in ihrer Fürsorgetätigkeit entfaltet. Sie sah ihre Hauptaufgabe darin, Mädchen, die auf eine abschüssige Bahn geraten waren, vor vollkommener Verfall zu warnen und zu schützen. Ihre gesamte Tätigkeit ist eine durchaus günstige für Mainz. Gegenüber der Behauptung des Angeklagten, daß es infolge seiner Zeitungslampagne jetzt besser geworden sei, erwiderte der Zeuge auf Befragen, daß Frau Schapiro noch so tätig sei wie vorher. Wenn ihre sittenpolizeiliche Tätigkeit jetzt mehr zurücktritt, so ist das nicht die Folge der Hirschschen Artikel, sondern des in den Dingen liegenden Umstandes, daß sich ihre Fürsorgetätigkeit immer mehr ausgedehnt hat. Das Anzeigematerial wegen Kluppelei ist ein erheblich mindermwertiges, wenn auch in vielen Fällen Verurteilung erfolgte. Die Polizei muß aber diese Anzeigen an die Staatsanwaltschaft weitergeben. Niemals habe er die Erfahrung gemacht, daß solche Anzeigen gewissermaßen künstlich von Frau Dr. Schapiro auf die Beine gebracht wurden; ich halte das auch persönlich bei Frau Sch. für ausgeschlossen.

Zeuge Amtsgerichtsrat Dr. Koss-Rainz ist Vormundschaftsrichter. Er spricht sich lobend über die Methode der Frau Schapiro aus. Er hat niemals Übergriffe der Assistentin feststellen können.

Zeuge Justizrat Horsch beruft sich für Dinge, die ihm Weigeordneter Berndt anvertraut hat, auf seine Pflicht der Amtsverschwiegenheit. Er habe zwar kein anwaltliches Mandat von Berndt, aber doch Zweifel, inwieweit ihm B. Dinge persönlicher Natur mitgeteilt hat, weil B. glauben konnte, daß der Zeuge als Anwalt das Amtsgeheimnis obwalten lassen würde. Der Zeuge ist im Stadtvorordnetenkollegium seinerzeit auf das lebhafteste gegen die Annahme der Polizeiaffistentin aufgetreten. Dadurch, daß er dem Angeklagten den ersten Angriffartikel diktierte, hatte er vermeiden wollen, daß sich eine einseitige Stimmung zugunsten der Assistentin bilde. Als dann die Erwiderung der Bürgermeisterei kam, habe er jede Beteiligung an einer Prehpoemil abgelehnt, auch Hirsch etwa weiteres Material zur Verfügung zu stellen. Wegen seines eigenen Materials habe er sich überzeugen müssen, daß ein großer Teil seiner Gewährsleute sich nicht als zuverlässig mit ihren Mitteilungen erwiesen habe. Nur in den Fällen Berner und Jost habe er den Eindruck gewonnen, als ob Frau Sch. hier ihre Person so sehr in den Vordergrund geschoben und nicht zweckmäßig vorgegangen sei. Auf die Frage, ob der Angeklagte die **Nedemendung Berndts von den „Jagdbründen“** auf sich beziehen konnte, erwiderte der Zeuge, daß er zuerst geglaubt hatte, auf ihn selbst seien sie gemünzt; von Stadtvorordnetenkollegen habe er dann gehört, daß Berndt den Hirsch gemeint habe. Von wem, wisse er nicht mehr. Von einer lobenden Äußerung des früheren Oberstaatsanwalts Dr. Buff über die journalistischen Qualitäten des Angeklagten weiß Zeuge nichts. Der Angeklagte behauptet, der Zeuge selbst habe ihm diese Bemerkung Buffs mitgeteilt. Dr. Buff habe sich sehr zurückhaltend über Frau Sch. geäußert, und zwar in nicht günstigem Sinne; so in bezug auf Hausdurchsuchungen. — Justizrat Gause: Es ist doch festgestellt, daß Frau Sch. keine einzige Hausdurchsuchung vorgenommen hat. — Der Zeuge Horsch antwortet weiter auf Befragen, daß ihm Hirsch den (beleidigenden) Artikel „Der Berndt“ vorgelegt, und daß er ihm geraten habe, den Artikel nicht zu publizieren. Er halte die Verbindung der kriminellen Tätigkeit

mit der Fürsorge bei der Assistentin für verhängnisvoll. Darum werde er sich auch einer definitiven Anstellung der Frau Dr. Sch. im Stadtrat widersetzen. Zu seiner größten Ueberraschung habe er gehört, daß die erste Erwiderung von der Bürgermeisterei nicht von Berndt, sondern vom Oberbürgermeister ausging. Nach seiner festen Ueberzeugung hatte aber auch anfänglich Hirsch keinerlei Antipathie weder gegen Berndt, noch gegen Frau Schapiro. Hirsch habe auch nicht die Absicht gehabt, eine Zeitungspolemik zu entfachen. Zur Beurteilung des der Bürgermeisterei unterbreiteten Materials gegen Frau Dr. Schapiro habe er den Weigeordneten Berndt nicht für geeignet gehalten; wenn er auch nicht damit sagen wollte, daß Berndt voreingenommen war. Er war geradezu sprachlos, als Berndt die Bemerkung machte, die Vorwürfe würden in nichts zerfallen, da doch die Tätigkeit der Frau Sch. noch nicht so alt war, daß man ein solches Urteil schon haben konnte. Zeuge hat den Eindruck, daß sich seit den Prozessen Frau Dr. Sch. weniger mit ihrer Tätigkeit bemerkbar macht.

Zeugin Frau Dr. Raegeli hat als Vorsitzende des Frauenvereins nur die besten Erfahrungen mit Frau Schapiro gemacht, die eine außerordentlich tüchtige Person sei, sich ihrer Pflichten in nur wohlwollender Weise annehme. Frau Dr. Sch. trete lakonisch und diskret auf; sie sei eher zu wenig streng, als zu streng. Die Zeugin ist zuerst Gegnerin der Institution einer Polizeiaffistentin gewesen, hat sich aber bald überzeugt, daß es einen Fortschritt bedeutet. Sie habe niemals erfahren, daß Frau Sch. zu rigoros vorgegangen sei. Die Assistentin hat auch nach dem Zeitungskriege wie früher gearbeitet. Festgestellt wird hierbei, daß sich die Urteil nur auf die Tätigkeit von Frau Sch. als Fürsorgedame bezieht. Die polizeiliche Seite kennt die Zeugin nur indirekt.

Zeuge Stadtverordneter Obmann hat seinerzeit nach Erscheinen von Hirschs Artikel in der Stadtvorordnetenversammlung mit dem Stadtvorordneten Adelung interpelliert. Niemand habe nach dieser Sitzung noch geglaubt, daß etwas an der Sache sei. Auf Befragen erwidert der Zeuge, Berndt habe mit der Redewendung von den gestörten Jagdbründen nicht Hirsch gemeint. Man hat damals dabei an die jungen Leute gedacht, von denen die Vorbeliefschwerden usw. ausgingen. Berndt wollte nur Schäden ausmerzen, nicht aber Moral predigen. Der Zeuge bestätigt ferner die Frage, daß hinsichtlich des Animmierneipenschlusses Berndt für eine milde Fassung eingetreten sei, obwohl ein schärferer Beschluß des Ausschusses vorlag. Auch in der Ausübung der Sittenpolizei habe Berndt stets geraten, nur die geübten Fälle zu verfolgen. Der Vorwurf Hirschs, des Zeugen Interpellation sei „bestellte Arbeit“, sei „Komödie“ gewesen, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Stuttgart, 18 Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Diskussion über die Vorstandsberichte wird heute weitergeführt. Die Ausführungen der meisten Redner bewegen sich im Rahmen der gegebenen Berichte. Namentlich Erregung verursachen die Ausführungen des Redakteurs Krähig; er führte zunächst aus, daß beim Kampf in Forst der Vorstand durchaus richtig handelte; denn abgesehen davon, daß die Konjunkturbedingungen schlecht waren, war auch durchaus kein Objekt zur Aufnahme eines solch großen Kampfes vorhanden. Redner äußert sich dann zu Redaktionsangelegenheiten. Das Fachblatt müsse vor allem eine Stätte der freien Meinungsäußerung über alle den Verband betreffenden Fragen sein, frei sowohl den Mitgliedern wie dem Vorstand gegenüber. Die Redaktion sei aber auf dem besten Wege, vollständig unter die Diktatur des Vorstandes zu kommen. — Die dann folgenden Ausführungen, die Krähig zum Belege dieser Behauptung machte, rufen unter den Delegierten ziemliche Erregung hervor. Die Redaktion müsse die Freiheit haben, in Fragen der Taktik nicht nur die Meinung des Vorstandes, sondern auch ihre eigene zu vertreten. Ebenfalls sei das vom Vorstand getätigte Bestreben zu bekämpfen, den Verbandsangestellten die Ausübung parlamentarischer Mandate zu beschränken. Weiter sei es unzulässig, die Redaktion in der notwendigen Besprechung politischer Tagesfragen, und zwar in sozialdemokratischem Sinne, irgendwie zu beschränken. Redner sei nicht für eine Politik in Fitzschühen, sondern lieber für eine in Rogelschühen. — Hübsch, der sich gegen Krähig wandte, bestritt, daß im Vorstand die Absicht herrsche, die freie Meinungsäußerung der Redaktion zu beschränken. Aber es dürfe auch nicht der Zustand eintreten, daß der Vorstand unter die Diktatur der Redaktion komme.

Der Vorstand unterliegt in Fragen der Taktik bestimmten Gesetzen, denen er nicht entgehen kann, und die Verantwortung des Vorstandes steigt mit der Größe des Verbandes. Zur rein sozialistischen Behandlung politischer Fragen sei vor allem die Parteipresse da, und man verfehle ja nicht, die Mitglieder bei jeder passenden Gelegenheit auf das Abonnement der Parteipresse aufmerksam zu machen. Der „Textilarbeiter“ sei das Organ des Verbandes, es hat also den gewerkschaftlichen Charakter in den Vorder-

grund zu legen. Komme es soweit, daß die Redaktion eine ganz besondere Stellung einnehme, dann könnte das zum größten Unglück für den Verband ausschlagen. Es gehe also nicht anders, als daß Redaktion und Vorstand möglichst versuchen müssen, in Fragen der Taktik und Besprechungen des Verbandes im Einverständnis zu handeln; dies sei bisher auch meistens geschehen.

Es wurde dann innerhalb der Diskussion über den Antrag auf Schaffung eines Aktionsausschusses entschieden, indem die Generalversammlung beschloß, den Antrag zurückzustellen, ihn aber bis zur nächsten Generalversammlung eifrig zu diskutieren, damit diese sich dann weiter damit befaße.

Dann wurde die Diskussion weitergeführt, es sprachen noch die Gauleiter Dressel und Fritsche, ferner Thoma, Eisen-Bierlein, Adermann, Gera, Wenzel, Rowanow und Unger-Berlin. Der Nachmittag wird einem gemeinsamen Ausflug gewidmet.

Der Schluß der Sitzung gab Köffel-Berlin im Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder eine Erklärung ab, worin sie sich scharf gegen die Ausführungen Krähigs wandten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Stundensprache 69**, von vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anwalt ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnemententgelt beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Kluge Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Ausländer 33. Das B wird in Bälten und Teltow nicht ausgeprochen. — **P. 2. 179.** 1. Gewicht und Art des Stoffes ist maßgebend. 2. Das Verfahren Sie bei der Jollabfertigung, am Badhof. — **P. M. 1001.** Ernst-Böhme-Stiftung. Meldungen Donnerstags von 2-4 Uhr Friedrichstraße 129 bei Fräulein Journer. — **Emserkr. B. 2. 22.** Das erreichen Sie durch eine Annonce. — **N. 2. 32.** Altersheim in Spremberg, jährlich 300 M. Meldungen bei Stadtrat Schur, Spremberg, Gartenstraße. — **Bredmeist. 23.** Sie müssen den Ursachen auf den Grund gehen und diese beseitigen. — **G. P.** Abgebrannt im Jahre 1882. — **Alter Parteigenosse.** Die Hirschen richten sich nach der Art der Einlage, ob Tagesgeld oder Sparkonto. Fragen Sie bei einer der Kassen an. — **A. Adler 12.** 1. Bund für Rutterhaus, Berlin-Wilmersdorf, Rosbacherstraße 8. 2. Das Mädchen war leider nicht versicherungspflichtig. — **H. 6. 6.** Das Handbuch für sozialdemokratische Arbeiter, erhältlich in der Buchhandlung Vorwärts oder bei Ihrem Expediteur und einzulösen in der öffentlichen Bibliothek, Malbierstr. 44, wird Ihnen die besten Dienste leisten.

— **M. 6. 112.** Wenden Sie sich an die Generalkommission der Gewerkschaften, Engelstr. 15. — **M. 29. 000.** 1. und 2. Ja. — **M. 6. 33.** Wenden Sie sich mit der Bitte um Vermittlung an den Rektor der Schule Ihres Sohnes. — **G. Weis.** Uns nicht bekannt. — **M. Lomatsch.** Wenden Sie sich an die Leitung des Holzarbeiterverbandes. — **W. Brühl.** 1. 1864 deutsches Pfund gleich dem heutigen 500 Gramm. 2. Quart gleich 1,145 Liter. — **P. 2. 88.** Blatt 11 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek gibt darüber Auskunft. — **St. 2. 26.** Wenden Sie sich an den Verein für Sprachpflege, Hugo Tsch, Volkstr. 13. — **M. 9. 400.** Direktor Dr. Knorr, Berlin, Burgstr. 25. Sprechzeit von 12 1/2 bis 2 Uhr. — **G. 2. 1912.** Ungenossen bringe man die Sachen überhaupt nicht auf den Körper. — **S. 7. 97.** Die Adressen der Bantgeschäfte finden Sie im 2. Teil des Adreßbuchs. — **S. 2.** Georgenstr. 34/35, Sonntags von 12 bis 4 Uhr. — **M. 110.** Sprachlehrer finden Sie im Adreßbuch 2. Teil verzeichnet. — **N. 7. 10000.** Rein.

Witterungsübersicht vom 19. Juni 1912.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. 4°/10°	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. 4°/10°
Swinemünde	763 S		2	Regen	13	Caparanda	756 RD		2	Wolkent	12
Damberg	762 S		3	bedekt	15	Petersburg	755 S		3	bedekt	11
Berlin	763 S		1	bedekt	10	Seilh	759 S		7	bedekt	13
Kranfa.M.	765 S		2	heiter	18	Aberdeen	757 S			bedekt	14
München	767 S		1	wolkent	20	Paris	763 S		2	wolkent	27
Wien	765 S		2	bedekt	20						

Wetterprognose für Donnerstag, den 20. Juni 1912.
Wärmer, zunächst vielfach heiter bei mäßigen süblichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung, etwas Regen mit Gemitterneigung.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 6.	am 17. 6.	Wasserstand	am 18. 6.	am 17. 6.
Remel, Müst	127	om	Saale, Großh	68	om
Bregel, Ankerburg	-43	-16	Oabel, Spandau	32	-5
Wischel, Thorn	116	+16	Kalbenow	-6	-11
Oder, Ratibor	172	-14	Spre, Spremberg	120	-20
Krossen	172	+1	Beslow	81	-3
Frankfurt	185	+18	Weser, Minden	131	+7
W. r. d. Schimm	64	+12	Winden	234	-12
Landberg	21	-5	Rhein, Wargmiltanbau	594	-34
Rehe, Borsdamm	39	+6	Kaub	344	+34
Elbe, Zeitmeyer	18	+16	Kain	305	+41
Dresden	-117	-6	Redar, Dellbronn	63	-17
Bergh	131	+9	Wain, Danau	120	-2
Ragdeburg	106	+5	Wojel, Irtter	40	-4

) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel.

Billige Pelerinen-Tage

Schluß der Geltung der Ausnahme-Preise: Freitag, den 21. cr.

Loden-Pelerinen

grauer oder grünlicher Strichloden. „Imprägniert“. Vorzüglich im Tragen. Mit abknöpfbarer Kapuze, Tragbändern, Ärmldurchgriffen und Taschen.

Für Herren und Damen

Längen 120 u. 125 cm

Qual. I **12.90** Qual. II **7.30**

Für Knaben und Mädchen

Längen 70, 80, 90 cm Längen 100 u. 110 cm

7.30 u. 4.35 9.80 u. 5.85

Gummi-Mäntel für Herren und Damen
echt englisch — Neueste hochgeschlossene Form — Moderne Farben M. **11.90**

Bozener Loden-Mäntel
grauer od grünlich-Strichloden. „Imprägniert“
Unentbehrlich für Touristen und Reisende M. **16.75**



BaerSohn

Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke,
der größten ihrer Art in Deutschland, wird unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gestattet.

Loden-Hüte 1.90 u. 3.40
Sporthemden, Rucksäcke
Sommer-Gürtel . . . 95 Pf.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987

Sonnabend, den 22. Juni 1912, abends 7 Uhr:

Versammlung der Bauaufsteller

im Lokal von R. Freisch, Steglitz, Schützenstr. 40.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Heute Donnerstag, den 20. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der „Alhambra“, Wallner-Theater-Straße 15:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Staatshilfe und Selbsthilfe.“ Ref.: Genosse Dr. Rudolf Breitscheid.
 2. Bekanntmachungen.
- An alle im Berliner Lohngelände beschäftigten Verbandsmitglieder richten wir hiermit das Ersuchen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

254/11* Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Der Metallarbeiter.

Best. Nachschlagel. 1. Dichter u. Schloß. Best. Lehrbuch f. Fortbildungsschüler. Mit ca. 70 Beisp. und Übungen. Enthält sämtl. Beweiseberechnung, Konstruktion v. Schneidengerät., Strich- und Regelmaß, Berechn. v. Kern- u. Nuten durchschm., Tourenzahlen, Formeln zur Drehen usw. Zu bez. gegen Einsend. v. 1,- oder Nachr. v. M. 1,20 vom Verlag Edmund Herrmann, Berlin O. 17. 204/17

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 19. Juni 1912.

Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Bohème.

Kgl. Schauspielhaus. Die Journalisten.

Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. In den Dolomiten.

Römische Oper. Helligenswald.

Königgräzer Straße. Die fünf Frankfurter.

Auriferoper. Der Tanzantwast.

Venus. Der liebe Augustin.

Residenz. Alles für die Firma.

Berliner. Große Rosinen.

Schiller O. Hohe Politik.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Schiller O. Charlotteburg.

Theater des Westens

Abends 8 Uhr:

Die schöne Helena.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

8 Uhr:

Alles für die Firma.

Schwank in 3 Akten von H. Hennequin

und G. Mitchell.

Morgen u. folgende Tage: Alles

für die Firma.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Anfang 8 Uhr.

Bilanzen des Lebens.

Auf der Gartenbühne:

Juhu! Es ist erreicht.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr

Das Tagesgespräch Berlins!!!

10 große Attraktionen.

Raffayettes Wunderhunde.

Paul Beckers.

u. s. w.

Union-Theater

Alexanderplatz

Unt. den Linden

Moritzplatz

Hasenheide

Wedding

Reinickendorfer Str. 14.

Nur noch 2 Tage!

Die vier

Teufel.

II. Teil.

Außerdem:

das übrige Programm

Freie Volksbühne

Morgen Freitag, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Gewerkschaftshaus:

General-Versammlung.

Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung

der Mitgliedskarte gestattet.

Tagesordnung:

Jahres-, Geschäfts- und Kassenbericht für das vierte

Quartal, Geschäftsjahr 1911-1912. Bericht der Revisoren

und Diskussion. Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses,

der Revisoren und Obleute, der Ordner.

Zahlstellenveränderungen: Zahlstelle 7 ist aufgehoben.

Die Mitglieder dieser Zahl-

stelle erhalten ihre neuen Karten bei H. Brückner,

Gartenstr. 71. - Neue Zahlstelle (Nr. 7)

im Zigarrogengeschäft van der Beeck, Müllerstr. 60.

- Nr. 39, Tempelhof, jetzt im Zigarrogengeschäft bei

Th. Richter, Borussiastr. 8.

Die Mitgliedskarten müssen zum Umtausch

gegen die neuen Karten spätestens am Tage nach der

Generalversammlung in der alten Zahlstelle

abgegeben werden. Ein Anrecht auf die bisher inne-

gehabte Abteilung besteht nur, wenn die neuen Karten

bis Anfang August umgetauscht und der erste

Beitrag für das neue Spieljahr entrichtet

worden ist. 243/3

Etwaige Umschreibungen in eine andere Zahlstelle

müssen im Juni, Juli vorgenommen werden.

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Sonnabend, den 22. Juni, in der Brauerei Friedrichshain,

am Königstor:

Sommerfest

veranstaltet von der

Ordnerschaft der Neuen Freien Volksbühne.

Konzert. Apollo-Sänger. Erstklassige Spezialitäten.

Kinematograph. X Bücherverlosung. X Belustigungen aller Art.

Beginn des Konzerts nachmittags 4 Uhr.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet.

Sommernachts-Ball.

Billetts à 30 Pfg. sind in allen Zahlstellen und bei den

Ordnern zu haben. 150/2

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:

Großes Militär-

Doppelkonzert.

Eintritt 1 M.

von abends 6 Uhr ab

50 Pfg.; Kinder unter

10 Jahren die Hälfte.

Jahres-Abonnement an allen drei

Schalterkassen.

LUNA PARK

30 Welt-

Attraktionen 30

Kongo, Zwergstadt, Die alte Mühle,

Johnstowns Untergang usw. usw.

Entree 50 Pfg.

Kinder u. Zwergst. b. 6 U. frei.

Metropol-Theater.

Schwindelmeier & Comp.

Phantastisch musikalische Komödie in

3 Akten aus dem Englischen völlig

frei bearbeitet von J. Freund. Musik

von H. Nelson. U. a. Länge u. D. Bishop.

In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

Anfang 8 Uhr: Reueen gestattet.

Königstadt-Kasino.

Große Holzmarkt- u. Alexanderstr.

Täglich: Theater und Varieté.

Anfang wochentags 8, Sonntag

5 Uhr. Vom 16. Juni bis 1. Juli:

Erklass. Spezialitäten u. „Rosen

a. d. Süden“, gr. Operettenbutteste

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstr. 58.

Heute sowie täglich:

Die Tochter der Hexe

Gr. rom. Ausstattungsglück m. Tanz

und Befang in 5 Akten.

Neue Beleuchtungsgeräte usw. usw.

u. d. große Spezialitäten-Programm.

Koffenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

HAGENBECKS

INDIEN

Tempelhofer Feld

Täglich geöffnet von 11 Uhr

vormittags bis 11 Uhr abends.

Haupt-Vorstellungen: 11 $\frac{1}{2}$ Vm.,

Nm. 3, 4 $\frac{1}{2}$, 6, 7 $\frac{1}{2}$ u. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ab 3 Doppelkonzert unt. pers.

Uhr: Leitung des

Kgl. Obermusikmeisters a. D.

Gustav Offeney.

Fußgänger-Promenade 50 Pfg.

Reserv. Sitzplätze: Loge 2,-

I. Trib. 1,50, II. 1,-, Kinder u.

Militär die Hälfte.

Unbeschränkter Aufenthalt.

neue Welt

Amerikanischer

Vergnügungspark.

Heute: Pracht-Elite-Tag.

Doppelkonzert, ausgef. von 75 Musikern. Gast-

spiel S. K. Hobeit des Großherzogs v. Mecklenburg-

Strelitz Hoboisten-Korps vom Mecklenburgischen

Grenadier-Rgt. Nr. 89. - Neues Spezialitäten-Programm.

Gr. Gala-Parade-Löwen- u. Fronten-Feuerwerk. Entr. 50 Pfg.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.

Täglich: Anfang 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

O, die Berliner!

Kassiert-Polse von Freund.

Musik von Gindloff.

Erstklassige Spezialitäten.

Konzert. X BALL.

IKLA

Intern. Kongress Lebender

Abnormitäten.

Die größte

Ausstellung

lebender Naturwunder

von 10 bis 10 Uhr

in den Gesamträumen des

Passage-Panoptikums.

Eintritt, alles inkl. 50 Pfg.

Kinder, Sold. 25 Pfg. 50 Pf.

Paul Obiglos Festsäle

Schwedter Straße 23/24.

Am herrlichen schattigen Naturgarten:

Jeden Donnerstag:

Paul Manthey-Sänger.

Jeden Sonnabend:

Wilbergs „Fidele Sänger“.

Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Entree 20 Pf.

Vorzugskarten haben Gälligkeit.

Der große und kleine Saal ist noch

einige Sonnabende im Herbst, wie

Deutsches Fabrikat

SCHOKOLADE

STOLLWERCK

GOLD

SILBER

Drei Preislagen

Drei Grössen

KUPFER

Alle drei Marken, gleich rein und nährkräftig, unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Durch Qualität zum Erfolg!

KAKAO

Jedes Wort 10 Pfennig.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppische! (lederbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes...

Herrenkleider elegant, Herrenanzüge und Kavaliersanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare, Kaufe Frauenhaare...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer, Zimmer...

Partei - Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Konfordia-Sälen, Andreasstraße, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Ausführungsbestimmungen des Wahlregulativs und Anträge; Beratung und Beschlussfassung über Anstellung eines dritten Angestellten und Anträge; Vereinsangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand. Charlottenburg. Am Sonnabend, den 23. Juni, veranstaltet der Wahlverein in allen Räumen des „Volkshauses“ ein Sommerfest. Eintritt 25 Pf. Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. Billetts an der Kasse. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Viertelversammlungen: I. Viertel in den Prachtgärten des Ostens, Frankfurter Allee 151; II. Viertel bei Arnhold, Frankfurter Chaussee 5; III. Viertel Freitag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Scheuer, Frankfurter Chaussee 128. Reges Beteiligung erwartet. Die Bezirksleitung.

Trebbin. Am Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (B. Fromm): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Die Errichtung einer Fleischgroßhalle.

Im Stadthaus fand gestern in der Angelegenheit betreffend den Bau einer Fleischgroßhalle auf dem Gelände des städtischen Vieh- und Schlachthofes auf Einladung der städtischen Markthallendeputation eine Konferenz statt, an welcher ein Ausschuss der Markthallendeputation, der Vieh- und Schlachthofdeputation, Vertreter der städtischen Hochbauverwaltung und außerdem 10 Vertreter von Vereinen der Engroschlächter Berlins teilnahmen. Die grundlegende Frage, ob die Engrosverkaufsstelle nach dem Gelände des Vieh- und Schlachthofes gelegt werden soll, wurde eingehend erörtert. Die anwesenden Vertreter des Schlächtergewerbes sprachen sich einstimmig dafür aus. Die Vereinigung der Engrosverkaufsstelle mit dem Schlachthof wurde hauptsächlich deshalb gewünscht, weil, abgesehen von der günstigen Lage des Schlachthofes an der Bahn, jetzt das Fleisch zunächst nach der Zentralmarkthalle befördert und dann wieder, soweit es nicht verkauft ist, nach dem Schlachthof zurückgebracht werden muß; durch den mehrfachen Transport leidet naturgemäß die Qualität des Fleisches, außerdem erwachsen durch den Transport Kosten. Wird die Verkaufshalle auf dem Schlachthof angelegt, so ist es möglich, daß das Fleisch aus dem Schlachtraum durch geeignete Vorrichtungen direkt in die Kühlhallen, in denen es bis zum Verkauf verbleibt, und von hier aus unmittelbar nach den Verkaufsstellen gelangt. Durch die ununterbrochene Lagerung in den Kühlräumen gewinnt das Fleisch an Qualität und es fallen die jetzt entfallenden Transportkosten weg. Es wurde bei der Besprechung hervorgehoben, daß, falls die Verlegung der Engrosfleischhalle nach dem Schlachthof stattfinden würde, zum Transport der Fleischmengen von dem Schlachthof nach der Zentralmarkthalle erforderliche Fuhrpark um 25 Proz. niedriger sein würde. Die Konferenz hat beschlossen, dem Magistrat das Projekt zur Annahme zu empfehlen und die städtische Hochbauverwaltung mit der Ausführung desselben zu beauftragen.

Der Sportplatz am Bahnhof Schmargendorf vom Ausschuss abgelehnt. Der Stadterwerbsausschuss über die Magistratsvorlage, die Vermietung einer rund 40 000 Quadratmeter großen Teilfläche des Gasanstaltsgrundstücks am Bahnhof Schmargendorf für Sportzwecke betreffend, hat seine Beratungen zu Ende geführt. Der Unternehmer beabsichtigt, dort eine Halle für eine Million Mark zu errichten, die allen Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit zur Ausübung von Körper- und Geistkräftigen Sport bieten soll, und zwar zu jeder Jahreszeit. Mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten, zu denen noch Mieten, Steuern, Gehälter usw. kommen, will der Unternehmer nur ein längeres Pachtverhältnis eingehen. Die Beratungen drehten sich um diesen Punkt und um die fast ungläubliche Forderung der Gemeinde Schmargendorf, die nicht weniger als 130 000 M. verlangte als Beitrag zu den Kosten der Hohenzollernerbrücke und des dortigen Bahnhofes. An Kautions sollten 100 000 M. und die erste Mietzinsrate mit 10 000 M. hinterlegt werden. Der Ausschuss lehnte die Vorlage wegen der nicht genügenden Garantien ab.

Der neue Betriebsbahnhof der Hochbahngesellschaft nähert sich seiner Vollendung. Hier mündet die Erweiterungslinie nach Bestend ein, nachdem sie die Uebster Bahn unterfahren hat. Vor der Einmündung in den Betriebsbahnhof soll später der Bahnhof Rembahn angelegt werden. Der Betriebsbahnhof hat eine Ausdehnung von rund 5000 Quadratmeter; in Verbindung mit ihm ist die neue Werkstätte angelegt, die in drei Schuppen zerfällt. Hier sollen alle Wagen untersucht, repariert, auch neue Wagen montiert werden. Die neue Werkstätte ist somit als Hauptwerkstätte anzusehen, während die bisherigen als einfache Betriebswerkstätten bestehen bleiben. Die Bauwerke mühten ziemlich tief fundiert werden, weil der an dieser Stelle sehr weiche Boden des Brunnwalds zur Herstellung einer ebenen Fläche stark aufzubohren war. Von besonderem Interesse ist die Anlage des Wagenuntersuchungsschuppens. Die Gleise ruhen hier auf einzelnen Pfeilern, so daß man sich unter den Wagen frei bewegen kann. Der Bahnhof hat u. a. noch ein großes Dienstgebäude erhalten, das in dem unteren Geschoss weite Ausleide- und Walsräume und im oberen einen großen Schaal mit Küche enthält. Darüber liegen Wohnungen für Beamte. Die Wasserversorgung erfolgt aus eigenen Anlagen. Zwischen den geräumigen Arbeiterwohngebäuden liegen drei Wagenhallen, in denen insgesamt 287 Wagen gleichzeitig untergebracht werden können. Der ganze Gebäudekomplex erhält durch gärtnerische Schmuckanlagen ein freundliches Aussehen.

Eine psychiatrisch-psychologische Vertrauenskommission hat der Reichsverband der deutschen Presse, der dieser Tage in München tagte, eingeleitet. Die beschlossene Vertrauenskommission soll durch ihre Zusammenfügung die Gewähr bieten für eine objektive Prüfung aller derartigen Fälle von Aufnahme und Befandlung in Irrenanstalten, welche zu öffentlicher Kritik Anlaß geben. Wenn sich dabei der Reichsverband ausbehalten hat, daß in keiner Weise eine Beeinträchtigung oder Verdrängung der Arbeit der Presse beabsichtigt werden dürfe, so ist das eigentlich selbstverständlich. Die erwähnte Kommission wird aber noch lange nicht dadurch gebildet, daß in der Vertrauenskommission nunmehr drei Psychiater und zwei Redakteure größerer Blätter sitzen. Daß die in die Kommission beorderten beiden Redakteure besondere Erfahrung in Irrenrechtsfragen haben, davon ist nichts bekannt.

Ueberdies ist eine „Prüfung“ durch die Pressekommission nahezu illusorisch, da die meisten der in neuerer Zeit zu berichtenden Vergewaltigungsfälle gewöhnlich schon die juristischen Schranken passiert haben. Demnach hat die Vertrauenskommission so gut wie gar keinen praktischen Wert. Solche Sensationsfälle wie die Prozesse Meeremann, Schönebeck, Wetterich und ähnliche, die das Stedensped der bürgerlichen Presse bilden, haben für die Irrenrechtsreformbewegung wenig oder gar kein Interesse. An gerichtlich festgestellten Vergewaltigungsfällen ist aber bisher die Psychiatrie mit dem durchsichtigen „vornehmen Schweigen“ vorbeigehuscht.

Ein originelles Strafmandat

wurde und gestern vorgelegt. Danach soll eine Frau B. 6 Mark Strafe zahlen, weil sie „übermäßig laut“ Hilfe! Schreyman!“ gerufen haben soll. Frau B. fühlte sich bedroht und da sie in der Nähe einen Schreyman nicht sah, rief sie Hilfe! Schreyman! Auf ihren Ruf kamen dann sogar zwei Schreyleute und stellten die Auferin selber fest. Nach dem Strafmandat sollen die Rufe „übermäßig laut“ erfolgt sein. Die Frau glaubte etwas laut rufen zu müssen, da sie annahm, wenn sie leise rufe, würde ihr Ruf nicht gehört werden. Interessant dürfte sein, was unter „übermäßig laut“ zu verstehen ist. Das wird natürlich vom rein subjektiven Empfinden abhängig sein. Im vorliegenden Falle sind die beiden Schreyleute als Zeugen benannt, daß das Rufen „übermäßig laut“ gewesen sei. Wenn die Frau B. gegen das Strafmandat Berufung einlegt, wird das Gericht zu prüfen haben, was unter dem Ausdruck „übermäßig laut“ zu verstehen ist, insbesondere was Schreyleute darunter verstehen. Vor Gericht müßte dann der Ruf wiederholt werden, damit auch die Richter entscheiden können, wer „übermäßig laut“ bedeutet. Wo die Grenze zwischen „laut“ und „übermäßig laut“ liegt, dürfte nur möglich sein, festzustellen, wenn die verschiedenartigen Rufe durch eine Sprechmaschine aufgenommen würden. Für das Gericht dürfte die Aufgabe nicht leicht sein.

Die neue Brücke in Moabit, die im Zuge der Pulkis- und Hörsingstraße des Spandauer Schiffahrtskanals und den Bahnhöfen des Nordrings überbrückt, ist jetzt fertiggestellt und soll am Sonnabend, den 29. Juni, dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Der Magistrat hat zu dem Eröffnungsakte Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, des Polizeipräsidenten, und der kgl. Eisenbahndirektion eingeladen. Die neue Brücke, die zwei dicht bevölkerte Stadtteile verbindet, und in unmittelbarer Nähe des Ringbahnstoffs „Pulkisstraße“ liegt, entspricht einem dringenden Verkehrsbedürfnis.

Neue Straßenbahnstationen bauen gegenwärtig die Große Berliner Straßenbahn und die Westliche Berliner Vorortbahn. Der größte von diesen, für 500 Wagen bestimmt, ist der in Lichtenberg, Siegfriedstraße. Er wird voraussichtlich im Sommer 1913 fertiggestellt sein. In Weichensee wird ein Bahnhof für 200 Wagen, in Groch-Lichterfelde-Steglich ein solcher für 250 Wagen errichtet, von denen der eine im Herbst 1912, der andere im Sommer 1913 fertig wird. In Zehlendorf hat die Westliche Berliner Vorortbahn ein Terrain von 16 Morgen erworben, um darauf später bei eventuell eintretendem Bedarf einen Bahnhof zu errichten. Die neuen Bahnhofsbauten tragen der bevorstehenden bedeutenden Ausdehnung des Reges Rechnung, das um eine Gleislänge von insgesamt 50 Kilometer vergrößert wird.

Ein Schlaglicht auf die Arbeiterverhältnisse auf dem Gräflich Wartenbergischen Gute in Blankensfelde wirft die Zuschrift eines in der dortigen Gegend praktizierenden Arztes an das „Berliner Tageblatt“ aus Anlaß von Choleraverdächtigen Erkrankungsfällen in Blankensfelde, von denen dieser Tage berichtet wurde. Der Arzt schreibt: „Es handelt sich um die Familie des Arbeiters Buthe auf dem gräflich Wartenbergischen Gute. Die Krankheit ist weder Cholera noch kann es sich um einen Typhusfall handeln, wie er vor Reihe von Jahren die kleine Tochter des Großherzogs von Hessen befallen hat. Es ist nichts anderes, als ein etwas heftig auftretender Verdurchfall wie er gegenwärtig in heftiger Gegend mehrfach vorkommt, ohne die öffentliche Meinung so sehr wie die Blankensfelder Fälle zu erregen, allerdings auch ohne so beunruhigende Todesfälle herbeizurufen. Der schwere Verlauf der Krankheit scheint allein in den überaus ärmlichen Verhältnissen der Familie seine Ursache zu haben. Der Wohnraum der siebenköpfigen Familie war dunkel und ungesund, die Kinder waren durch mangelhafte Ernährung wenig widerstandsfähig und da die Familie wegen des geringen Verdienstes des Mannes sich nicht entschließen konnte, sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist der tragische Verlauf nicht im mindesten verwunderlich.“

Diese Zuschrift läßt die Lage der Arbeiterfamilien auf dem gräflich Wartenbergischen Gute in krasser Beleuchtung erscheinen.

Von der Fürsorge für schwachbefähigte Kinder

Hatten wir vor einiger Zeit eine eigenartige Probe mitgeteilt. In der 215. Mädchen-Gemeinschaft (Dunderstraße) wurde am Schluß des Vierteljahres einem Mädchen, das im März das 14. Lebensjahr vollendet hatte und konfirmiert worden war, die Entlassung aus der Schule verweigert. Die Schülerin hatte in vollem acht Schuljahre so geringe Fortschritte gemacht, daß sie als vierzehnjährige noch nicht über die fünfte Klasse hinausgekommen war. Infolgedessen mußte sie in diesem Sommerhalbjahre weiter in der für 9- bis 10-jährige Kinder bestimmten Klasse die Wand drücken, um zu versuchen, ob sie nicht doch noch einiges dazu lernen könnte. Nach den Vorschriften über den Zeitpunkt der Schulentlassung solcher zurückgebliebenen Kinder war es formell richtig, daß diesem Kinde die Entlassung verweigert wurde. Prinzipiell kann man sich auch nur damit einverstanden erklären, daß vierzehnjährige Kinder mit gar zu geringer Schulbildung genötigt werden, einweilen noch weiter die Schule zu besuchen. In dem von uns geschilderten Fall handelte es sich aber um ein sehr gering befähigtes Kind, bei dem die Anwendung dieser Vorschrift wenig Erfolg versprach und die Wohltat zur Plage geworden wäre. Daß man das willige, aber schwache Kind nicht beizetten in eine Nebenklasse getan hätte, erschien uns so verwunderlicher, da es fogleich in den ersten Schuljahren nicht vorwärts gekommen war und damals in der 121. Mädchen-Gemeinschaft (Brenzlauer Allee) schon für die achte Klasse volle drei Jahre gebraucht hatte. Der von uns veröffentlichte Artikel, in dem auf diese Umstände hingewiesen wurde, ist im Rathaus nicht unbeachtet geblieben. Wie wurden von dort aus ersucht, Name und Wohnung der Eltern des Kindes zu nennen, und selbstverständlich erfüllten wir gern diesen Wunsch. Jetzt wird uns bekannt, daß nunmehr die Schuldeputation dem Vater des Kindes eine Mitteilung überandt hat, die kurz und bündig lautet: „Ihre Tochter Charlotte wird von der Teilnahme am Schulunterricht sofort befreit.“ Als das Kind diese Mitteilung in der Schule vorwies, wurde es noch an demselben Vormittag für entlassen erklärt und nach Hause geschickt. Die Entlassung mitten im Schuljahr ist ungewöhnlich, aber sie war nötig, im Interesse dieses Kindes, das durch weiteres Verbleiben in der 5. Klasse nur noch mehr geschädigt worden wäre. Das Kind ist von den Eltern sofort in der Fortbildungsschule für schwachbefähigte (Brunnenstr. 189) angemeldet worden, in der es besser aufgehoben sein wird.

Einen seltsamen Selbstmordversuch machte ein Schlosser Bruno Müller im Untersuchungsgefängnis. Er versuchte, einen Teelöffel zu verschlucken, geriet in die Gefahr, zu ersticken und mußte zur Vornahme einer Operation schleunigst nach einer Klinik gebracht werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch auf der Treptower Chaussee, nahe der Schleifischen Brücke. Dort wollte der Kaufmann Gustav Schönbeck, Greifswalder Str. 207 wohnhaft, den Hinterramp des Motorwagens 2938 der Linie 91 während der Fahrt verlassen, kam jedoch zu Fall und blieb neben dem Wagen liegen. Der Berufsglückliche, der schwere Verletzungen am Kopf und Arm, sowie Hauptabstürzungen erlitten hatte, wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht und von dort nach Anlegung von Rotverbänden dem Ueban-Krankenhaus zugeführt.

Gesundene Kinderleiche. Auf ein Verbrechen deutet ein Fund hin, der gestern auf dem Grundstück Kreuzbergstraße 45 gemacht wurde. Dort entdeckte ein Müllfischer beim Entleeren eines Mülllastens die Leiche eines neugeborenen Anaben. Der kleine Körper war in Zeitungspapier und Badpapier eingewickelt. Sonderbarerweise befand sich in dem Paket auch ein großer toter Hecht. Allem Anschein nach ist das Kind eines unnatürlichen Todes gestorben. Merkmale äußerer Gewalt waren jedoch einwandfrei nicht wahrzunehmen, weil der Körper des Kindes zum Teil bereits in Verwesung übergegangen war. Die kleine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und zwecks Obduktion nach der Halle in der Markstraße geschafft. Die Nachforschungen nach der unnatürlichen Mutter haben bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Genidstarr in der Nähe von Berlin. In Kallberge-Nüdersdorf ist ein Fall von Genidstarr aufgetreten, der zu übertriebenen Gerüchten Veranlassung gab. In der genannten Ortschaft ist vor einigen Tagen der zehnjährige Paul Przibylski, der Sohn des Arbeiters P. aus der Tasdorfer Str. 5, schwer erkrankt, ohne daß der behandelnde Arzt die Art des Leidens genau feststellen vermochte. Der Anabe wurde in das Krankenhaus eingeliefert und hier wurde bei der eingehenden Untersuchung der Verste festgestellt, daß es sich um Genidstarr handelt. Der Zustand des Anabens ist zwar bedenklich, doch besteht augenblicklich eine Lebensgefahr nicht. Die Angehörigen des Erkrankten befinden sich zwar in der Wohnung, sind jedoch vorläufig isoliert. Die zuständigen Behörden haben sofort die üblichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um ein Umsichgreifen der gefährlichen Krankheit zu verhindern. Bisher sind auch weitere Erkrankungen an Genidstarr nicht vorgekommen. Ein Grund zur Beunruhigung liegt demnach nicht vor.

Erschossen. Durch das unvorsichtige Umgehen mit einer Schusswaffe ist wiederum ein bedauerlicher Unglücksfall herbeigeführt worden, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel. In Groch-Machnow wollte der Förster Weder dem Schmiedemeister Hoffmann den Mechanismus seines Jagdgewehrs erklären. Dabei kam er infolge einer unvorsichtigen Bewegung dem Hahn zu nahe und die Waffe entlud sich. Die ganze Schrotladung traf die dicht vor der Gewehröffnung stehende 23jährige Ehefrau des Schmiedemeisters in den Kopf. Die Betroffene brach sofort leblos zusammen und verstarb wenige Minuten darauf, ehe noch ein Arzt hinzugerufen werden konnte. Der unglückliche Schütze stellte sich selbst der Polizei.

Durch einen herabfallenden Mauerstein schwer verletzt worden ist gestern vormittag der 33jährige Kohler Otto Arndt aus der Wallmer Str. 58. A. war an dem Neubau des Boardinghaus am Kurfürstendamm beschäftigt und arbeitete gestern vormittag gegen 1/12 Uhr im Erdgeschoss, als plötzlich aus dem zweiten Stockwerk ein schwerer Mauerstein herabstürzte und den Kohler mit großer Wucht am Hinterkopf traf. Arndt trug eine kloppende Wunde davon und mußte in bestimmungslosem Zustand nach der Unfallstation am Olibaer Platz geschafft werden. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde der Verunglückte, der unter der sachgemäßen Behandlung des Arztes bald wieder zum Bewußtsein kam, nach seiner Wohnung gebracht.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr in der Maschinenhalle der A. E. G.-Fabriken, Brunnenstraße. Durch eine infolge Kurzschlusses entzündene Stichtamme gerieten die Kleider des in großer Höhe den Laufkran bedienenden Führers zu Hansen (einem Mann von circa 40 Jahren) in Brand. Den im Betriebe noch in großer Anzahl beschäftigten Arbeitern war es nicht gleich möglich, dem lichterloh Brennenden zu Hilfe zu eilen, der sich vergeblich bemühte, die brennenden Kleider vom Leibe zu reißen. Erst nach Herbeischaffen einer Ausziehleiter konnte dem Schwerverletzten die erste Hilfe geleistet und seine Ueberführung nach dem Krankenhaus veranlaßt werden.

Festgestellt ist das Mädchen, das am Donnerstag voriger Woche im Freibad Grünau erkrankt. Es ist eine 28 Jahre alte Näherin Margarete Richter aus der Kopernikusstr. 29.

Straßensperrung. Die Mäzstrolche zwischen der Straße am Königgraben und der Grenadierstraße ist wegen Pflasterarbeiten vom 20. d. Mis. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Wer ist der Tote? Schmierigkeiten macht die Feststellung eines Mannes, der vor einigen Tagen auf Zehlendorfer Gebiet als Leiche aus dem Wasser gefischt wurde. Der Ertrunkene, der etwa 40 bis 50 Jahre alt gewesen sein mag, scheint den besser gestellten Kreisen angehört zu haben. Er ist 1,80 Meter groß, hat blondes Haar und trug einen Jagdtanz mit rotenbraunen Streifen, einen grauen Sommerbergsteher, gelbliche Trikotonterkleider und weiße Wäsche. Sein Taschentuch ist nicht gezeichnet. Sein Portemonnaie enthielt nur acht Pfennige und eine Rechnermarke. Außerdem hatte er drei Schlüssel in der Tasche. — Noch nicht erkannt ist auch der Mann, der gestern in Grünau als Leiche aufgefunden wurde, und in dem man zunächst den Battenmörder Julius Zinke vermutete. Der Unbekannte ist etwa 30 Jahre alt, 1,62 Meter groß und schlank, hat schwarzes Haar und schwarze Schnurbart und auf beiden Seiten unterhalb des Kinn eine Narbe. Er trug einen braunen Jagdtanz, einen Strehmlogetragen mit grüner Krautwatte, einen schwarzen festen Hut, braune Schnürstiefel und einen schwarzen seidernen Regenmantel. Bei der Leiche, die nach der Friedhofshalle in Grünau gebracht wurde, fand man einen neuen Revolver mit scharfen Patronen und einen Paßschein der Großen Berliner Straßenbahn.

Vorort - Nachrichten.

Mariendorf.

Die Ablehnung eines Beitrages für die Nationalkassenspende hat bei einigen unserer Ortspariaten arge Verärgerung hervorgerufen. In einem langen in der hiesigen Ortspresse veröffentlichten Artikel weiffen sie über den Mangel an Verständnis der gesamten Gemeindeglieder für die hohe nationale Aufgabe des Flugports. „Die Gemeindegliederung habe bewiesen, daß sie kein Verständnis für die Wichtigkeit der Flugmaschinen und ihre Zukunft habe“, so schreiben die Herren. Das ist natürlich eine leichtfertige Behauptung. Wenn die Herren in der fragwürdigen Sitzung anwesend waren, müßten sie aus den Ausführungen unserer Genossen, die die Hauptbekämpfer der Spende waren, entnommen haben, wie sehr dieselben an sich den Fortschritt der Technik anerkannten. Unser Redner betonte nur, daß die Unterstützung des Flugwesens die Aufgabe des Reiches und nicht die einer in unglücklichen Finanzverhältnissen sich befindenden Gemeinde ist. Diese Argumente erwähnt der Artikelsgeschreiber nicht. Vielleicht, weil sonst die Wehrheit des Bürgerturns das Verhalten der Vertretung billigen würde. Unkomisch wirkt es, wenn geschrieben

Wird, daß das ablehnende Verhalten der Herren Sozialdemokraten zu verstehen sei, dagegen wird den Bürgerlichen ein halbes Mißtrauensvotum ausgesetzt. — Nun wollen die Herren die Schmach von Mariendorf wieder gutmachen und doch noch eine nationale Flughende am Ort zusammenbringen, damit Mariendorf nicht beschämend hinter anderen Orten zurücksteht. Das Sonderbare ist nur, daß unsere Ortsparlamentarier nicht selbst ihren Anteil aufsum. Um die Mittel hierfür flüssig zu machen, soll ein Sommerfest in einem geeigneten Lokal veranstaltet werden, dessen Ueberflüssig dann der Nationalflughende zur Verfügung gestellt werden soll.

Köpenick.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag in der Bahnhofsstraße. Dort stürzte der mit dem Anstreichen von Straßenbahnmauern beschäftigte Arbeiter Reinhold Goers aus der Pflasterstraße von der Leiter auf den gepflasterten Bürgersteig herunter und war auf der Stelle tot. Der Verunglückte, ein junger Mann von 23 Jahren, wollte sich demnächst verheiraten.

Weißensee.

Die letzte ausgedehnte Gemeindevorstellung hatte zu Beraten, ob die auf dem Nieselgute gewonnene Milch weiter verpackt oder durch die Gemeinde in eigener Regie vertrieben werden soll. Am Schluß des vergangenen Jahres hatten die Nieselbesitzer des Ortes den Milchpreis um 2 Pf. pro Liter erhöht; eine Protestversammlung wandte sich entschieden gegen diese Erhöhung. Auf Antrag unserer Genossen wurde der Administrator des Nieselgutes beauftragt, eine Berechnung aufzustellen. Das Ergebnis derselben wurde in der letzten Sitzung vorgelegt. Die Nieselkommission stellte den Antrag, den Milchbetrieb in eigene Regie zu übernehmen, da nach den rechnerischen Darlegungen des Administrators ein Ueberfluß von 88 250 M. herauszuwirtschaften sei, wenn der Betrieb mit dem Betriebe des schon vorhandenen und dem dem Sänglings-Krankenhaus angegliederten Musterhofes verbunden wird. Auf irgend eine Weise ist der Beschluß der Nieselkommission in die Öffentlichkeit gelangt, daß hat die Nieselbesitzer und Milchhändler veranlaßt, Protest hiergegen zu erheben; die Herren wollen sogar den Weichwiderweg betreten. Nieselbesitzer und Milchhändler füllten die Tribüne und waren mit ihren Weisheiten und Mißfallspenden so spendabel, daß der Vorsitzende mit Nämung der Tribüne drohte. Schöffe Remes begründete den Antrag und empfahl denselben zur Annahme. Die Gemeinde brauche Einnahmequellen und wenn nur die Hälfte des auf Grund der Berechnung zu erhoffenden Ueberflusses erzielt werde, so entlaste diese Summe ganz bedeutend die anderen Steuerarten. Herr Schmiedede, als Nieselbesitzer, sprach sich, wie dies nicht anders zu erwarten war, gegen die Vorlage aus; er schilderte ganz besonders die elende Lage der Milchverkäufer, ohne rechnerische Unterlagen wollte er den Beweis erbringen, daß die Gemeinde mit einem bedeutenden Defizit arbeiten werde. Als weiterer Gegner trat noch Herr Konig auf, der die Nieselbesitzer schon aus dem Grunde nicht im Stich lassen durfte, weil diese seinem Verein bei der letzten Wahl Hilfe leisteten; er betonte, daß die Gemeinde den hiesigen Geschäftsleuten keine Konkurrenz machen dürfe. Für die Vorlage sprachen in der Hauptsache nur unsere Genossen. Genosse Schlemminger verwies auf die Meinung des übergroßen Teiles der Einwohner, die in der auch den bürgerlichen Herren zugewandten Resolution der Protestversammlung zum Ausdruck komme. Bei der herrschenden Teuerung habe die Gemeinde die Pflicht, die Einwohner mit billiger und guter Milch zu versorgen; nicht nur als Nahrungsmittel, sondern auch als Heilmittel finde die Milch Verwendung. An der Hand statistischen Materials wurde auf die Kindersterblichkeit hingewiesen. Genosse Fuhsmann machte die Herren darauf aufmerksam, daß sie es doch immer seien, die bei allen unjeren Anträgen den Wortwurf erheben, wo die Mittel hergenommen werden sollen; jetzt, nachdem eine Einnahmequelle empfohlen werde, sträube man sich, weil dieser oder jener Geschäftsman vielleicht dadurch eine Einbuße am Verdienst erleide. Gegen eine solche Politik müsse man Front machen. Genosse Taubmann wandte sich gegen die Vertagung der Nieselbesitzer, die nichts sei als ein Schreidich. Die Nieselbesitzer und Milchhändler scheerten sich den Teufel darum, wenn die Arbeiter durch Aussperrung und durch die Verbesserungen maßvoller Einrichtungen existenzlos werden. Des weiteren wies Redner nach, daß die Arbeiter in den westlichen Vororten billigere Milch haben als in den nördlichen ärmeren Vororten. Genosse Frenz lenkte die Aufmerksamkeit der Versammlung noch auf die Vorteile, die durch die Abnahme der Milch aus Wirtshaus auch für den Musterhof entstehen. Schon jetzt sei der Verbrauch so groß, daß täglich bis zu 500 Liter fremde Milch zugekauft werden müssen. Daß von den Gegnern die Ausführungen unserer Genossen nicht widersprochen blieben, ist selbstverständlich. Nach dreistündiger Debatte wurde ein Antrag angenommen, daß die ganze Angelegenheit nochmals die Finanz- und Nieselkommission beschäftigen soll.

Groß-Vichterfelde.

Das Stiftungsfest des Arbeitergesangsvereins Männerchor wird in Anbetracht der schlechten Witterung auf Sonntag, den 30. d. M., verlegt. Das Fest findet im Etablissement Fr. Bahrendorf, Wälderstraße 7, statt. Anfang 2 Uhr. Eintritt 80 Pf. Die bereits gelösten Billets behalten ihre Gültigkeit. Da der Gesangsverein sich bisher der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat, werden die Parteigenossen um recht rege Beteiligung ersucht.

Reinickendorf.

Morgen Freitag, den 21. Juni, finden die Wahlen der Weislicher zum Gewerbegericht statt und zwar für die Arbeitgeber nachmittags von 4 bis 5 Uhr und für die Arbeitnehmer von 5 bis 7 Uhr. Gewählt wird in drei Lokalen. Der 1. Bezirk, umfassend den westlichen Ortsteil, bestehend aus dem sogenannten Zegeler und Eichhorn-Plan sowie der Humboldtstraße ausschließlich Nr. 1-25 und 77 bis Ende und der Veltener Straße ausschließlich Nr. 1-3, wählt im Anobischen Restaurant, Scharnweberstr. 14. Der 2. Bezirk, umfassend das westlich der Sonntagstraße bis zum Grünen Weg und der Mühleweinstraße einschließlich dieser beiden Straßen belegene Gebiet des östlichen Ortsteils und zwar Humboldtstr. 1-25 und 77 bis Ende, Veltener Str. 1-3, Ziegeleiweg, Ziegstraße, Graf Adern-Allee, Hauptstraße, Stegeweg, Lindauer Straße, Koppenhagenstraße, Rotenstraße, Schönholzer Weg 1, 2 und 60, Residenzstraße, Willestr. 1-10 und 60-68, Sonntagstraße, Friedrich-Wilhelm-Straße, Raschdorffstr. 1-14 und 90 bis Ende, Deutsche Straße, Thaterstraße, Amendstr. 1-15 und 95 bis Ende, Hausotterstr. 1-19 und 88 bis Ende, Grüner Weg 2 und 11, Bankower Allee 1-13 und 52 bis Ende, Mühleweinstraße, Letto-Allee, Seebad, Markt, Holländer, Walderstraße, Seefr. 1-17 und 40 bis Ende, Danfstraße, Justusstr. 1-5 und 54 bis Ende, Weizener, Thuner, Müllers, Bafeler, Kopenhagenstraße und Schillerpromenade, wählt im Restaurant Schayenhau, Residenzstraße 1/2. Der 3. Bezirk, umfassend das östlich der Sonntagstraße bis zum Grünen Weg und der Mühleweinstraße, einschließlich dieser beiden Straßen, belegene Gebiet des östlichen Ortsteils und zwar Seefr. 18-45, Justusstr. 6-53, Gesellschafts-, Regier-, Reptum-, Wenckstraße, Bankower Allee 10-51, Provinz-, Holz-, Papier-, Schwärz-, Albert-Freitag-, Epensteinstraße, Grüner Weg ausschließlich Nr. 2 und 11, Granotenstraße, Hausotterstr. 20-57, Har-, Verlängerte Kolonie, Bürger-, Winter-, Hoppestraße, Hausotterplatz, Kamele-, Herbst-, Sommer-, Nordbahn-, Seebad-, Budde-, Frühlingstraße, Schönholzer Weg 20-31, Willestr. 11-59, Raschdorffstr. 15-68 und Amendestr. 16-94, wählt im Restaurant Schayenhau, Nordbahnstr. 22. Wahlberechtigt sind alle über 25 Jahre alte Arbeitgeber, die in Reinickendorf wohnen oder eine gewerbliche Niederlassung haben, und alle über 25 Jahre alte Arbeitnehmer, die in Reinickendorf wohnen oder beschäftigt sind. Mitglieder einer Zwangsinnung und

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

die bei ihnen beschäftigten Arbeiter sind nicht wahlberechtigt. Jeder wählt in dem Bezirk, in dem er wohnt oder in dem sein Betrieb liegt. Im 1. Bezirk sind zu wählen 2 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer, im 2. Bezirk 1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer und im 3. Bezirk nur 1 Arbeitgeber. In diesem Bezirk findet also diesmal keine Arbeitnehmerwahl statt. Für die Arbeitgeberwahl hat der Wahlverein folgende Kandidaten aufgestellt: Im 1. Bezirk den Gastwirt August Vandsch und den Schlächtermeister Paul Sommer; im 2. Bezirk den Geschäftsführer Robert Engel; im 3. Bezirk den Schneidermeister Wilhelm Nöhling.

Als Kandidaten für die Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer hat das Gewerkschaftskomitee aufgestellt: Im 1. Bezirk Holzarbeiter Bernhard Monowicki und Bauarbeiter Franz Müller; im 2. Bezirk Bäcker Karl Höpfer und Transportarbeiter Bernhard Gräbing.

Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder fordern wir auf, recht rege für starke Wahlbeteiligung zu wirken. Vergesse niemand seine Legitimation mitzubringen. Als solche dient bei den Arbeitgebern die letzte Gewerbesteuerquittung oder die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes; bei den Arbeitnehmern eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde. Formulare hierzu sind für den Ortsteil West in den Lokalen von Nagel, Eichhornstr. 43; Schulze, Scharnweberstr. 22; für den Ortsteil Ost bei Zimmermann, Marktstr. 45; Anders, Hauptstraße 50, zu haben.

Die Gewerkschaftskommission.
Der sozialdemokratische Wahlverein.

Adlershof.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein bezieht am Sonntag, den 23. Juni, in Wöllfens Lustgarten, die Fester seines 17-jährigen Bestehens unter Mitwirkung des Berliner III-Trio. Anfang 8 1/2 Uhr nachmittags. Eintritt 25 Pf.

Der Verein gibt sich der Hoffnung hin, die hiesige Arbeiterschaft bei diesem Feste recht zahlreich begrüßen zu können.

Nieder-Schönhausen.

Dem seit dem 1. April d. J. eingeführten orthopädischen Turnunterricht wird leider von einem großen Teil Eltern schulpflichtiger Kinder nicht das nötige Interesse entgegengebracht. Vom Schularzt wurden nicht nur Kinder mit Mindergrößenverhältnissen, sondern auch eine große Anzahl mit schlechter Körperhaltung überwiesen. Wer schon einmal diesem Turnunterricht beigewohnt hat, ist geradezu erkreut über die Wirkung derselben auf die Körperhaltung. Recht bedauerlich ist es daher, daß nur eine kleine Anzahl Kinder zu dem Unterricht erscheint; im Interesse der Kinder ist es, daß die Eltern ihre vom Schularzt überwiesenen Kinder etwas mehr wie bisher zum Besuch des Turnunterrichts anhalten.

Grünau.

Ein Sommerfest veranstaltet der hiesige Arbeiter-Gesangsverein „Sangeslust“ (M. d. D. A.-S.-V.) am Sonnabend, den 22. d. M., im Restaurant „Bellevue“. Da der Verein zur Verschönerung der Arbeiterfeste stets mitgewirkt hat, so wäre eine rege Teilnahme der Genossen wünschenswert.

Zegel.

Zu einer reinen Komödie wächst sich die Bürgermeisterskäre aus. Nachdem sich Herr Weigert am hiesigen Orte unmöglich gemacht hatte, reichte er befalliglich sein Pensionsgesuch ein, um es dann wieder nach Genehmigung des Kreisaußschusses zurückzugeben. Die Gemeindevorstellung bestand jedoch in der Sitzung vom 6. Mai auf ihrem früheren Beschluß, nach welchem der Bürgermeister Weigert zum 1. Mai zu pensionieren ist. Anders aber der stellvertretende Gemeindevorsteher, Schöffe Reichelt. In der letzten Gemeindevorstellung stellte er in nichtöffentlicher Sitzung den Antrag, die Pensionierung des verstorbenen Gemeindevorstehers aufzuheben. Ueber diesen Antrag konnte jedoch nicht abgestimmt werden, da die Gegner des Antrages die Sitzung verließen und so die Veranmlung beschlußunfähig machten. Die Freunde des bisherigen Gemeindevorstehers, welche mit ihm durch die und dann gegangen sind, ruhen aber nicht, und so wird sich die Gemeindevorstellung am Freitag nochmals mit dieser Frage befassen. Aus der letzten Sitzung ist noch zu bemerken, daß auch Herr Wistuba an der Sitzung teilnahm, obgleich durch Urteil des Bezirksauschusses sein Mandat für ungültig erklärt worden war und ein von ihm beim Oberverwaltungsgericht eingeleiteter Einspruch zwei Tage vor dem vor zirka sechs Wochen angetretenen Termin zurückgezogen wurde. Er mußte erst von unseren Genossen hinausgedrängt werden; mit einem verlegenen „Guten Abend, meine Herren!“ verschwand dann die schweigsame Bürgermeisterskäre, die durch das Verhalten des Herrn Weigert zwei Jahre ein Gemeindevorstermandat ausüben konnte.

Mühlenbeck.

„Reichstag und preussischer Landtag“ lautete das Thema, über das Genosse Paul John in einer am Sonntag im Bäckerischen Lokal abgehaltenen gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte. Das Referat, in dem der Redner in großen Zügen die politischen Vorgänge der letzten Zeit kritisch behandelte, wurde von den Versammelten mit reichem Beifall quittiert. In der hierauf folgenden Diskussion legten die Genossen Käsehaagen und Uebel den Versammelten nahe, wie sie durch Anschluß an die Organisation sowie durch das Abonnement auf die sozialdemokratische Presse die auf die Erreichung höherer Ziele gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie fördern könnten. Genosse Uebel verwies noch besonders auf die elende Lage der Ziegeleiarbeiter und forderte die letzteren zum Eintritt in die Organisation auf. Mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie schloß der Vortragende Genosse Bruckmann die von bestem Geist besetzte Versammlung.

Nowatved.

Am kommenden Sonntag, den 23. Juni, feiern die Gewerkschaften ihr gemeinsames Sommerfest. Um 2 Uhr nachmittags erfolgt vom Singerschen Lokal, wo sich die einzelnen Gewerkschaften mit ihren Familien versammeln, der Abmarsch nach dem Festplatz an der Berliner Straße, um dort bei Instrumental- und Vokalkonzert sowie turnerischen Aufführungen und sonstigen Darbietungen einige fröhliche Stunden im geselligen Kreise zu verleben. Für die Unterhaltung der Jugend ist besonders Sorge getragen. Um 8 Uhr abends soll der Abmarsch zum Schmidischen Lokal erfolgen. Die Festkarte kostet 25 Pf.

Die öffentlichen Schmuckplätze werden von der Jugend mit Vorliebe zu ihren Spielen benutzt und erleiden dadurch nicht selten erhebliche Beschädigungen, die bei einiger Aufmerksamkeit der Anwohner, besonders aber der Eltern, vermieden werden könnten. In einer neuerlichen Bekanntmachung rügt der Gemeindevorstand besonders das in letzter Zeit öfters beobachtete Fußballspiel in den Anlagen. Im Allgemeininteresse sollte eine mißbräuchliche Verwendung der Schmuckanlagen unterbleiben.

Aus aller Welt.

Die Stimme des Hundes.

Man schreibt uns aus Brüssel: Ein braver belgischer Bürger besitzt, wie mancher andere brave Mann in Belgien, nur eine Stimme, denn die zweite und dritte Stimme beim Wahlrecht für die Kammer ist kein Tugendpreis, sondern sie ist Menschen mit Diplomaten, steuerzahlenden Familienvätern, Priestern, Ministern, Bauern mit Grundbesitz und noch einigen Leuten zugehört, von denen man mit einiger Gewißheit annimmt, daß sie für die katholische Regierung stimmen.

Dieser nur eine Stimme besitzende Bürger nun hat einen Bruder, der über drei Stimmen verfügt. Dies erfährt unser Bürger erst, als er ihn vor dem Abstimmungslokal bei der diesmaligen Wahl antraf. Und er erstaunte sich sehr darob, denn sein Bruder mühte

auf Grund seiner Lebenslage genau in derselben politisch inferioren Stellung sein und dürfte nur eine Stimme besitzen wie er. Woher also? Nun das hängt eben wieder etwas mit der erwähnten katholischen Regierung zusammen. ... Der Bruder sieht nämlich in den Diensten einer Frau, die eine fromme Katholikin ist. Der Mann ist Familienvater und könnte wohl eine zweite Stimme haben, wenn er fünf Franz Steuern bezahlte. Da geht nun unsere fromme Katholikin hin (denn die Regierung braucht notwendiger Stimmen), läßt einen Teil der Steuern, die sie entrichtet, auf den Namen des Mannes schreiben — und dieser hat nun seine zweite Stimme. — Wie unser braver Bürger, der mit der einen Stimme, erzählt, hat sein Bruder sogar noch eine dritte Stimme, aber auf Grund welcher Eigenschaften und Tatsachen er die hat, konnte er absolut nicht ermitteln. Die einzige Erklärung, die bleibt, ist, daß der Bruder eben bei der katholischen Dame bedient ist. — Was aber nun den Hund und seine Stimme betrifft, so ist es damit so: der brave Bürger mit der einen Stimme hatte auch einmal, vor zwei Jahren noch, zwei Stimmen. Es war die glückliche Zeit, als sein treuer Hund noch lebte. ... Nämlich so: er zahlte damals für das gute Tier eine Taze und erwarb damit in seiner Eigenschaft als Familienvater die Pluralstimme. Seit das intelligente Viech nun tot ist, zählt er keine Taze, ist seine zweite Stimme hin und er ist nur ein ganz gemeiner Einstimmenbürger, wie andere auch. Was nützt es ihm nun, daß er nach wie vor ein für sorglicher Familienvater ist, da sein Hund tot ist, mit dem er die Hälfte seiner politischen Kapazität, die Stimme seines Hundes, eingebüßt hat. ... Aus dieser Erzählung darf man übrigens nicht den Schluß ziehen, daß in Belgien jeder Hundebesitzer eine Pluralstimme bekommt. Nein, so einfach ist das Wahlsystem dort nicht. Es ist vielmehr so kompliziert, daß zwar in dem einen Fall der Besitz eines Hundes zu einer Pluralstimme verhelfen kann, daß sich aber, wie die Gelehrten des belgischen Wahlsystems behaupten, aus diesem Vorkommnis keine Regel konstituieren läßt. — Kurz, das Wahlsystem Belgiens ist, was so oft behauptet wird und wie auch dieser Fall zeigt, ein wahres Hundewahlrecht. ...

Nette Fröchtchen.

Auf dem Hanauer Westbahnhof wurden Mittwoch vormittag drei Schülerinnen aus Augsburg aufgegriffen, die von Augsburg durch einen Schüler der dortigen Oberrealschule entführt worden sind. Das eine der beiden Mädchen unterhielt mit dem Oberrealschüler ein Liebesverhältnis, das ihre Eltern nicht billigten. Daraufhin überredete der Oberrealschüler das Mädchen, mit ihm zu entfliehen. Die Schülerin hob ihr Sparsäckgenuthaben in Höhe von 200 M. ab und überredete ihre Freundin, mit zu entfliehen, worauf die drei gestern früh von Augsburg nach Frankfurt fuhren. Dort nahen der Schüler die 200 M. des Mädchens an sich und fuhr mit einem Automobil nach Offenbach, mit der Erklärung, die beiden Mädchen sollten nach Hanau fahren, dort werde er eintreffen. Er ist aber nicht in Hanau eingetroffen, sondern, wie die Polizei festgestellt hat, nach Hamburg weiter gefahren. Dort will er, wie die beiden Mädchen angaben, mit dem Schiffe „Victoria Louise“, das am 30. d. M. nach China fährt, abreisen. In seinem Besitze befinden sich noch weitere 200 M., die er seinem Vater entgegen zu schicken hat.

Krieg und Christentum.

Eine der letzten reaktionären Grobheiten des verstorbenen Herrn v. Erffa war der Ordnungsruf für den Genossen Hoffmann, weil er die Scheußlichkeiten des Krieges in treffender Weise charakterisierte. Daß der Krieg aber wirklich ein Pöhn auf Gott, die Menschlichkeit und das Christentum ist, lehrt folgende Darstellung der „Tribuna“, des italienischen Regierungsblattes, über einen in Tripolis stattgefundenen Kampf: Es wird da erzählt:

Es ist unglaublich, welche Megelei unsere Artillerie angerichtet hat. Keine Arme, Köpfe, andere Gliedmaßen liegen in dichten Haufen umher, untermischt mit zerschmetterten Krabergewänden, zerbrochenen Waffen und Munitionspaketen. An gewissen Punkten, gerade als hätte eine entfesselte Lanze des Geschicks oder ein Wüstenorkan sie da zusammengeführt, sind Hunderte und aber Hunderte von blutbesperrten, blassen menschlichen Körpern regellos aufeinander gestreut und verstreut in einer furchterlichen Gestalt. Hier fielen unter dem Eisenhagel unserer Artillerie viele Hunderte von Menschen, denen nicht einmal mehr die Flucht eine Rettung bot. Es ist ein Schauspiel, von dem die Augen mit wildem Entsetzen sich abwenden. Das ist nicht mehr der einfache Tod, der uns hier entgegensteht — das ist die wildeste, grauigste Zerstörung, die grauendollste Vernichtung allen Lebens, die entsetzlichste Massenmegelei, von den Feuerstrahlen unserer Geschütze verübt. — Wir schreiten vorwärts. Mehrere Kilometer lang immer dasselbe Bild. Die Augen können sich von dem Schrecken dieses Schauspiels nur mehr an den Himmel retten.

Diese entsetzlichen Verhältnisse sind allen Kriegen eigen. In der wahnwitzigsten Weise werden Helatomben Menschenleben zerstört im Namen der Kultur, unter den Egenwünschen fanatisierter Pfaffen. Aber die feststehenden Tatsachen machen einen preussischen Abgeordnetenhauspräsidenten nicht irre in der Ansicht, daß das Aussprechen dessen, was ist, eine „Beleidigung der Krieger“ darstelle.

Kleine Notizen.

Ein Nord? In einem Gehäß an der Militärstraße in Köln wurde gestern mittag die Leiche eines etwa 35-jährigen Mannes gefunden. Schwere Verletzungen an Kopf und Gesicht und der um den Hals gelegte Strid lassen ein Verbrechen wahrscheinlich erscheinen.

Fliegerkatastrophen. Auf dem Flugplatz Branelle stießen Mittwoch früh zwei Militärweibeder zusammen, verwickelten sich und stürzten an 25 Meter Höhe zu Boden. Der Infanterieleutnant Beignan erlitt einen Schädelbruch und einen Armbruch und war auf der Stelle tot, der Artilleriehauptmann Dubois trug einen Schädelbruch und Rippenbrüche davon und erlag seinen Verletzungen nach dreiviertel Stunden. Die Fliegerin Julia Clark, angeblich aus London, ist bei einem Übungsflug in Springfield tödlich verunglückt.

Folgschwerere Gerüststurz. Das Gerüst für den Umbau einer Buchdruckerei in Genua brach gestern zusammen. Fünf Arbeiter wurden dabei getötet, ebenso wurde der Besitzer des Hauses erschlagen, der gerade die Bauarbeiten kontrolliert hatte.

Untergang eines Frachtdampfers. Der Frachtdampfer „Villedu Cayenne“ ist bei der Insel Santa Lucia gesenkt. Besatzung und Passagiere sind zum Teil gerettet.

Marktbericht von Berlin am 18. Juni 1912, nach Ermittlung des kgl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—55,00. Bohnen 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinh.) 6,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Gemischtes 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,20. Klee 1,60—3,20. Bander 1,60—3,60. Heide 1,40—3,00. Barische 0,80—2,00. Schote 1,40—3,20. Biele 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 4,00—45,00.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Raul Sinaer u. Co., Berlin SW.